Nr. 112. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 25. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Südöstlich Arras neue englische Angriffe.

Die neue Schlacht bei Arras ein deutscher Sieg — Einsatz gewaltigster Munitionsmassen — Zweimal scheitern die englischen Massenstürme — Heimat und Front sind eins!

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. April 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Schlachtfeld von Arras führte die auf Frankreichs Boden stehende britische Macht gestern den zweiten großen Stoß, um die deutschen Linien zu durchbrechen.

Seit Tagen schleuderten schwere und schwerste Batterien Massen von Geschossen jeder Art auf unsere Stellungen, am 23. April früh morgens schwoll der Artilleriekampf zum stärksten Trommelfeuer an. Bald darauf brachen hinter der Feuerwand her auf 30 Kilometer Frontbreite die englischen Sturmtruppen, vielfach von Panzerkraftwagen geführt, zum Angriff vor.

Unser Vernichtungsfeuer empfing sie und zwang sie vielerorts zum verlustreichen Weichen. An anderen Stellen wogte der Kampf erbittert hin und her; wo der Feind Boden gewonnen hatte, warf unsere todesmutige, angriffsfreudige Infanterie ihn in kraftvollem Gegenstoß zurück! Die westlichen Vororte von Lens, Avion, Oppy, Gavrelle, Roeux und Guémappe waren Brennpunkte des harten Ringens, ihre Namen nennen Heldentaten unserer Regimenter aus fast allen deutschen Gauen zwischen Meer und Alpen!

Nach dem Scheitern des ersten setzte über das Leichenfeld vor unseren Linien, mit besonderer Wucht auf beiden Scarpe-Ufern, gegen Abend ein weiterer großer Angriff mit neuen Massen ein. Auch seine Kraft brach sich am Heldenmut unserer Infanterie, teils im Feuer, teils im Nahkampf, und unter der vernichtenden Wirkung unserer Artillerie! Nur an der Straße Arras—Cambrai gewann der Feind um wenige hundert Meter Raum, die Trümmer von Guémappe sind ihm verblieben.

Wie an der Aisne und in der Champagne, so ist hier bei Arras der feindliche Durchbruchsversuch, unter ungeheuren Verlusten gescheitert!

Englands Macht erlitt durch die Voraussicht deutscher Führung und den zähen Siegeswillen unserer braven Truppen eine schwere, blutige Niederlage!

Die Armee sieht voll Zuversicht neuen Kämpfen entgegen.

An den Erfolgen der letzten Schlachten hat seinen besonderen Anteil jeder Deutsche, Mann oder Frau, Bauer oder Arbeiter, der sich in den Dienst des Vaterlandes stellt, seine Kräfte einsetzt für die Versorgung des Heeres.

Der deutsche Mann an der Front weiß, daß ein jeder daheim seine Schuldigkeit tut und rastlos schafft, um ihm draußen in der Schwere des Kampfes auf Leben und Tod, um Sein oder Nichtsein beizustehen!

Bei den anderen Armeen der Westfront und auf den übrigen Kriegsschauplätzen keine großen Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 24. April abends.

Nordöstlich von Arras wird tagsüber um Gavrelle gekämpft; längs Straße Arras—Cambrai haben abends neue englische Angriffe eingesetzt.

Truppenmeldungen bestätigen übereinstimmend die gestrigen Verluste der Engländer als „unerhört hoch".

An der Aisne und in der Champagne wechselnd starkes Feuer.

Im Osten nichts Wesentliches.

Weder Ja noch Nein!

Eine verunglückte Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg."

Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat in Uebereinstimmung mit dem russischen Arbeiter- und Soldatenrat und mit den Vertretern der österreichischen und ungarischen Sozialdemokratie klare Richtlinien einer zum Ziele führenden Friedenspolitik aufgestellt. Die deutsche Presse ohne Unterschied der Richtung hat die Regierung aufgefordert, zu diesen Richtlinien Stellung zu nehmen.

Die Regierung weigert sich, diesem Wunsche nachzukommen und begründet ihre Weigerung in der „Nordd. Allg. Ztg." wie folgt:

An die Reichsleitung wird erneut von zwei Seiten die dringende Aufforderung gerichtet, im Kampf der Meinungen über die Kriegsziele Stellung zu nehmen. Anlaß zu dieser Aufforderung hat die

Erklärung der sozialdemokratischen Partei

gegeben, die sich in Wiederholung der früheren Erklärungen für einen Frieden **ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen** ausspricht. Von dieser Seite wünscht man, daß die Regierung sich diesen Inhalt der Resolution zu eigen macht. Die Gegenseite verlangt, daß der Reichskanzler entschieden die sozialdemokratische Erklärung bekämpft. Seit der Freigabe der Kriegszielerörterungen hat unsere Oeffentlichkeit die weitestgehende Möglichkeit, ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Grenze, innerhalb deren sie sich halten will, muß durch ihr vaterländisches Gewissen bestimmt werden. Die Regierung hat das, was von ihr über die Kriegsziele gesagt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weiteren Erklärungen geben. Sie wird, unbeirrt durch das Drängen von beiden Seiten, den Weg weiter gehen, den ihr Gewissen und Verantwortung vor dem Lande vorschreiben. Ihre Aufgabe ist es,

so bald als möglich

den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen. Dem stehen vor allem die **wahnwitzigen Kriegszielforderungen unserer westlichen Feinde** entgegen.

Die feindliche Presse schreibt unzweifelhaft unter strengen Bindungen. Aber trotzdem bleibt es doch bemerkenswert, daß sie weder in der Frage der Annexionen noch in der Frage der Kriegsentschädigungen die geringsten Abstriche von ihren unsinnigen Forderungen gemacht hat. Aus englischen und französischen Blättern kann man sich täglich davon überzeugen, daß die militärische Offensive mit einem Trommelfeuer auf der ganzen Pressefront begleitet wird. Lloyd George zieht die „Hindenburglinie" am Rhein, und die französischen Blätter sonnen sich in dem Gedanken, daß Wilson ihnen helfen wird, die Rheingrenze zu gewinnen. **Wir haben noch kein Wort amerikanischen Widerspruchs gehört.** Auch in der Aufstellung ihrer Entschädigungsideen sind die Franzosen nicht faul. 16 Milliarden jährlich hat sich der „Matin" herausgerechnet. Das sind aber Zahlen, die von anderen Blättern längst überholt sind. In dem weitverbreiteten „Journal" verurteilt jemand das deutsche Volk zu langjähriger Sklavenarbeit, damit Frankreich wirtschaftlich alles wieder hereinbringe, was es durch den Krieg verloren hat. Wir erinnern daran, daß dieser Gedanke schon vor einer Reihe von Monaten mit wissenschaftlichem Ernst in englischen Zeitschriften erörtert worden ist. Glauben die deutschen Sozialdemokraten, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Formulierungen aufzukommen? Sie werden Enttäuschungen erleben. Auch in Rußland, wo die Verhältnisse noch im Fluß sind, fehlt es keineswegs an Kriegszieläußerungen, in denen man den Einfluß der westlichen Bundesgenossen erkennt. Unsere Feinde sehen alles, was bei uns geschieht, daraufhin an, ob es zur Aufmunterung ihrer eigenen, schwer leidenden Bevölkerung ausgenutzt werden kann. Die Urheber der sozialdemokratischen Resolution haben dies bei ihrem Beschluß, durch den sie den Frieden fördern wollten, nicht mit in die Rechnung eingestellt.

Wenn nun aber in einem Berliner Blatt **von einem Abgrunde** geschrieben wird, vor dem wir stehen, und in den uns die sozialdemokratische Partei hineinreißen will, so kann diese Tonart nur Schaden anrichten. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, und in solchem Lichte soll man sie nicht vor dem Ausland erscheinen lassen. Eine starke, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern, und in dem starken Willen zu siegreicher Verteidigung des Vaterlandes ist sie vorhanden.

Die Regierung will also die sozialdemokratische Friedensformel nicht geradewegs verwerfen, sie will sie sich aber auch nicht zu eigen machen, weil erstens englische und französische Chauvinistenblätter es noch ärger als die unseren treiben, und weil zweitens ein Bekenntnis zu jener Friedensformel als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnte.

Die Beweisführung der offiziösen Erklärung läuft darauf hinaus: Weil die anderen Unsinn reden, müssen oder dürfen

Spanien an Deutschland.

Die spanische Regierung hat dem Berliner Auswärtigen Amte am Freitag eine Note überreichen lassen, die der unbeschränkte U-Bootkrieg veranlaßt hat. Sie ist ein Glied in einer Kette von Bemühungen, sich gegen die schlimmen Wirkungen zu wehren, die sich aus dem deutschen U-Bootkriege für die spanischen Handelsschiffe und ihre Seeleute ergeben haben. Der inzwischen aus dem spanischen Ministerpräsidium geschiedene Graf Romanones hat die Note verfaßt und das neue Ministerium führt die begonnene Aufgabe weiter. Unter Berufung auf ihre ausharrend bewiesene Neutralität dringt Spanien energisch auf eine Verständigung über seine Wünsche, die es als Ausdruck von Existenzfragen gewertet wissen will. Die Note hat in der Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„In der Antwortnote vom 6. Februar d. J. sprach die Königlich Spanische Regierung von der unabweislichen Pflicht, die sie zwang, das Leben ihrer Untertanen zu schützen und zu bewirken, daß die Lebensadern ihrer nationalen Existenz nicht unterbunden würden, angesichts des angekündigten unwandelbaren Vorsatzes Deutschlands, ein neues Kriegsrecht in einem großen Teile der europäischen Meere in Anwendung zu bringen.

In dem verflossenen Zeitraum hat es sich leider gezeigt, daß die Kaiserliche Regierung trotz der freundschaftlichen Gefühle, die beide Länder verbinden, weder Mittel noch Wege gefunden, um den berechtigten Ansprüchen Spaniens nachzukommen, noch geglaubt hat, die seit Beginn des Krieges eingenommene feste, korrekte und ehrliche neutrale Haltung Spaniens angesichts der berechtigten Forderungen eines verletzten Völkerrechts berücksichtigen zu können.

Alle **wiederholten Versuche der spanischen Regierung,** die sie in der Absicht unternommen hat, den Seeverkehr und das Leben ihrer Seeleute sicherzustellen, sind **gescheitert** an dem unerschütterlichen Entschluß der Kaiserlichen Regierung, derart ungewöhnliche und gewaltsame Kriegsmaßnahmen anzuwenden, welche angeblich die wirtschaftliche Existenz ihrer Gegner unmöglich machen, gleichzeitig aber diejenige der befreundeten und neutralen Mächte großen Gefahren aussetzen.

Die in diesen Tagen ohne Warnung erfolgte Versenkung einiger Schiffe, insbesondere diejenige des San Fulgencio, der nach Spanien Kohlen aus England brachte, wohin er vorher Früchte mit deutschem Geleitschein ausgeführt hatte, sowie die seitens der Berliner Regierung für die Rückkehr unserer in den englischen Häfen zurückgehaltenen Schiffe aufgestellten Bedingungen, die, wenn sie nicht von der spanischen Regierung verworfen worden wären, einen großen Teil unserer Handelsmarine zur Untätigkeit gezwungen hätten, ferner die bereits erhaltene Mitteilung, daß unser Seehandel mit den im Kriege mit Deutschland befindlichen amerikanischen Ländern auf dem Hinwege denselben Bestimmungen unterworfen werden wird, welche in Europa vor dem 1. Februar beklagenswerte Verluste unserer Marine zur Folge hatten und schließlich in Anbetracht des so erweiterten Risikos unsere wirtschaftlichen Existenzbedingungen immer schwerer und fast unmöglich machen werden: alles dieses beweist, daß die deutschen Absichten weder dahin gehen, das zu wiederholten Malen und berechtigterweise geforderte Recht anzuerkennen, noch in der Art, wie sie es sollten, den Ansuchen eines Landes Rechnung tragen, dessen **Freundschaft bis auf den heutigen Tag keine Abkühlung erfahren** und dessen **Neutralität ohne Wanken aufrechterhalten** wurde. Wenn die Kaiserliche Regierung darauf besteht zu versichern, daß sie ihren Entschluß zur Verteidigung ihres Lebens aufrechterhält, so darf sie sich nicht wundern, wenn Spanien aus demselben Grunde sein Recht zur Verteidigung seines Lebens betonen muß.

Trotz des abschlägigen Bescheides auf ihre vorhergegangenen Noten vertraut die spanische Regierung immer noch darauf, daß die **deutsche Regierung ernsthaft den Sinn und die Tragweite dieser Note würdigen** wird und daß künftig ihre Maßnahmen von der Rücksicht auf das Leben unserer Seeleute und die Sicherheit unserer Schiffe geleitet werden, welche die Träger eines für das wirtschaftliche Leben Spaniens unentbehrlichen Handels sind." —

Im Anschluß an die Veröffentlichung dieses Textes der Note durch das Wolffsche Bureau wird von deutscher Seite gesagt: Die Kaiserliche Regierung wird in voller Würdigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Spaniens mit der spanischen Regierung in eine Erörterung über die Maßnahmen eintreten, die innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen zur Erleichterung der in Spanien entstandenen Schwierigkeiten getroffen werden können.

*

Bern, 23. April. Lyoner Blätter veröffentlichen Erklärungen des Ministerpräsidenten Prieto, der bezüglich der auswärtigen Politik der neuen Regierung Spaniens folgende Mitteilungen machte: Ich bin heute derselbe, der ich gestern und immer war, ich bleibe der Mann, der 1904 als Mitglied der Regierung eine Politik der Annäherung zwischen Spanien und Frankreich einleitete und 1910 den spanisch-französischen Marokkovertrag unterzeichnete. Ich habe meine Ansicht über die auswärtige Politik, die für mein Land paßt, in nichts geändert.

Dem Vertreter des „Petit Parisien" gegenüber machte Prieto noch etwa folgende Angaben: Angesichts der von der Regierung nach dem ersten Kabinettsrate veröffentlichten Note müsse jede Zweideutigkeit schwinden. Nachdem Spanien seine **Politik der strikten Neutralität** proklamiert habe, habe es gleichzeitig seine treue Beobachtung der eingegangenen Verträge bekräftigt, sowie der Versicherung Ausdruck gegeben, daß die Würde und Ehre der Lebensinteressen Spaniens verteidigt werden würden, was bisher keine spanische Regierung so kategorisch getan habe.

wir es auch tun. Weil die anderen den wilden Mann spielen, dürfen wir nicht zeigen, daß wir bei Verstande sind.

Das würde uns als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden! Aber — die Frage sei erlaubt — ist denn die offiziöse Erklärung etwa ein Zeichen der Stärke? Wer will, kann aus ihr herauslesen, daß die Regierung jederzeit bereit ist, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen zu schließen, daß sie sogar froh ist, wenn sie ihn bekommt, daß sie sich das aber nicht zu sagen getraut wegen der drohenden Haltung des „Matin" und des „Journal" (oder auch der „Deutschen Tageszeitung" und der „Täglichen Rundschau").

Den Eindruck der Stärke erwecken doch nur solche Erklärungen, von denen die Welt weiß, daß hinter ihnen die Kraft steht, sie wahr zu machen. Darum sind wir nicht gewohnt, die „wahnwitzigen Kriegszielforderungen unserer westlichen Feinde" als Zeichen der Stärke zu nehmen, und aus genau demselben Grunde nehmen verständige Gegner die „wahnwitzigen Kriegszielforderungen", die gelegentlich in deutschen Druckschriften veröffentlicht werden, ebenso wenig ernst. Wie oder für was soll man aber die neueste offiziöse Erklärung nehmen?

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben nun bald drei Jahre lang das Vaterland trotz allem, was gewesen ist, verteidigen geholfen, und damit haben sie einen besseren Beweis der deutschen Stärke geliefert, als man ihn durch diplomatische Eiertänze erbringen kann. Durch ihre Taten haben sie gezeigt, daß sich Deutschland nicht zerschmettern, nicht zerstückeln, nicht mit Schuldknechtschaft beladen läßt.

Die Sozialdemokraten im Reichstag haben aber auch immer gesagt — die „Nordd. Allgem. Ztg." bestätigt es: „Wir verteidigen unser Land, weil es im Kampfe gegen eine ungeheure Uebermacht steht. Wir verteidigen es, weil es ohne unsere Hilfe zerbrechen müßte — aber wir sind nicht gewillt, uns zu einem Eroberungskrieg mißbrauchen zu lassen!"

Ist es eine „Aufmunterung" der Feinde, wenn wir das offen aussprechen? In diesem Aussprechen gegenüber einer ganzen feindlichen Welt liegt wahrhaftig kein Bekenntnis der Schwäche! Ein solches ist es auch nicht, wenn wir hinzufügen, daß für Forderungen, die über den Zweck der Selbsterhaltung hinausgehen, für Eroberungen und Entschädigungen, keine Aussicht der Verwirklichung besteht.

Die offiziöse Erklärung selbst liefert für die Richtigkeit dieser Behauptung den besten Beweis. Wenn die französische Presse nach tausend Tagen Weltkrieg immer noch wilde Eroberungspläne verficht — wer will da glauben, die französische Regierung würde sich bei demnächst stattfindenden Verhandlungen zu Gebietsabtretungen und Zahlung von Kontributionen bereitfinden lassen? Für einen solchen Umfall, für ein solches Zusammenklappen läßt sich nirgends das geringste Anzeichen erblicken.

Und doch will die deutsche Regierung Verhandlungen, und sie will sie zu einem guten Ende führen, obwohl sie ganz genau weiß, daß Erobererwünsche dort nach keiner Seite hin Aussicht auf Verwirklichung haben. Also will die Regierung den Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen. Sie will bloß nicht sagen, daß sie ihn will!

Die Folge ist nun die: Jene ungünstigen Wirkungen, die die Regierung von einer offenen Erklärung im Sinne der sozialdemokratischen Forderung befürchtet, sind nicht vermieden worden. Das „Zeichen der Schwäche" ist da. Jene günstigen Wirkungen aber, die ein klares Bekenntnis der Regierung gehabt hätte, bleiben aus. Denn eine klare deutsche Erklärung, die dem Frieden den Weg bahnt, fehlt.

Die Sozialdemokratie verficht dagegen seit Beginn des Krieges ihr klar umrissenes Friedensprogramm. Im Sinne dieses Programms, das durch den Beschluß des Parteiausschusses neuerdings bekräftigt ist, wird sie weiter arbeiten, sich nur auf sich selbst und auf die Macht der Tatsachen verlassend!

Rußland zwischen Krieg und Frieden.

Ein neues Manifest der Regierung?

Aus zuständiger Stelle will die Petersburger „Rjetsch", wie der „Nationalzeitung" mitgeteilt wird, erfahren haben, in nächster Zeit werde eine neue Veröffentlichung über die Kriegsziele Rußlands stattfinden. Diese Veröffentlichung werde die Kriegsziele endgültig klarstellen und das Manifest der provisorischen Regierung vom 6. bzw. 10. April vollständig ergänzen. Es sei wahrscheinlich, daß die provisorische Regierung in irgend einer noch nicht näher zu bestimmenden Form zu dem indirekten Friedensangebot der Zentralmächte Stellung nehmen werde. Allem Anschein nach werde die russische Regierung unter dem fortdauernden Druck der Arbeiter zu einem derartigen Schritt gezwungen.

*

Petersburg, 24. April. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die skandinavische Presse veröffentlicht, anscheinend aus deutscher Quelle, eine Nachricht über angebliche zwischen Rußland und England eingeleitete Unterhandlungen, wonach ganz Livland, Esthland, die Inseln Dagoe und Oesel sowie ein Teil der Alandsinseln als **Garantie für die neue Anleihe** dienen sollten. Der Minister des Aeußeren stellt aufs bestimmteste die Richtigkeit dieser Nachricht in Abrede und bezeichnet sie als böswillige Erfindung.

Die Bearbeitung der russischen Fronten.

Kein russischer Sonderfrieden. Die Regierungsmacht ungeteilt.

Nach den Kriegstreibern haben die Friedenswilligen auf dem Kongreß der Westarmeen, der in Minsk tagt, das Wort genommen. Die Petersburger Telegraphenagentur muß zugeben, daß ihre Reden, deren Inhalt nur in wenigen Worten angedeutet wird, gewirkt haben. Sie teilt mit:

Auf dem in Minsk tagenden Kongreß von Vertretern aller Armeen an der Westfront hielt der frühere Dumaabgeordnete Tseretelli eine Rede, in der er sagte, daß ein Sonderfrieden für Rußland eine nicht wieder gut zu machende Katastrophe wäre.

Tscheidse, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg, sprach von der provisorischen Regierung und vom Arbeiter- und Soldatenrat. Er protestierte gegen die Behauptung von einem Dualismus in der Regierungsmacht, der infolge der Tätigkeit der beiden Körperschaften bestehen solle. Er erklärte, daß kein Dualismus bestehe, sondern nur eine einfache politische Kontrolle der Regierung, die immer vorteilhaft und notwendig sei.

Diese Erklärung wurde von der ganzen Versammlung mit großem Beifall aufgenommen, die die Marseillaise anstimmte.

Inzwischen hat der oktobristische Kriegsminister Gutschkow die Südwestfront aufs Korn genommen. Wie die Petersburger Agentur berichtet, ist er in Jassy angekommen und von den Generalen Sacharow und Letschitzki und anderen Vertretern der russischen Armee an der rumänischen Front, der französischen Militärmission, Bratianu und dem Chef des rumänischen Hauptquartiers empfangen worden. Sofort wurde eine Besprechung der Armeeführer unter Gutschkows Vorsitz abgehalten, der im Anschluß daran Abordnungen von Offizieren und Soldaten des Abschnittes von Jassy empfing; sie erklärten es für ihre Pflicht, um jeden Preis den eingedrungenen Feind zu schlagen. Der Minister erwiderte, er sei stets davon überzeugt gewesen, und setzte sodann die Lage Rußlands auseinander. Er empfing dann verschiedene andere Abordnungen und wurde vom König Ferdinand in längerer Audienz empfangen.

Vor seiner Rückreise hielt Gutschkow eine zweite Besprechung mit den Armeeführern und dem rumänischen Ministerpräsidenten ab. Ueber den Inhalt dieser Besprechungen, die nach den jüngst ergangenen Mitteilungen über gegenrevolutionäre Unruhen in Bessarabien ein besonderes Interesse beanspruchen, schweigt die Petersburger Agentur sich völlig aus.

Ein unabhängiges Albanien proklamiert.

London, 24. April. Ward Price meldet aus Saloniki: Die Franzosen haben die Unabhängigkeit Albaniens ausgerufen. Sie haben in der Umgegend von Koritza eine Obrigkeit eingesetzt, in der vornehmlich Bewohner des Landes vertreten sind. Ueber die Hälfte der Polizei besteht aus Albanern. Die Italiener erließen eine ähnliche Proklamation in ihrer Zone am Adriatischen Meere.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Torpedierung von Hospitalschiffen.

Paris, 24. April. Amtliche Havasmeldung. **Entgegen allen Regeln des Völkerrechts und der Menschlichkeit haben die Deutschen ihren Entschluß angekündigt, Hospitalschiffe ohne Warnung zu torpedieren. Unter diesen Umständen hat die französische Regierung zur Kenntnis gebracht, daß sie deutsche Gefangene auf diesen Fahrzeugen einschiffen würde.**

Wenn die französische Regierung sich zu einer so barbarischen Vergeltungsmaßregel entschließt, so muß sie in schwerster Verlegenheit sein, die allerdings aus einer erheblichen Behinderung ihrer Munitionszufuhren — für die bekanntlich Lazarettschiffe verwendet werden — verständlich werden könnte. Es kommt ihr zweifellos darauf an, den deutschen Druck auf die Benutzung von Hospitalschiffen zu Waffentransporten zu beseitigen.

Was die französische Regierung bei ihrem Vorgehen über den Inhalt der deutschen Seesperre-Erklärung sagt, ist unwahr. Diese Erklärung verbietet lediglich ein genau festgelegtes Gebiet im englischen Kanal für den Verkehr mit feindlichen Lazarettschiffen.

Seesperre und Versenkungen.

Holland verhandelt mit Deutschland und England.

Haag, 24. April. („Frankfurter Zeitung".) **Holländische Blätter berichten, daß der holländische Minister des Auswärtigen mit der englischen und deutschen Regierung Verhandlungen führt, und daß diese Unterhandlungen sich ihrem Abschlusse nähern. Die mit England geführten Unterhandlungen betreffen die Untersuchung der holländischen Schiffe in Halifax. Die mit Berlin im Gange befindlichen Verhandlungen betreffen den Vlissinger Postdienst und die Torpedierung der sieben niederländischen Schiffe.**

In Regierungskreisen hofft man, daß binnen kurzer Zeit die Schiffahrt nach den niederländischen Kolonien und der Postdienst nach England wieder aufgenommen werden können.

*

Amsterdam, 24. April. In Schiffahrtskreisen nimmt man an, daß das Tankschiff Charlois von der American Petroleum Co. in Rotterdam mit Mann und Maus untergegangen ist.

Ymuiden, 24. April. Meldung der neederlandsch. Telegraaf Agentschap. Die Besatzung eines englischen Dampftrawlers, der heute Nacht in Ymuiden angekommen ist, teilte mit, daß der englische Fischtransportdampfer Martin II vermutlich infolge eines Zusammenstoßes mit einem anderen Dampfer gesunken ist. Man weiß nicht, was aus der Besatzung geworden ist.

Amsterdam, 23. April. Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus Ymuiden, daß einer der Geretteten des versenkten schwedischen Seglers Amanda aus Gotenburg erzählte, daß das Schiff von Frederikshald in Norwegen mit einer Ladung Grubenholz nach Hartlepool unterwegs war. Am Montag wurde das Schiff in ungefähr 56 Grad 27 Minuten nördlicher Breite und 3 Grad östlicher Länge von einem U-Boot durch Warnungsschuß angehalten. Einige Mann der Besatzung begaben sich in einem Schiffsboot nach dem U-Boot, um die Schiffspapiere vorzuzeigen, worauf ihnen mitgeteilt wurde, daß der Segler wegen Führens von Bannware und weil er im verbotenen Gebiete angetroffen wurde, versenkt werden würde. Zwei Mann der Besatzung des U-Bootes begaben sich an Bord der Amanda und legten 5 Bomben. Die Besatzung des Seglers wurde von einem Plaardinger Fischerfahrzeug aufgenommen, das sie, nachdem es seinen Fischzug beendet hatte, in Ymuiden landete.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. April 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautet:

Nirgends besondere Ereignisse zu melden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

*

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 21. auf den 22. d. M. hat eine unserer Flottillenabteilungen in der Otranto-Straße einen italienischen Dampfer von etwa 1300 Tonnen versenkt. Feindliche Streitkräfte wurden nicht gesichtet.

Flottenkommando.

Die zweite Schlacht bei Arras.

Berlin, 24. April. (W. T. B.) In der neuentbrannten Schlacht bei Arras am 23. April haben die Engländer die blutigste Niederlage und die schwersten Verluste des ganzen Krieges erlitten. Ihre Absicht, die deutschen Linien beiderseits der Scarpe und beiderseits der Straße Arras—Cambrai zu durchbrechen, ist an der erprobten Tapferkeit der deutschen Truppen im glänzendsten Zusammenwirken von Artillerie-, Infanterie- und Flugdienst zu schanden geworden. Auf der ganzen 30 Kilometer langen Angriffsfront zwischen Lens und Bullecourt liegen die von Granaten und Kugeln hingemähten Sturmhaufen der Engländer verstreut.

Vormittags: Nach allerschwerstem mehrstündigen Trommelfeuer entbrannte die Schlacht auf breiter Front. Westlich und südwestlich Lens scheiterten alle englischen Angriffe unter schwersten Verlusten für den Feind, teils in blutigem Nahkampfe. Bei Avion gelang es dem Feind, vorübergehend einzudringen. Er wurde indessen durch einen mächtigen Gegenstoß augenblicklich wieder geworfen, wobei er Gefangene in unserer Hand ließ. Zwischen Gavrelle und der Scarpe war nach stärkster Feuervorbereitung das Gelände durch Rauch und Qualm unüberblickbar geworden. In einer Wolke von Rauch und Staub vermochten die Engländer unter Verwendung von Tankgeschwadern in unsere Linie einzudringen. Gegenangriffe wurden noch am Vormittage angesetzt. Südlich der Scarpe wurden alle unsere Stellungen, so heftig der Feind sie auch berannte, behauptet. Wo die Engländer an einzelnen Stellen vorübergehend einzudringen vermochten, erfolgten sofortige Gegenangriffe, die für uns günstig verliefen. So wurde der Feind aus der Linie Henniel—Vis-en-Artois unter schweren Verlusten geworfen und unsere Linie dort restlos zurückerobert. Um die Trümmerstätte des dicht an der Straße Arras—Cambrai liegenden Dorfes Guemappe wird gekämpft. Gegen den westlich von Fontaine vorgedrungenen Gegner ist ein Gegenangriff im Gange. Sieben feindliche Tanks wurden am Vormittage zerstört.

Nachmittags und abends: Die Schlacht nimmt dank der heldenhaften Haltung unserer Truppen einen günstigen Fortgang. Nachmittags erneuerte der Gegner seinen Angriff auf Avion, der verlustreich in unserem Feuer zusammenbrach. Westlich Lens schwoll das feindliche Feuer wiederum zum stärksten Trommelfeuer an. Der Ostteil von Gavrelle, in welches Dorf der Gegner am Vormittag unter dem Schutze von Qualm einzudringen vermocht hatte, wurde durch einen umfassenden Angriff von Norden und Osten her nach gründlicher wirksamer Artillerievorbereitung von uns wieder gestürmt. Auch die Höhe 71 südlich Gavrelle wurde wieder genommen. Desgleichen wurde das Dörfchen Roeux dicht an der Scarpe im schneidigen Gegenstoß zurückerobert. Sämtliche Vorteile, die der Engländer am Vormittag hatte erreichen können, wurden ihm wieder entrissen. Auch südlich der Scarpe tobte am Nachmittag und Abend des 23. der Kampf mit der gleichen Heftigkeit wie am Vormittag. Wieder und wieder warfen die Engländer ihre Sturmhaufen ins Feuer, um den entscheidenden Durchbruch südlich der Scarpe zu erzwingen, nachdem ihnen die erreichten Vorteile nördlich der Scarpe wieder entrissen worden waren. Unsere Truppen wiesen alle erbitterten englischen Angriffe blutig zurück und hielten unerschütterlich die ganze Stellung. Beiderseits des Oertchens Wancourt dicht bei dem Dorfe Guemappe entrissen unsere todesmutig vorgehenden Sturmkolonnen trotz verzweifelten feindlichen Widerstandes den Engländern den ersten Anfangsgewinn. Sie brachten mehr als 500 Gefangene aus neun verschiedenen Divisionen ein. Die Trümmerstätte des Dorfes Guemappe überließen wir den Engländern.

Gegen Abend steigerte sich das feindliche Trommelfeuer auf beiden Seiten der Scarpe von Oppy bis südlich Fontaine abermals zu nie gekannter Stärke. Die Engländer führten wiederum Reserven heran, die das Schicksal des für England unglücklichen Schlachttages in letzter Stunde noch wenden sollten. Aber auch diese mit großer Zähigkeit vorstürmenden Engländerhaufen blieben im Feuer liegen und vermochten die Niederlage des 23. April nicht zu ändern. Bei Avion, wo sich am Nachmittag noch ein Engländerhaufe in einem Abschnitt unserer Stellungen hatte festklammern können, wurden unsere Gräben bis auf den letzten Feind gesäubert. Damit sind wir in jener Gegend wieder im völligen Besitz unserer alten Stellung. Nördlich der Scarpe erlitten die Engländer abermals eine schwere Niederlage. Im Laufe der Nacht wurde auch der Bahnhof des Dörfchens Roeux von uns zurückerobert.

Am 24. morgens: Bei Gravelle sind heute morgen neue heftige Kämpfe entbrannt, bei denen sich anscheinend die beiderseits angesetzten neuen Angriffe begegneten. Südlich der Scarpe hielten auch in der Nacht unsere dort kämpfenden heldenhaften Truppen sämtlichen neuen feindlichen Anstürmen stand.

Im Vergleich mit der gewaltigen Arrasschlacht verblaßten am 23. die übrigen Vorgänge an der Westfront.

*

Feindlicher Kriegsbericht.

Englischer Bericht vom 23. April. Unsere Truppen griffen heute in ausgedehnter Front auf beiden Ufern der Scarpe an und machten im Gefecht und im Vormarsch befriedigende Fortschritte. Südlich der Straße Bapaume—Cambrai besetzten sie den Ueberrest des Dorfes Trescault und im Laufe der Nacht auch den größten Teil des Waldes von Havrincourt.

Zweiter englischer Bericht v. 23. April. Heftiger fortgesetzter Kampf auf beiden Ufern der Scarpe. Wichtige feindliche Stellungen wurden genommen. Wir eroberten das Dorf Gravelle und die feindlichen Verteidigungslinien bis 2½ Meilen südlich davon. Auf dem rechten Scarpeufer gewannen unsere Truppen kämpfend auf breiter Front Raum und eroberten Guémappe.

Englischer Heeresbericht vom 23. April, abends. Starker, andauernder Kampf fand den Tag über auf beiden Scarpe-Ufern statt und wichtige feindliche Stellungen wurden gewonnen. Das Kennzeichen des Tages war die Häufigkeit und Heftigkeit der feindlichen Gegenangriffe, bei denen der Feind sehr schwere Verluste erlitt. Wir nahmen das Dorf Garrelles und die feindlichen Verteidigungsanlagen in einer Ausdehnung von zweieinhalb Meilen südlich des Dorfes bis nach Roeux und Caneberg. Die Zahl der Gefangenen ist nicht festgestellt, beträgt aber beträchtlich über eintausend. Wir machten auch südwestlich von Lens, in der Nachbarschaft des Souchezflusses, Fortschritte.

Während der Nacht hatte Artillerie beiderseits [illegible] St. Quentin sowie [illegible] Soissons und Reims. Östlich von Craonne [illegible] Vorbereitung zum Angriff vorzugehen und von unseren Batterien heftig bekämpft wurde. Der feindliche Angriff konnte nicht zur Entwicklung kommen. In der Champagne machten die Deutschen gestern gegen 6 Uhr abends einen starken Angriff gegen den vorspringenden Winkel nordöstlich des Hochberges. Er wurde durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer gebrochen. Der Feind erneuerte diesen Versuch in der Nacht auf den Rücken, den wir halten. Bei Moronvillers war der Kampf an einigen Teilen sehr lebhaft. Er endete überall zu unserem Vorteil. Oestlich von St. Mihiel und in der Woevre schlugen wir zwei von starken feindlichen Abteilungen ausgeführte Handstreiche ab, den einen im Walde von Ailly und den anderen vor den Gräben von Calonne. In den Vogesen war ein feindlicher Angriffsversuch südlich des Passes von Markirch erfolglos.

Vom 23. April abends. Zwischen Somme und Oise führten unsere Batterien ein wirksames Zerstörungsfeuer auf die deutschen Anlagen aus. Zwischen der Aisne und dem Chemin-des-Dames machten wir im Laufe des Tages nördlich von Sancy einige Fortschritte. Der Artilleriekampf war besonders im Abschnitt des Gehöftes Heurtebise lebhaft. An der übrigen Front Artilleriekämpfe mit Unterbrechungen.

Kämpfe am Tigris.

Konstantinopel, 24. April. Amtlicher Bericht vom 23. April. Irakfront. Am 21. April griff der Feind mit mehreren Infanteriebrigaden und starker Artillerie unsere Stellungen auf dem rechten Tigrisufer an. Auf unserem linken Flügel gelang es ihm, in einen Teil unserer Stellung einzudringen, doch wurden die meisten Gräben wieder zurückerobert. Der Feind verlor mehrere Gefangene und einige Maschinengewehre. Seine blutigen Verluste sind außerordentlich schwer und erheblich größer als die unsrigen. Nachdem so unsere Truppen erfolgreich den Tag über Widerstand geleistet hatten, wurden sie, um unnötige Verluste zu vermeiden, in der Nacht in eine einige Kilometer nördlich gelegene vorbereitete Stellung zurückgenommen.

Auf dem linken Tigrisufer keine besonderen Ereignisse. Von diesem Ufer her beteiligte sich feindliche Artillerie an dem Gefecht auf dem anderen Ufer.

*

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 23. April: In der Nacht vom 21. auf den 22. räumte der Feind den Rest der Stellung von Istabulat, wovon wir am Tage zuvor zusammenhängende Teile erstürmt hatten. Am Sonntag nahmen wir bei Tagesanbruch die Verfolgung auf, machten Gefangene und erbeuteten eine 5,8-Zoll-Haubitze.

Straßenkundgebungen in Göteborg.

Kopenhagen, 23. April. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Gestern nacht kam es zu recht ernsten Kundgebungen in Göteborg. Auf dem Eisenmarkt hatte sich eine Anzahl Jungsozialisten versammelt, die Volksmenge wuchs rasch an und die Polizei, anfangs nur schwach vertreten, konnte nichts ausrichten. Erst als gegen 80 Polizisten erschienen, ging man gegen die Demonstranten vor und zerstreute sie. Bald darauf waren sie wieder auf den Gustav-Adolf-Markt versammelt; die Menschenmenge füllte jetzt den ganzen Markt und die angrenzenden Straßen. Von der Rathaustreppe wurden Reden gehalten und die Kundgebungen dauerten zwei Stunden. Dann schritt die Polizei kräftig ein und räumte den Platz, aber erst gegen 1 Uhr nachts trat vollständige Ruhe ein.

Auch in Hornösand kam es zu Kundgebungen, die Menge zog zu einer Anzahl von Kaufleuten und untersuchte deren Lebensmittelvorräte.

Kleine Kriegsnachrichten.

Gegen die Kriegsgewinne in Rußland. Aus Petersburg wird dem „Algemeen Handelsblad" gemeldet: Die Regierung beschäftige sich mit der Ausarbeitung einer Novelle zu dem Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer. Letztere habe nur eine Verschärfung der Teuerung zur Folge gehabt und soll durch eine Regelung ersetzt werden, wonach der ein gewisses Verhältnis übersteigende Kriegsgewinn der Staatskasse anheimfallen soll.

Die Judenbewegung in Rußland. Das Haager Jüdische Korrespondenzbureau meldet aus Petersburg, daß die Judenbewegung sich über ganz Rußland ausbreitet. Es erscheinen wieder zionistische Blätter. Viele reaktionäre und antisemitische Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Alle antisemitischen Demonstrationen werden von der Regierung unterdrückt. Vertreter des Judentums haben sich den Vertretern der anderen nichtrussischen Völker angeschlossen.

Neutrale Grenze überflogen. Wie das „Algemeen Handelsblad" meldet, ist bei Scheendijke ein bewaffnetes französisches Flugzeug mit einem kanadischen Offizier infolge eines Motorschadens gelandet. Der Flieger wurde interniert, das Flugzeug wurde unter militärische Bewachung gestellt.

China reorganisiert Flotte und Heer. Aus Peking wird gemeldet: Die chinesische Regierung wolle die Flotte in zehn Geschwader einteilen. Zehn Kriegsschiffe sollen an die Nordküste Chinas, 13 in die mittelchinesischen Gewässer, sechs nach Hongkong, 4 nach Peking und 32 nach Südchina kommen. Ein Reservegeschwader von 11 Schiffen soll der direkten Kontrolle des Marineministers unterstehen. Die chinesische Armee soll reorganisiert und in 35 Divisionen und 30 gemischte Brigaden eingeteilt werden.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Eine kurze Sitzung.

Der Reichstag fing seine Beratungen am Dienstag nach Beendigung der Osterpause damit an, daß er — nicht anfing! In wenigen Minuten waren die Gegenstände der Tagesordnung erledigt: zwei Anfragen, eine von dem Fortschrittler Heckscher über allerhand Gerüchte, nach denen französische Kriegsgefangene in Deutschland von ihrer Heimat aus zu wüsten Handlungen gegen Deutschlands Sicherheit aufgeputscht worden sein sollen, eine andere von dem Fortschrittler Neumann-Hofer über die Verpflegungsschwierigkeiten kleiner Kur- und Badeorte; ferner Petitionen, welche von den Ausschüssen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet worden sind, eine Anleihedenkschrift für die Schutzgebiete 1915 und die Reichshaushaltsrechnung 1915.

Damit wollte der Präsident den Reichstag wiederum auf eine Woche vertagen. Gegen diese Methode wandte sich in einer kurzen eindringlichen Rede Genosse Scheidemann. Der Reichstag dürfe sich solche Behandlung nicht ohne ernsten Widerspruch gefallen lassen. Die äußere und innere politische Lage ist so gespannt, so ungeheuer wichtig, daß der Reichstag die dringende Aufgabe hat, seinerseits dazu Stellung zu nehmen. Die russische Revolution hat neue hoffnungsvolle Möglichkeiten zur Herbeiführung des Friedens eröffnet, die vom deutschen Volke, in erster Linie also von der verantwortlichen Regierung und vom Reichstag, entschlossen ausgenutzt werden müssen.

Mit [illegible] Gründen empfiehlt Scheidemann einen Antrag, [illegible] am morgigen Tage, also am Mittwoch, die nächste Plenarsitzung abzuhalten und den Wirtschaftsplan für das neue Jahr auf die Tagesordnung zu setzen. Die Redner der bürgerlichen Parteien stimmten den Ausführungen Scheidemanns im wesentlichen zu, konnten sich aber angesichts der einmal geschaffenen Geschäftslage des Reichstags nicht zur Zustimmung zum Antrag der Arbeitsgemeinschaft entschließen, so daß er gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt wurde. Die nächste Sitzung findet also erst am nächsten Mittwoch statt.

Leider ahmte der jüngst beschlossene Verfassungsausschuß das Beispiel des Plenums nach. Er sollte sich nach Schluß der Plenarsitzung konstituieren. Aber die bürgerlichen Parteien hatten noch nicht einmal ihre Mitglieder für den Ausschuß bestimmt, so daß die Konstituierung nicht vorgenommen werden konnte. Sehr erhebend und hoffnungsvoll ist dieser Anfang der Verfassungsreform nicht. Um so mehr muß später durch die sozialdemokratischen Mitglieder, die auch den Vorsitzenden zu stellen haben, für eine ununterbrochene, schnelle und gründliche Arbeit Sorge getragen werden. —

Den Vorsitzenden des Verfassungsausschusses stellt die sozialdemokratische Fraktion, die den Genossen Scheidemann dazu bestimmt hat.

Befristeter Ministerabgang.

Die innerpreußische Politik steht im Zeichen der Befristungen. Zu der befristeten Wahlreform gesellt sich der befristete Ministerabgang. In den letzten Tagen waren Gerüchte über den Rücktritt des preußischen Landwirtschaftsministers, des Freiherrn von Schorlemer in der Presse aufgetaucht. Die „Post" schreibt hierzu, ein Rücktritt des Herrn von Schorlemer würde, wenn er überhaupt geplant sei, wohl erst nach dem Kriege erfolgen.

Wenn wir schon Gegner einer befristeten Wahlreform sind, so noch viel mehr eines befristeten Ministerabgangs. Denn hier entfällt ganz deutlich das einzige Argument, das zugunsten der Aufschiebung der Wahlreform geltend gemacht wurde, daß die materiellen Interessen unserer Kriegführung durch die Vertagung nicht geschädigt würden. Einen Minister, dessen Kriegsmaßnahmen sich als verkehrt erweisen, erst nach Beendigung des Krieges ausschiffen zu wollen, wäre etwas so Widersinniges, daß wir einen solchen Plan kaum für wahr halten können.

Die Aufhebung der Kapitulationen.

Verträge zwischen Deutschland und der Türkei.

Dem Reichstag ist der Text von zehn Verträgen Deutschlands mit der Türkei zugegangen, deren Zweck es ist, das alte System der Kapitulationen (eigene Gerichtsbarkeit der in der Türkei lebenden Deutschen) durch ein dem modernen Völkerrecht angepaßtes System zu ersetzen. Den deutschen Konsuln wird auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit ein bestimmtes Tätigkeitsfeld eingeräumt. Zur Ausführung dieser Verträge ist dem Reichstag ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt worden.

Die militärischen Revisionen auf den Dörfern.

An den militärischen Nachprüfungen im Landkreise Köln hat sich mit Genehmigung des Regierungspräsidenten ein Redakteur unseres Kölner Parteiblattes beteiligt. Er berichtet in der „Rheinischen Zeitung", daß die Gehöfte gründlich durchsucht worden seien, jedoch habe man in den Bauernhöfen selbst nur kleinere Mengen Getreide beschlagnahmen können. Es sei da fast immer von den Bauern alles richtig angegeben worden. Dagegen scheine ein beliebter Trick zu sein, **größere Getreidemengen an dem Tage der Revision unter Stroh oder Mist versteckt auf die Felder hinauszufahren** und sie am Abend zurückzuholen, wenn die Luft rein ist. So wurden an einem Tage in einem Dorfe zwei derartige Fuhren Saathafer, Roggen und Weizen ermittelt. In dem einen Falle hatte der Bauer auch 30 Pfd. Speck im Mist versteckt, obwohl doch Fleisch gar nicht aufgenommen wird. Auf die Felder müssen also die Kommissionen besonders acht geben. In allen besuchten Bauernhäusern waren gesalzene und geräucherte Fleischwaren genügend anzutreffen. Die bäuerlichen Familien und auch „ihre" Russen essen jedenfalls das Mehrfache der städtischen Fleischration. — Sehr große Mengen Getreide dürften jetzt nicht mehr zu ermitteln sein. Nach dem Urteil sachkundiger unparteiischer Mitglieder der Nachprüfungsausschüsse muß die nächste Getreideernte sofort nach dem Einbringen behördlich erfaßt werden. Erforderlich ist dann ein Dreschverbot für die Landwirte, Ausdrusch durch militärische Kommandos und sofortige Beschlagnahme der abzuliefernden Mengen. Sonst wird im nächsten Jahre derselbe Uebelstand vorhanden sein. Die verspäteten militärischen Nachforschungen erbittern die Landwirte stark und das Ergebnis ist am Schlusse des Erntejahres nicht mehr groß.

Eine Selbstenthüllung.

Von sozialdemokratischer Seite ist oft darauf hingewiesen worden, daß der berühmte Schutz der Arbeitswilligen trotz allen „barmherzigen Getues" (so nennt es wohl Otto Ludwig) nicht zum Schutze irgendwelcher unsolidarischen Arbeiterelemente, sondern einzig und allein zum Schutze des Arbeitgebertums gegen Streiks und Gewerkschaften gefordert werde. Die Gegenseite wollte das nicht gelten lassen und suchte immer wieder den Anschein zu erwecken, als ob reines Mitleid mit der höchst unglückseligen Person des redlichen Arbeitswilligen ihr Fordern bestimmte.

Jetzt aber finden wir ein äußerst wertvolles und offenherziges Bekenntnis in der „Kreuzzeitung". Der Gedanke, daß die Regierung die Aufhebung des berüchtigten § 153 der Gewerbeordnung planen könne, wie dies jüngst in einigen Zeitungen angedeutet wurde, bereitet dem konservativen Blatt fürchterliches Unbehagen. Es protestiert dagegen, daß der § 153 ein Ausnahmerecht gegen die organisierte Arbeiterschaft darstelle und stellt demgegenüber seine Ansicht: „Das Koalitionsrecht, das dem Mehrheitswillen der Gewerkschaften das Recht verleiht, zu bestimmen, wer nicht arbeiten soll, und den zu vergewaltigen, der das Verbot zu arbeiten übertritt, wäre ein Ausnahmerecht gegen ..." Ja, gegen wen wohl? Gegen die Nichtorganisierten, gegen den geliebten Arbeitswilligen von Hintzes Gnaden? O nein, der Satz der „Kreuzzeitung" lautet: „... wäre ein Ausnahmerecht gegen die Arbeitgeber, das diese gegenüber der Uebermacht der Gewerkschaften recht- und machtlos machen müßte".

Das ist wenigstens nach einer Seite ehrlich. In anderer Beziehung freilich auch nicht. Ueber die Recht- und Machtlosigkeit des Unternehmertums erkundigt sich die „Kreuzzeitung" vielleicht einmal bei den großen Arbeitgeberorganisationen. (Gegen die übrigens der § 153 gleichfalls ein Ausnahmerecht bedeutet, freilich nur ein theoretisches, denn praktisch ist er gegenüber ihren Zwangsorganisationsmethoden so gut wie gar nicht angewendet worden.) Schließlich ist es eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen, wenn man es so darstellt, als wäre nach Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung eine brutale Vergewaltigung des Individuums gestattet. Die allgemeinen Strafbestimmungen wegen Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung usw. bleiben ja auch für die organisierte Arbeiterschaft vollauf bestehen. Die Arbeiter verlangen lediglich die Aufhebung eines gegen sie gerichteten Sondergesetzes, dessen Eigentümlichkeit darin besteht, daß es auch eine nicht terroristische und bei anderen Berufsklassen für vollkommen gesetzlich geltende Aktion, wie z. B. den Appell an die Ehre, mit Gefängnisstrafe bedroht.

Die Unterstützung der Kriegerfrauen.

Abg. Hoch (Soz.) hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß infolge des letzten Rundschreibens des Reichsamts des Innern, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, in vielen Fällen die Unterstützung solchen Kriegerfrauen entzogen worden ist, die eine Erwerbsarbeit nicht leisten können, weil sie entweder kränklich oder in ihrem Haushalt unabkömmlich sind? Was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu tun?

* * *

Eine von dem Abg. Herzog (Deutsche Fraktion) eingebrachte Anfrage betrifft Maßnahmen gegen Kriegsgefangene, welche die Arbeit verweigern oder Widersetzlichkeiten zeigen. — Auf eine Anfrage des antisemitischen Abgeordneten **Dr. Werner-Gießen über die Teilnahme von Ausländern an Streikversammlungen in Oberhausen** hat das Reichsamt des Innern geantwortet, daß auf den betreffenden Versammlungen keine Ausländer wahrgenommen sind, wenn es auch nicht ausgeschlossen sei, daß der eine oder andere belgische Arbeiter sich eingeschlichen hat.

Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag in Bremen. Zu dem Antrage der Fortschrittlichen Vereinigung, eine Deputation einzusetzen zwecks Revision der bremischen Verfassung, stellte die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion in Bremen folgendes Amendement:

Den Beratungen ist zugrunde zu legen, daß das Wahlrecht zu einem allgemeinen und gleichen auszugestalten ist, unter Anwendung des Proportionalwahlsystems, während das Prinzip der geheimen und direkten Wahl beizubehalten bezw. zu verallgemeinern ist.

Ferner ersucht die Bürgerschaft den Senat um sein Einverständnis, daß die niederzusetzende Deputation zu beauftragen ist, nächst dem Wahlrechtsentwurfe eine Vorlage auf Aufhebung der Bürgereidgebühr beschleunigt vorzubereiten.

Lösung der Krise in Oesterreich.

Die Minister bleiben.

Aus Wien meldet das k. k. Telegr. Korr.-Bureau vom 23. April:

Im Laufe des heutigen Tages wurden die Beratungen der deutschen Parteien über die innerpolitische Lage fortgesetzt. Ihr Ergebnis kann dahin zusammengefaßt werden, daß das Verbleiben der deutschen Minister im Kabinett als gesichert angesehen werden kann. — In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Einberufung des Reichsrates für den 30. Mai in Aussicht genommen ist.

Die deutschen Minister haben sich verständigerweise damit einverstanden erklärt, daß die geplanten Reformen nicht auf dem Wege des § 14, sondern auf parlamentarischem Wege eingeführt werden. Dabei könnte sich natürlich auch ihr Inhalt, an dem die Regierung festhalten will, noch ändern. Hoffentlich geschieht das aber nur im Sinne einer Demokratisierung des Staatswesens, die das Friedensprogramm — Selbstbestimmungsrecht aller Völker — im Rahmen des Staatsverbandes verwirklicht.

Letzte Nachrichten.

Kabinettskrise in Luxemburg.

Luxemburg, 24. April. Zu Beginn der heutigen Kammersitzung erklärte Staatsminister Thorn, da die jetzige Regierung nicht das Vertrauen habe, das sie verlangen müsse und Erzeuger wie Verbraucher ihre Pflicht schlecht erfüllten, habe die Regierung ihr Mandat in die Hände der Großherzogin zurückgelegt. Darauf verließen die Regierungsmitglieder den Saal. Nach dem Weggang stellte der Sozialist Thorn den Antrag, eine Glückwunschadresse an die russische Regierung zu senden. Die Kammer erklärte sich mit 26 gegen 20 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen in dieser Frage für inkompetent.

Anträge auf Verfassungsreform in Schweden.

Kopenhagen, 24. April. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Gestern wurde in beiden Kammern des Reichstages ein liberaler Antrag eingebracht, der ein engeres Zusammenwirken zwischen der Regierung und dem Reichstag herbeizuführen bezweckt. Man wünsche eine Aenderung des Paragraphen 12 der Verfassung dahin, daß die Mitwirkung des Reichstags bei Abschluß eines Bündnisses erforderlich wird; ferner eine Aenderung des Paragraphen 13 dahin, daß das Recht des Königs der Entscheidung über Krieg und Frieden in Uebereinstimmung mit Paragraph 74 gebracht wird, wonach die Militärmacht nur auf Kriegsfuß gebracht werden kann, um die Neutralität des Landes zu beschützen oder einen Angriff abzuschlagen. Ferner werden Maßnahmen verlangt, wonach der Reichstag andauernd über die äußere politische Lage des Reiches unterrichtet und der Geheimausschuß zu einer feststehenden Einrichtung umgewandelt werden soll, die auch außer der Reichstagstagung besteht.

Die Beichtfahrt der Entente.

Washington, 24. April. (Reutermeldung.) Staatssekretär Lansing erklärte, daß die britische Mission nicht deshalb nach Amerika gekommen sei, um von den Vereinigten Staaten etwas zu verlangen, sondern nur um die Regierung über die Fehler zu unterrichten, welche die Entente zu Beginn des Krieges gemacht habe. Der Besuch der französischen Mission sei hauptsächlich als Höflichkeitsakt zu betrachten. Lansing glaubt nicht, daß eine der Konferenzen einen streng formellen Charakter tragen oder sich zu einer richtigen Kriegskonferenz gestalten wird.

Der Widerstand gegen die Wehrpflicht in Amerika.

Bern, 23. April. Die amerikanische Regierung hat durch den Vorsitzenden der Arbeiterunion Gompers den englischen Arbeitervertreter Bowerman zu einem Besuch in Amerika eingeladen lassen, damit er hier den Standpunkt der englischen Arbeiterverbände gegenüber der Dienstpflicht in der Armee und den Munitionsfabriken den amerikanischen Arbeiterführern darlege; offenbar versucht die Washingtoner Regierung, die amerikanischen Sozialisten, die stark gegen Amerikas Teilnahme am Kriege waren, zu bekehren.

Für Griechenlands Neutralität.

Genf, 24. April. Wie die Pariser Zeitungen aus Athen melden, hat sich am Sonntag eine Versammlung von Verbandsvorständen aus ganz Griechenland, in der 250 Berufsvereine und Genossenschaften vertreten waren, für die Beibehaltung der Neutralität Griechenlands und gegen die Begnadigung der Venizelisten ausgesprochen.

Bulgarische Einberufungen.

Berlin, 24. April. (W. T. B.) Die in Deutschland weilenden jungen Bulgaren, welche dem Jahrgange 1918 Nr. 4 angehören und zum Militärdienst angesetzt sind, werden hierdurch laut Befehl der Königlich Bulgarischen Regierung aufgefordert, sich sofort nach Bulgarien zu begeben, um sich bei ihren zuständigen Militärbehörden zu stellen und in die Armee einzutreten.

Die Teuerung in England.

Amsterdam, 24. April. Nach der „Labour Gazette" waren in England die Lebensmittel am 31. März um 94 Prozent teurer als im Juli 1914.

Zur Nagyietnyer Schiffskatastrophe.

Budapest, 24. April. Die Bergung der Opfer der Nagyietnyer Schiffskatastrophe wurde nach zweiwöchiger Arbeit beendet. Es wurden **145 Leichen ans Land gebracht.** Da sich im Laufe der Untersuchung der dringende Verdacht ergab, die Katastrophe sei durch Fahrlässigkeit des Personals sowohl des Personendampfers Zrinyi als des Schleppdampfers Viktoria verursacht worden, sind die Kapitäne und Steuermänner beider Schiffe in Haft genommen worden.

Konferenz der Tabakarbeiter.

Am 19. April fand in Frankfurt a. M. eine Zusammenkunft von Vertretern der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Tabakarbeiterorganisationen statt, um in der Hauptsache Stellung zu nehmen zu den gegenwärtigen Lohnverhältnissen in der Tabakindustrie, sowie zu der durch die Rohtabakstreckung verursachten Produktionseinschränkung.

Der Vorsitzende des christlichen Tabakarbeiterverbandes, Cammann-Düsseldorf, erstattete Bericht über die Lohnverhältnisse. Obwohl in der Tabakindustrie die Friedenslöhne zum größten Teil um etwa 20 Proz., durch mehrfache, von den Arbeiterverbänden eingeleiteten Lohnbewegungen erhöht worden seien, sei die Lebenshaltung der Tabakarbeiter zurückgegangen, denn die Lohnaufbesserung stehe in keinem Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung. Der Lohn der Tabakarbeiter, der schon in Friedenszeiten äußerst gering war, sei jetzt erst recht ungenügend. Der Durchschnittslohn, der im Jahre 1913 674 M. betrug, sei nur um 4,2 Proz., und zwar auf 704 M. im Jahre 1915 gestiegen. Der Lohn der Tabakarbeiter reiche meistens nicht einmal zum Kauf der rationierten Nahrungsmittel aus. Der Krieg bringe gewiß genug Entbehrungen, die nicht zu vermeiden seien; doch solle man das Leben der Arbeiter nicht noch durch unzureichende Löhne besonders erschweren. Infolge der Beschränkung des Rohtabakverbrauchs führen viele Fabrikanten neue und kleinere Sorten ein oder holen alte Sorten, die seit vielen Jahren nicht mehr hergestellt wurden, wieder hervor, zahlen aber dafür auch die vor vielen Jahren gezahlten niedrigen Löhne. Wenn dann auch die mehrfach erfolgten Teuerungszulagen aufgeschlagen wurden, so hätten die Arbeiter trotzdem kaum noch die Löhne erreicht, wie sie kurz vor dem Kriege bestanden, so daß man von einer Erhöhung der Löhne mit Rücksicht auf die jetzige Teuerung nicht reden könne.

Nach längerer Aussprache stellte die Konferenz folgende Forderungen auf:

1. Die bisher gewährten Zulagen sind für alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf 35 Proz. zu erhöhen;

2. bei Einführung neuer Sorten oder bei Wiedereinführung alter Sorten ist der Grundlohn derselben mindestens auf eine den Lohnverhältnissen des letzten Friedensjahres entsprechende Höhe zu bringen; dazu die Zulage von 35 Proz.;

3. die Zulagen sind als feste Lohnzulagen zu gewähren.

Ueber die mit der Streckung des Rohtabaks verbundene Einschränkung der Produktion in der gesamten Tabakindustrie erstattete der Vorsitzende des freien Tabakarbeiterverbandes, Deichmann-Bremen, Bericht. Die Regierung hatte zunächst verordnet, daß wegen mangelnder Einfuhr von Rohtabak die Produktion gemäß jener der ersten sieben Monate des Jahres 1916 zu halten sei. Da das nicht genügte, kam man dazu, die Einschränkung in der Weise weiter vorzunehmen, daß ein prozentualer Abschlag auf die Verarbeitungsmenge der ersten sieben Monate des Jahres 1915 bezw. 1916 festgesetzt wurde. Vom 1. Mai d. J. ab soll die Einschränkung betragen für Zigarren, sowie für Kau- und Schnupftabak 40 Proz., bei Rauchtabak und bei Zigaretten, soweit bei letzteren Ersatztabak verwendet wird, 50 Proz., immer nach der bereits auf die ersten sieben Monate 1915 bezw. 1916 herabgesetzten Verarbeitungsmenge. Die Konferenz stimmte dem Berichterstatter in seinen folgendermaßen zusammengefaßten Ausführungen ebenfalls einstimmig zu: Zur Frage der weiteren Einschränkung des Rohtabakverbrauchs müsse sich die Konferenz auf den Standpunkt stellen, daß es im Interesse der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gelegen hätte, die Vertreter der Tabakarbeiterverbände zu hören. Dieses ist zu unserem Bedauern nicht geschehen. Die in der Bekanntmachung des Stellvertretenden Reichskanzlers vom 12. April dieses Jahres vorgesehene weitere 40prozentige Beschränkung der Tabakverarbeitung liegt nicht im Interesse der bodenständigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nach Ansicht des Reichsamts des Innern geschont werden sollten. Eine bessere Schonung der bodenständigen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen wäre weit eher erreicht worden, wenn zunächst der Stand der Tabakverarbeitung der ersten sieben Monate des Jahres 1914 zugrunde gelegt worden wäre. Auch den Interessen der alteingesessenen Firmen wäre damit gedient gewesen. Sofern sich eine weitere Einschränkung notwendig machte, konnte man dann eine allgemeine prozentuale Einschränkung vornehmen. Hoffentlich wird das Reichsamt des Innern dem Wunsch Rechnung tragen, die Frage der Tabakstreckung mit unsern Vertretern zu besprechen und nach Möglichkeit in unserm Sinne zu handeln. Neben einer andern Regelung der Tabakverarbeitung muß es aber auch Aufgabe der Reichsregierung sein, für die infolge dieser Maßnahmen arbeitslos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen, für die zurzeit keine andere passende Arbeit beschafft werden kann, und für diejenigen, die angesichts ihres körperlichen Zustandes in anderen Berufen nicht tätig sein können, eine entsprechende Unterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Beschlossen wurde, die Leitungen der drei Verbände zu beauftragen, an das Reichsamt des Innern eine im Sinne der vorstehenden Ausführungen gehaltene Eingabe zu richten, demselben Amt aber sofort nachstehendes Telegramm zuzusenden:

„Die in Frankfurt am Main versammelten Vertreter der drei Tabakarbeiterverbände erblicken in der Bekanntmachung vom 12. April, betreffend weitere Streckung von Rohtabak eine schwere Schädigung der bodenständigen Tabakarbeiter. Sie richten an das Reichsamt des Innern das dringende Ersuchen, die Vertreter der Verbände zu empfangen und deren Wünsche zu hören."

Dann berichtete Riendorf-Bremen über die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Tabakindustrie. Das Bestreben der drei Tabakarbeiterverbände, mit den Organisationen der Unternehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft wegen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu kommen, ist als gescheitert zu betrachten; diesbezügliche Vorschläge wurden von dem Vorstand des Deutschen Tabakvereins abgelehnt mit der Begründung, daß sowohl Unternehmer wie Arbeiter nur zum Teil organisiert sind und deshalb eine allgemeine Beachtung etwaiger Vereinbarungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen nicht zu erwarten sei. Einstimmig aber sei auch beim Deutschen Tabakverein die Ansicht zur Geltung gekommen, daß alle Unternehmer des Tabakgewerbes selbstverständlich den zurückkehrenden kriegsbeschädigten und kriegsentlassenen Tabakarbeitern das größte Wohlwollen entgegenbringen müssen, und daß der Deutsche Tabakverein in diesem Sinne wirken werde. Ebenso sei es selbstverständlich, daß die Entlohnung der kriegsbeschädigten oder kriegsentlassenen Arbeiter zu den für andere Arbeiter geltenden Lohnsätzen zu erfolgen habe, und daß eine geringere Entlohnung unter Berufung auf die Kriegsrente unstatthaft erscheine.

Die Konferenz stimmte einer Entschließung zu, die den Tabakarbeitern empfiehlt, den kriegsbeschädigten und kriegsentlassenen Kollegen zum ferneren Fortkommen alle nur mögliche Förderung angedeihen zu lassen. Es wird zwar mit Befriedigung von der Zusicherung des Deutschen Tabakvereins Kenntnis genommen, doch gleichzeitig bedauert, daß eine festere Arbeitsgemeinschaft auf diesem Gebiete, die wahrscheinlich auch die Unorganisierten in beiden Lagern beeinflußt hätte, nicht zustande gekommen ist.

Gewerkschaftsbewegung

Die Wiedereinführung des Achtuhr-Ladenschlusses vertagt.

Die letzte Bundesratssitzung befaßte sich auch mit dem Antrage auf Wiedereinführung des Achtuhr-Ladenschlusses. Wohl infolge der Gegenagitation hat der Bundesrat die Beschlußfassung hierüber vertagt.

Berlin und Umgegend.

Die freien Gewerkschaften und die Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, dieser jüngste Zweig am Baume der freigewerkschaftlichen Organisation, hat sich bereits kräftig entwickelt. Das zeigte der gute Besuch einer am Sonnabend in Obiglos Saal abgehaltenen Versammlung, der ersten, welche der junge Verband in Berlin abhielt. Zweck der Versammlung war, weiteren Kreisen der Eisenbahner das Wesen und die Bestrebungen des Verbandes vor Augen zu führen. Diese Aufgabe erfüllte der Reichstagsabgeordnete Legien in einem sachkundigen Vortrage. Er erinnerte zunächst daran, daß frühere Versuche, eine freie Gewerkschaft der Eisenbahner ins Leben zu rufen, keinen Erfolg hatten. Teils wegen der gegen derartige Organisationen gerichteten Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung, teils wegen der Tätigkeit anderer Organisationen, die sich bemühten, die Eisenbahner von den Wegen, welche die freien Gewerkschaften wandeln, fernzuhalten. Auch bei den Eisenbahnern selbst fand die freie Gewerkschaft bis vor kurzem wenig Entgegenkommen. Die Eisenbahner glaubten, ihr Arbeitsverhältnis sei derart, daß sie die gewerkschaftliche Organisation nicht nötig haben. Doch das ist ein Irrtum. Die Arbeiter in privaten Betrieben konnten durch die Gewerkschaft ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich verbessern, während die Löhne der Eisenbahner weit hinter den Löhnen der Arbeiter anderer Betriebe zurückgeblieben sind. Das hat sich besonders während des Krieges gezeigt. Mit der Gründung des Eisenbahnerverbandes eröffnet sich auch für die Eisenbahner die Möglichkeit, die Früchte gewerkschaftlicher Tätigkeit zu genießen. Die bisherigen Organisationen der Eisenbahner glaubten die Lage der Berufsangehörigen verbessern zu können durch Eingaben an die Behörden und den Landtag. Gewerkschaftliche Erfolge konnten sie dadurch nicht erreichen. Der Eisenbahnerverband weiß, daß solche Erfolge nur erreicht werden können durch eine starke, festgefügte Gewerkschaft. Der Verband will deshalb Einrichtungen schaffen, durch die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter Mitwirkung der Arbeiter befriedigend geregelt werden. — Der Redner zeigte, wie sich die Generalkommission der Gewerkschaften während der Kriegszeit fortgesetzt bemüht hat, die Anerkennung der freigewerkschaftlichen Organisation durch die Eisenbahnverwaltung durchzusetzen. Es ist jetzt möglich, in allen Staatsbahnbetrieben Mitglieder für den Eisenbahnerverband zu werben. Ein Irrtum ist es, zu glauben, die freie Gewerkschaft der Eisenbahner werde nur während des Krieges geduldet und nachher würde wieder das alte Verhältnis eintreten. Da die preußische Eisenbahnverwaltung dem Eingang der freien Gewerkschaften in die Staatsbahnbetriebe bis in letzte Zeit zähen Widerstand entgegengesetzt hatte und ihr die Anerkennung der Organisationsfreiheit unter Mitwirkung des Reichskanzlers abgerungen wurde, ist als sicher anzunehmen, daß der jetzige Zustand: die Anerkennung des Eisenbahnerverbandes, dauernd sein wird. Wenn der Eisenbahnerverband auf die Anwendung des Streiks verzichtet, so tut er es, weil es mit anderen Mittel: der im Statut vorgesehenen paritätischen Schiedsinstanz, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner verbessern will. Der Streik ist ja nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Auch die anderen Gewerkschaften wenden ihn nur an, wenn alle sonstigen Mittel erschöpft sind. So hat also der Eisenbahnerverband das gleiche Ziel, den gleichen Zweck wie jede freie Gewerkschaft. Nur die Mittel, mit denen er seinen Zweck erreichen will, sind andere. Es ist nun Aufgabe der Eisenbahner, den Verband zu stärken und seine Bestrebungen zu unterstützen. Eine starke Organisation der Eisenbahner kann in freundlichem Verhältnis zur Eisenbahnverwaltung stehen und doch, auf eine große Mitgliederzahl gestützt, Einfluß genug haben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und die Interessen der Mitglieder in jeder Hinsicht wahrzunehmen.

Die Aussprache, die dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte, legte Zeugnis ab für das rege Interesse, das die Eisenbahner ihrer jungen gewerkschaftlichen Organisation entgegenbringen. — Der Verbandsvorsitzende Brunner schloß die Versammlung mit dem Ausdruck der Hoffnung auf ein kräftiges Wachstum der Organisation.

Die erhöhte Teuerungszulage der Schuhmacher der Schoßbranche.

Die Maßschuhmacher hatten am Montag wieder eine Branchenversammlung, um den Bericht entgegenzunehmen über die endgültige Stellungnahme des Unternehmerverbandes zur Erhöhung der Teuerungszulage. Hamacher konnte mitteilen, daß der Unternehmerverband durch schriftliche Antwort die Bewilligung der geforderten weiteren 20 Proz. ausgesprochen hat. Demnach beträgt jetzt die Teuerungszulage, einschließlich der früheren Zulagen, 50 Proz. für Akkordarbeiter und 45 Proz. für Zeitlohnarbeiter. Von der neuen Zulage werden mit umfaßt alle seit Sonnabend, den 21. April, ausgegebenen Arbeiten. — Das Schreiben des Fabrikantenvereins schließt mit den Worten: „Die jetzt bewilligten 20 Prozent fallen mit Friedensschluß fort". Die Versammelten nahmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die aufgestellte Forderung nunmehr im vollen Umfange bewilligt worden ist. Dagegen stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß es nicht angängig wäre, für den Zeitpunkt des Friedensschlusses den Fortfall der jetzt bewilligten 20 Prozent festzulegen. Den Fabrikanten soll dies mitgeteilt werden, mit der Maßgabe, daß man mit dem Abzug dieser 20 Proz. zu dem Zeitpunkt einverstanden wäre, wo die behördlich für Schuhwaren festgesetzten Richtpreise wieder aufgehoben werden. Es wird angenommen, daß dies nicht eher geschehen wird, als bis wieder genügend Rohstoffe vorhanden sind. Bis dahin dürfte, vom Friedensschlusse ab gerechnet, ein Jahr vergehen.

Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, deren Unternehmer nicht dem Fabrikantenverbande angehören, darauf zu sehen, daß auch sie die neue Zulage erhalten.

Die Heilgehilfen des Berliner städtischen Rettungswesens haben in der am Donnerstag, den 19. April, stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung vom Dezernenten des Rettungswesens Herrn Stadtrat Runge auf eine Anregung des Stadtverordneten Herrn Dr. Weyl, unter Mitwirkung des Stadtverordneten Herrn Dr. Isaac, die Zusage erhalten, daß ihre Eingabe um Erhöhung ihrer sehr niedrigen Lohnsätze wohlwollend geprüft werden soll. In den beteiligten Kreisen besteht die Hoffnung, daß diese Zusage sich bald in Taten umsetzen möge; angesichts der Aufbesserung der Arzthonorare würde die jetzt bestehende niedrige Entlohnung der Heilgehilfen eine Ungerechtigkeit bedeuten.

Soziales.

Verlängerung der Amtsdauer der für Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder.

Durch Königliche Verordnung vom 15. April 1917 ist der Handelsminister ermächtigt worden, die Amtsdauer der auf Grund der §§ 80f usw. des Allgem. Berggesetzes gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder, deren Wahlperiode während des Krieges abläuft, soweit Neuwahlen nicht bereits stattgefunden haben, bis zum 31. März 1918 zu verlängern.

Um die Gültigkeit von Gemeindevertreterwahlen handelte es sich bei einem Rechtsstreit gegen die Gemeindevertretung von Boevinghausen. In Boevinghausen waren am 25. November 1915 Reppel, Herber und Voß, die Kandidaten der sogenannten Zechenpartei, gewählt worden. Ihre Wahl wurde durch Büscher und Genossen angefochten, weil unzulässige Wahlbeeinflussungen vorgekommen seien. Der Kreisausschuß des Landkreises Dortmund erklärte auch die Wahlen für ungültig. Der Bezirksausschuß hob das Urteil auf und wies die Kläger ab, indem er die Gültigkeit der Wahlen annahm. Es wurde ausgeführt: Allerdings sei dargetan, daß ein Wähler, ein Bergmann, durch unzulässige Wahlbeeinflussung dazu bewegt worden sei, seine Stimme für die Gewählten abzugeben. Da aber hierdurch, bei einer Majorität von über 20 Stimmen, das Wahlergebnis nicht beeinflußt sei, so müsse die Gültigkeit der Wahlen angenommen werden.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksausschuß zurück. Es ging von folgenden Erwägungen aus:

Eine unzulässige Wahlbeeinflussung liege dann vor, wenn mit der Empfehlung einer bestimmten Person ein Angebot besonderer Vorteile oder eine Androhung besonderer Nachteile verknüpft sei. Einfluß auf die Frage, ob eine Wahl gültig sei, könne aber eine unzulässige Wahlbeeinflussung nur dann haben, wenn durch sie das Wahlergebnis erkennbar beeinflußt sei. Nach den Feststellungen des Bezirksausschusses sei aber nur ein Wähler unzulässig beeinflußt worden, und das habe bei einer Majorität von 20 Stimmen keinen Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt. Wegen jener unzulässigen Beeinflussung des einen Wählers könnten also die Wahlen nicht für ungültig erklärt werden. Aus einem andern Grunde müsse aber die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache nochmal an den Bezirksausschuß verwiesen werden. Es seien nämlich Zweifel entstanden, ob nicht die Gewählten alle von einer Abteilung gewählt worden seien. Die Gemeindevertretung von Boevinghausen bestehe aus 9 Personen, so daß auf jede Abteilung drei entfielen. Da nun nach der Landgemeindeordnung alle zwei Jahre aus jeder Abteilung ein Drittel der Gemeindevertreter auszuscheiden habe, so würde die Wahl nichtig sein, wenn es sich bei der Wahl der drei Gewählten nur um eine Abteilung gehandelt hätte. Der Bezirksausschuß müsse aus diesem Grunde die Sache nochmal nachprüfen. (I. C. 1. 17.)

Eingegangene Druckschriften.

Die Preisbewegung von Nahrungs- und Futtermitteln und die Versorgung der Westmächte seit Kriegsbeginn. Erster Abschnitt England. Bearbeitet von Kurt Himer. Verlag Broschek u. Co., Hamburg.

Der ewige Jude. Von August Vermeylen. Geh. 4 M., geb. 5 M. Inselverlag, Leipzig.

Der Dauerfriede. Von Prof. Dr. Walther Schücking. Broschiert 2,20 M., geb. 3,50 M. Verlag „Naturwissenschaften" G. m. b. H., Leipzig.

Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung und Besteuerung des elektrischen Stromes. Von Dr. A. Grunenberg. — Verlag Buttkammer u. Mühlbrecht, Berlin.

Die flämische Literatur. Von Franz Jostes. 80 Pf. — Volksvereinsverlag, Gladbach.

Deutschlands Kriegslasten und seine wirtschaftlichen Kraftquellen. Von Julius Steinberg. 80 Pf. — A. Marcus u. E. Webers Verlag (Dr. jur. Albert Ahn), Bonn.

Internationale Rundschau. 3. Jahrgang. 4. Heft. 80 Pf — Art. Institut Orell Füßli, Zürich.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. 60 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin.

Lager-Katalog der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. 10 Heller. — Verlag Ignaz Brand u. Co., Wien.

Rund um die Erde zur Front. Von Otto Anthes. — Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin.

Irische Blätter. Herausgeber Georges Chatterton-Hill. Heft 1. 1,50 M. Verlag Karl Curtius, Berlin.

Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/17. Heft 128—130. Heft 25 Pf. wöchentlich. — Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Weisesche Ernte-Tafel. Von Rudolf Weis. 80 Pf. Verlag G. Hedeler, Leipzig.

Kinderreiche Mütter. Von Gottfried Stoffers. 2 M. Verlag von A. Bagel, Düsseldorf.

Landen und Stranden. Von Gustav Falke. 1 M. Kronen-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkäuf.

Zigarren, Zigaretten, Kautabake
Engros
F. Ernst Borch, Elisabeterstr. 21.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Kaff. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Parkstr. 8a, Fernsp. Kgst. 13708

Bade-Anstalten
Zentral-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Oskar Hanke's Brothäck.
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.

F. Kliesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
G. Meier, Grünerweg 37.

Otto Wolff, Treptow, Krüllat. 16 Zachan, Gr.-Lichterf., Charlottenst. 33a
Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 105
Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97 Tel. Kgst. 9061, 9062

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Buschkrugstr. 5a
Essigfabriken
Timner-Essig
Überall erhältlich!
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-70
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kongel, Alte Jacobstr. 29.
Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 59, Ecke Prinzen-Allee.
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 7
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr.
Kolonialwaren
Adam Schmitz, Schlesischestr. 11.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Röhlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seestr.
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Bulauerstraße 44-Neukölln, Elbestr. 32, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wesserstr. 159, Friedelstr. 23
Treptow, Grätz-Straße 44.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.
Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Vester, E. Kottbuser-Damm 14/19
Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 21.
Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3, auch Gelegenheitskf.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling
40 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
Semper idem

Meierei
C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Gottlieb. Mechaniker
Schubert, Carl, Nklln, Bergstr. 148
Schreibwaren
O. Prochnow, Nkölln, Hermannstr. 99
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49
Versicherungen
„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherg. straße 2.
Spandau
Scheuerlein, Breitest. 11, Fleck-, Wasch-

Reichstag.

97. Sitzung. Dienstag, den 24. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. **Heckscher** (Vp.) bittet um Auskunft über das Ergebnis der amtlichen Untersuchung betreffs der vom „Hamburger Fremdenblatt" mitgeteilten

feindlichen Attentatsversuche,

um mit Hilfe französischer Kriegsgefangener in Deutschland Seuchen zu verbreiten und die unentbehrlichsten Nahrungsmittel zu zerstören, und fragt an, ob ein Mitverschulden der französischen Regierung an diesem entmenschten Treiben erwiesen ist.

General v. **Friedrich**: In einem an einen französischen Kriegsgefangenen gerichteten Paket wurden in ein Buch eingepackt fünf Zettel gefunden, die in Schlüsselschrift **Aufforderungen an die feindlichen Kriegsgefangenen zu Zerstörungen, Brandstiftungen, Erregung von Viehseuchen, Schädigung der Kartoffelaussaat und Ernte usw.** enthielten. Aus dem Inhalt und aus dem Aeußeren der Zettel ergibt sich klar, daß es sich um einen groß angelegten Plan handelt. Deutschland wirtschaftlich schwer zu schädigen. **Zweifellos ist die Gefahr groß.** Die Bevölkerung ist daher durch die Presse hierüber aufgeklärt worden. Außerdem ist eine verschärfte Durchsuchung aller an die Kriegsgefangenen gerichteten Postsachen angeordnet worden. Sollte dies nicht genügen, so wird zu weiteren Maßnahmen gegriffen werden. Das bisher durch die verschärfte Untersuchung der Pakete ermittelte Material **hat das oben Gesagte bestätigt, daß es sich um eine weit verzweigte Organisation handelt.** (Hört! hört!) Der Beweis, daß die französische Regierung die Hand im Spiele hat, ist bisher noch nicht erbracht worden.

Abg. **Neumann-Hofer** (Vp.) bittet schleunigst Anordnungen dahin zu treffen, daß kleinen Bundesstaaten, die einen lebhaften Bäder- und Sommerfrischenverkehr aufweisen, für die Ernährung der Fremden nötigenfalls aus den Lebensmittelmengen der Bundesstaaten, die infolge dieses Fremdenverkehrs erhebliche Ersparnisse an Verbrauch von Nahrungsmitteln machen, ein Ersatz gegeben wird.

Direktor **von Oppen**: Die Versorgung der Bäder usw. mit Lebensmitteln ist im Kriegsernährungsamt Gegenstand eingehender Besprechung mit den Vertretern der beteiligten Bundesstaaten gewesen. Eine unmittelbare Sonderbelieferung der Kurorte durch Reich und Staat kann wegen der damit verbundenen Doppelbelieferung nicht stattfinden. Es ist aber auf andere Weise ein Ausgleich vereinbart worden.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. **Kaempf** schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Mittwoch, den 2. Mai. Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. **Scheidemann** (Soz.):

Namens meiner Fraktion will ich nur unser Befremden und unser lebhaftes Bedauern aussprechen darüber, daß der Reichstag heute zusammengetreten ist, **um sich sofort wieder zu vertagen**, in dieser hochernsten Zeit. Die Gründe, die uns für die Notwendigkeit dieses Verfahrens gegeben werden — Abhaltung einer Anzahl von Direktoren aus den verschiedenen Reichsämtern, ohne die die Budgetkommission die nötigen Vorarbeiten nicht erledigen konnte — sind gewiß richtig, trotzdem bedauern wir diese Vertagung, weil wir es für notwendig halten, hier

umgehend eine gründliche Aussprache

über die Probleme der inneren wie der auswärtigen Politik stattfinden zu lassen, **die volle Klarheit darüber schafft, wie der Kurs der deutschen Reichspolitik nach innen und nach außen gerichtet sein soll.** In New York und London, in Paris und Petersburg, in Sidney und Rio de Janeiro predigt man den angeblichen heiligen Krieg gegen die angebliche deutsche Autokratie. Man stellt uns einen noch viele Jahre währenden Kampf in Aussicht, der mit unserer völligen Vernichtung enden soll. Wir fürchten diese Drohungen nicht, aber wir wissen, daß die Pläne der Gegner die ganze Welt mit dem vollkommenen Ruin bedrohen, und dieser Gedanke erfüllt uns mit schwerer Sorge. Auf der anderen Seite hat die Friedensliebe und der tiefe Sinn für Gerechtigkeit, den die Revolution in der Seele des russischen Volkes entzündete, der ganzen Welt die

Aussicht auf eine nahe, schönere Zukunft

eröffnet, die Aussicht nicht auf einen Sonderfrieden, wohl aber auf einen allgemeinen Weltfrieden, **der kein Volk unterdrückt und vergewaltigt, aber alle befreit**, damit sie in einem freien Bunde den Werken der Kultur und brüderlicher Menschenliebe nachgehen, und die Fundamente eines friedlichen Zusammenlebens für alle absehbare Zeit sichern mögen. Dieser Gedanke der russischen Revolution — unser eigener sozialdemokratischer Gedanke — erfüllt heute Millionen und Abermillionen auch des deutschen Volkes mit heller Begeisterung. Er wahrt unser Recht auf nationale Selbstbehauptung, das wir stets für uns in Anspruch genommen haben und stellt uns vor die greifbare Möglichkeit, einen entscheidenden Schritt zu tun zum Wohle des deutschen Volkes und der ganzen gequälten Menschheit. Diesem Gedanken haben wir Sozialdemokraten Ausdruck verliehen in jenem Beschluß, den Sie ja alle aus der Presse kennen. Ich bedauere, daß es die Geschäftslage des Hauses uns unmöglich macht, diese Gedankengänge heute schon mit der nötigen Ausführlichkeit zu erörtern, so daß ich mich heute auf diese kurzen Andeutungen beschränken muß. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in denkbar kürzester Zeit hier über alle diese Dinge gründlich zu reden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg., zur Geschäftsordnung):

Mit einem Bedauern über die Geschäftslage können wir uns nicht begnügen, sondern wir verlangen, daß der Reichstag morgen zusammentritt, um fortlaufend über die dringend notwendigen Angelegenheiten und alle die brennenden Fragen eine Erörterung zu haben, die das Volk dringend verlangt. Wir verlangen deshalb, daß auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung der Wirtschaftsplan für das Jahr 1917 gesetzt wird. Es ist das derjenige Teil der Frage der Nahrungsversorgung, der bereits vollkommen spruchreif vorliegt. (Hört! hört! b. d. Soz. Arbg.) Man verweist darauf, daß die Denkschrift noch nicht vorliegt. Aber die in ihr behandelten Fragen der Vergangenheit sind zwar sehr interessant und wichtig, ihre Erörterung ist aber nicht so dringend notwendig. Auch deshalb ist es nötig, mit dieser Frage zu beginnen, weil die wachsenden Nahrungsschwierigkeiten im Volke die tiefgehendste Mißstimmung ausgelöst haben (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.), die bereits nicht bloß in Berlin, sondern auch in anderen Orten Deutschlands bei Hunderttausenden von Arbeitern zu

Arbeitseinstellungen

geführt haben, die direkt durch die Not hervorgerufen worden sind. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg. und Zurufe rechts: Folge Ihrer Agitation!) Unsere Agitation ist nicht darauf hinausgegangen, das hervorzurufen (Zurufe rechts: Doch!), unsere Agitation befaßt sich mit dem gesamten Notstand aller Völker. Wir arbeiten mit aller Macht auf den Frieden hin und werden jeden Widerstand gegen einen schleunigen Frieden bekämpfen. Diese Streiks aber sind ganz zweifellos spontan hervorgegangen aus der Not des Volkes. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. Arbg. und lebhafter Widerspruch rechts.) Sie kennen ja die Not der arbeitenden Bevölkerung gar nicht (Erneuter lebhafter Widerspruch), und lassen sich deshalb durch albernes Gerede von irgendwelchen Agitatoren irreleiten. Die Nahrungsversorgung an sich hängt aufs engste zusammen mit der gesamten Kriegs- und Friedensfrage, und die Not bei uns findet ihr Gegenstück in der Not aller anderen Länder. Wenn die Regierung nicht durch den Reichstag gezwungen wird, zu sagen, was für einen Frieden sie anbieten will, so geht das Gemetzel weiter und es ist Ihre Schuld mit. (Lebhafter Widerspruch.) Die Schuld der deutschen Regierung besteht darin ...

Präsident Dr. **Kaempf** verweist den Redner zur Sache, da er lediglich den Antrag zu begründen habe, die Ernährungsfrage morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Allgemeine politische Erörterungen gehören nicht hierher.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.) versucht mehrmals, nachzuweisen, daß im Rahmen dieses Antrages auch die allgemeinen politischen Verhältnisse zu erörtern sind. (Präsident Dr. Kaempf entzieht dem Redner das Wort. Große Unruhe b. d. Soz. Arbg.)

Abg. Graf **Westarp** (k., zur Geschäftsordnung):

Die Aeußerungen des Abg. Ledebour geben mir zu einer Erwiderung keinen Anlaß. Der Abg. Scheidemann aber hat in seiner Geschäftsordnungsbemerkung sachlich Stellung genommen zur russischen Revolution, zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Partei, und zwar in einer Weise, die mich zwingt, auszusprechen, daß meine Freunde und wie ich annehme, ein großer Teil des deutschen Volkes, eine wesentlich andere Ansicht über diese Dinge haben. Im übrigen gebe ich dem Abg. Scheidemann darin recht, daß es sich nicht umgehen lassen wird, daß wir sehr bald über die ganzen Fragen eine eingehende Aussprache haben, da entschieden das dringende Bedürfnis besteht, authentisch zu hören, **wie der Reichskanzler sich zu diesen Fragen stellt.**

Zu dem Antrag Ledebour, morgen die Ernährungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, bemerke ich, daß von unserer Seite niemals Widerspruch dagegen erhoben worden ist. Allerdings liegt der Bericht der Ernährungskommission noch nicht vor, es sind noch einige Sitzungen der Kommission in Aussicht genommen, um die Debatte zu Ende zu führen, und da wird es wohl zweckmäßiger sein, die Dinge nachher zusammen zu besprechen.

Abg. Prinz **Schönaich-Carolath** (natl.):

Der Wunsch des Herrn Scheidemann wird jedenfalls in der allernächsten Zeit erfüllt werden. Morgen zu tagen verbietet die Geschäftslage des Hauses. Herrn Ledebour erinnere ich daran, daß gerade meine politischen Freunde bei der letzten Sitzung des Seniorenkonvents wiederholt in dem Sinne gesprochen haben, die Ernährungsfragen hier so bald wie möglich zu verhandeln. Wir wollten, daß der Reichstag nicht in die Ferien ging, ehe die so überaus wichtigen Ernährungsfragen besprochen waren. Wenn es anders gekommen ist, trifft uns also keine Schuld. Richtig ist, daß, als wir uns trennten, **allgemein die Auffassung dahin ging, daß sich an die heutige Sitzung eine längere Tagung anschließen würde.** Das ist hinfällig geworden dadurch, daß verschiedene Herren, namentlich von militärischer Seite, verhindert waren, an den Sitzungen der Budgetkommission teilzunehmen. Daher haben jetzt meine Freunde im Lande mit einer Pause bis zum 2. Mai gerechnet.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.):

Graf Westarp irrt, wenn er meint, ich hätte ihm und seinen Freunden eine Schuld zugeschoben, im Gegenteil, ich habe meine Hoffnung auf ihn gesetzt, in der ich allerdings durch seine Worte arg enttäuscht bin. (Heiterkeit.) Wenn die Freunde des Herrn Vorredner im Lande falsch informiert sind, so läßt es sich telegraphisch leicht reparieren. Es ist überhaupt ein sehr übler Gebrauch bei der Handhabung der Geschäfte eingerissen. Erst werden in allgemeiner Uebereinstimmung Verabredungen getroffen, und wenn sie dann zur Ausführung kommen sollen, so erklären irgendwelche Herren von den Behörden, es ginge aus den und den Gründen nicht. Warum lassen Sie sich das gefallen? Die Herren Bureaukraten haben ihre Geschäfte nach dem Reichstag einzurichten und nicht umgekehrt. (Sehr gut! bei der Soz. Arbg.) Sie haben ja soviele Beamte, bei jeder Vorlage werden uns ganze Leporellolisten von Beamten vorgelesen, die meist überflüssig sind. An den großen Tagen kommen sie in Massen hierher, um zuzuhören. (Heiterkeit.) Also es ist nur Schuld der Bureaukraten, denen leider der Herr Präsident hilfreiche Hand geleistet hat. ...

Präsident Dr. **Kaempf**: Ich muß mir jede Kritik meiner Handlungsweise verbitten. Sie sind nicht richtig orientiert über die Sachlage. Ich rufe Sie wegen dieser Verletzung der Person des Präsidenten zur Ordnung.

Abg. Ledebour (Soz. Arbg.): Schön, meine Herren.

Präsident Dr. **Kaempf**: Ich habe Sie schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bemerkung: „Schön, meine Herren" nach einer Aeußerung des Präsidenten unzulässig ist. Ich muß Sie bitten, derartige Bemerkungen zu unterlassen.

Abg. **Ledebour**: Also, meine Herren... (Heiterkeit.)

Präsident Dr. **Kaempf**: Im übrigen sind die fünf Minuten einer Geschäftsordnungsbemerkung zu Ende.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.): Dann bitte ich Sie um Annahme unseres Antrages. (Bravo! bei der Soz. Arbg.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Die Herren, die aus dem Kriegsministerium bei der Beratung der Budgetkommission notwendig sind, haben sich nach dem Westen an die Front begeben müssen. Da läßt sich kein Vorwurf erheben, daß sie nicht erschienen sind, das waren Umstände zwingender Natur. Ich halte es für unrecht — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen —, daß im Reichstag diese Dinge auf diese Weise besprochen werden. (Sehr richtig!)

Abg. Graf **Westarp** (k.): Herrn Ledebour erwidere ich nur, daß wir weder auf ihn noch auf seine Freunde jemals Hoffnungen setzen werden und ihm und seiner Politik keine Spur Wohlwollen entgegenbringen. (Zurufe bei der Soz. Arbg.: Sehr ehrenvoll für uns! Ganz einverstanden!)

Der Antrag Ledebour wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Schluß 8 Uhr.

Militärfragen im Hauptausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat am Dienstag wieder zusammen. Die Sozialdemokraten protestierten lebhaft gegen die Verzögerung der Tagung. In einer derartigen Zeit müsse es direkt Befremden erregen, wenn der Reichstag in dieser Weise ausgeschaltet wird. In einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde dann der Arbeitsplan des Ausschusses besprochen, ohne daß man zur Aufstellung eines klaren Programms kam.

Vor Eintritt in die Verhandlungen machte der Kriegsminister vertrauliche Mitteilungen über die Vorgänge an der Westfront. Im Anschluß daran gab ein Vertreter des Kriegsministeriums Auskunft über die deutschen Verluste.

In der nunmehr fortgesetzten allgemeinen Aussprache setzte zunächst Abg. Davidsohn seine vor den Ferien abgebrochene Rede fort. Er forderte vom Kriegsminister Auskunft über den Zweck der

Verschärfung der Zensur,

die insbesondere darin liegt, daß neuerdings alle zur Ausfuhr bestimmten Zeitungen und Bücher einer Vorzensur unterworfen worden sind. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen besteht die Tatsache, daß Juden in der Armee schlechter behandelt werden als Andersgläubige. Die weiteren Klagen des Redners bezogen sich auf Verpflegung und Behandlung. — Abg. Held (natl.) beklagt die zu gute Behandlung der Gefangenen und fordert größere Berücksichtigung der Landwirtschaft. — Letzteres sagt General Gröner zu, während General Friedrich entschieden bestreitet, daß die Gefangenen geradezu ein Herrenleben führen könnten. — Abg. Gothein bedauert die mangelhafte Auskunft, die der Kriegsminister über die Vorgänge im Westen gegeben habe. Es müsse einmal Auskunft erteilt werden über den Stand unserer Sprengstoffproduktion. Redner kritisiert an der Hand reichhaltigen Materials das militärische Lieferungswesen. Vielfach werden ganz enorme Zwischengewinne ermöglicht. Das Leben der Offiziere im Felde entspricht durchaus nicht immer den Geboten der Einfachheit. Hier wären häufige Revisionen am Platz. Die weiteren Ausführungen des Redners bezogen sich insbesondere auf die Zurücksetzung der Juden. — Ein Vertreter der Feldzeugmeisterei gibt vertrauliche Auskünfte über die Durchführung des technischen Teiles des Hindenburg-Programms. Die

Erzeugung von Sprengstoffmunition

hat jedenfalls einen ganz erheblichen Aufschwung genommen, wie auch die Produktion von Stickstoff in ganz ungeahnter Weise gesteigert worden ist. Die Behauptung, daß zu hohe Preise gezahlt werden, sei nicht zutreffend. — General Gröner weist den Vorwurf zurück, daß die Heeresverwaltung rückständig sei.

Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Wenn sie heimkehren!

Maßnahmen für die Demobilisierung.

Im Ausschuß für Handel und Gewerbe ist jüngst in eingehender Weise die Frage der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft behandelt worden.

Ein Kommissar des Kriegsministeriums wies darauf hin, daß die Ueberführung eines so starken Heeres in den Friedensstand, wie wir es jetzt zurzeit haben, einzig in der Geschichte dasteht. Bei der Wichtigkeit dieser Aufgabe hat die Oberste Heeresleitung beizeiten angefangen, Grundsätze für die Ueberführung des Heeres von dem Kriegs- in den Friedensstand aufzustellen. Es muß darauf geachtet werden, daß erstens keine Arbeitslosigkeit entsteht und zweitens den für die Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben so schnell wie möglich die neuen Kräfte zugeführt werden. Diese Hauptziele können aber nur erreicht werden, wenn die Verbindung zwischen Unternehmer und Arbeiter durch die bestehenden militärischen Einrichtungen wie Kriegsamtstellen, Kriegswirtschaftsstellen und die militärischen Abteilungen der Generalkommandos in Gemeinschaft mit den Zentralauskunftsstellen hergestellt wird. Wenn eine Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, so kann die Zurückführung des Heeres aus dem Kriegs- in den Friedensstand nur nach und nach verlaufen. Wie lange sie dauert, ist nicht vorauszusehen, das hängt von den militärischen Rücksichten und von der ganzen Lage ab.

Die Entlassungen werden daher dem Dringlichkeitsbedürfnis angepaßt werden und die Heeresverwaltung hat den Grundsatz aufgestellt, daß kein Mann entlassen werden soll, ehe er eine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Um dies durchführen zu können, hat man eine Bestimmung aufgenommen, nach der Leute, die keine Arbeit bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heere zurückbehalten werden dürfen. Sie erhalten also bis zur Dauer von vier Monaten ihr Unterkommen und ihre Verpflegung im Heere.

Der zweite Hauptgrundsatz ist, daß den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben ja schnell als möglich die nötigen Kräfte zugeführt werden. Daher ist eine bestimmte Einteilung in Klassen vorgesehen, deren erste die führenden Persönlichkeiten aus dem Bereich des gesamten Wirtschaftslebens umfaßt. Die zweite Klasse wird gebildet von den Leitern solcher Betriebe, den Ingenieuren, Werkmeistern und Inspektoren; dann kommt die Klasse der selbständigen Gewerbetreibenden, der Landwirte usw.; ihnen schließt sich an die Klasse der Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamten, einschließlich die der Seelente und Fischer, dann der gelernten Berufe, und endlich der ungelernten Arbeiter. Die Truppenteile haben seinerzeit festzustellen, welche Mannschaften sofort entlassen werden können. Als Voraussetzung gilt hier feste Stellung und angemessener Lebensunterhalt. Die Unternehmer können von den Truppenteilen die erforderliche Anzahl Arbeiter anfordern, die ihnen dann zugewiesen werden.

Auch das Reichsamt des Innern ist mit der Angelegenheit befaßt worden, und auch dort steht man auf dem Standpunkt, daß Arbeitslosigkeit vermieden werden muß. Man hält das nicht für schwer, weil anzunehmen ist, daß wir nach dem Krieg wahrscheinlich einen großen Arbeitermangel haben werden. Eine besondere Frage ist die, wie die Angestellten wieder untergebracht werden können. In Oesterreich sind die Unternehmer durch Gesetz verpflichtet worden, ihre früheren Angestellten wieder in die alten Stellen aufzunehmen. Dieses österreichische Beispiel kann jedoch in Deutschland nicht ohne weiteres nachgeahmt werden. Was die gewerblichen Arbeiter betrifft, so werden die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen allmählich wieder in Kraft gesetzt und vor allem wird die Nachtarbeit der Frauen beseitigt werden. Auf diese Weise scheiden eine ganze Menge Frauen aus den Arbeitsstellen aus, die sie heute innehaben. Die Einschränkung der Frauenarbeit muß sowohl im Interesse des Volkswohles als auch im Interesse der männlichen Arbeiter angestrebt werden. Das Gleiche gilt für die Arbeit der Jugendlichen, die jetzt auch vielfach in weiterem Umfange zur Arbeit in Fabriken und Bergwerken herangezogen sind, als das in Friedenszeiten erlaubt war. An Arbeitsgelegenheit für Arbeiter wird es schon deshalb nicht mangeln, weil alle Bauten, die die Kommunen schon im Frieden vorgesehen hatten, zurückgestellt worden sind; zum Teil ist ihre Ausführung auch verboten worden, damit die infolge des Verbots freiwerdenden Kräfte in den Heeresdienst oder in die Munitionsbetriebe eingestellt werden konnten. Für den Fall, daß irgendwo ernstere Arbeitslosigkeit eintreten sollte, wird es also den Kommunen nicht an Gelegenheit fehlen, derartige Arbeiten ausführen zu lassen.

Es besteht die Absicht, diese Fragen der Reihe nach vorbereitend zu bearbeiten und sie dann einem Beirat aus Interessentenkreisen vorzulegen, in dem der Städtetag, die Landwirtschaft, die Arbeitgeber und die Arbeiter, unter letzteren Vertreter der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen und die Arbeitsnachweisverbände vertreten sein würden.

Parteinachrichten.

Baden für die Einheit der Partei.

Eine Landeskonferenz der Sozialdemokratie Badens fand am Sonntag, 22. April, in Offenburg statt. Sie war von 88 Delegierten besucht. Den Bericht über die Sitzung des Parteiausschusses erstattete der badische Vertreter, Genosse Hahn. Er bemerkte, daß noch keine Sitzung einen so sachlichen Verlauf genommen habe. Bei dieser Gelegenheit teilte Landtagsabgeordneter A. Geck mit, daß er aus der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ausgetreten sei.

Die Konferenz trat dann in die Tagesordnung ein. Das Referat über die jeweilige Situation in der Partei erstattete Reichstagsabgeordneter O. Geck-Mannheim. In der Diskussion sprachen zwei Vertreter der Minderheit, alle anderen Redner für die Mehrheit. Es wurde die folgende Resolution mit allen Stimmen (bei einer Enthaltung) angenommen:

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Badens hält die Einheit und Geschlossenheit der Parteiorganisation zwecks Erfüllung der im Interesse des werktätigen Volkes notwendigen Aufgaben während und nach dem Kriege für dringend geboten. **Sie verurteilt auf das entschiedenste die Bestrebungen zur Bildung von Sonderorganisationen,** die nur die Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung zum Nachteil der Arbeiterklasse lähmen. Ebenso verurteilt die Landeskonferenz die Bestrebungen, welche geeignet sind, die Partei nach rechts zu drängen. Eine sachliche Aussprache über prinzipielle und taktische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei hält die Konferenz im Rahmen der Organisation für geboten und möglich. **Dagegen hält es die Landeskonferenz als mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands unvereinbar, daß eins ihrer Mitglieder gleichzeitig Mitglied einer Organisation der Oppositionsgruppen ist oder für sie mündlich oder schriftlich Propaganda entfaltet.** Die Konferenz betrachtet alle diese Mitglieder als aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und damit aus der Landesorganisation ausgeschieden.

Ferner fand zur Parteitaktik die folgende Resolution Annahme:

Die Landeskonferenz nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den unausgesetzten und gerade jetzt wieder mit Nachdruck betätigten Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zur Herbeiführung eines baldigen Friedens. Sie schließt sich in vollem Umfange der Aktion an, welche die Zentralinstanzen der Partei in ihrer Tagung vom 19. April 1917 eingeleitet haben. **Die Konferenz anerkennt nach wie vor die Pflicht der Landesverteidigung und hält die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion so lange für gerechtfertigt, als die Feinde der Zentralmächte nicht zum Abschluß eines Friedens bereit sind, der Deutschlands territoriale Unversehrtheit, politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwickelungsmöglichkeit sichert.**

Dann besprach Landtagsabgeordneter Kolb die Forderungen, welche in innerpolitischer Beziehung in Baden gestellt werden müssen. Unter ihnen befinden sich die Abschaffung der Ersten Kammer und die gründliche Aenderung der Kreisverfassung. Dem am Donnerstag zusammentretenden badischen Landtag soll ein sog. Aktionsprogramm für die Neuorientierung vorgelegt werden.

Die unverlaugte Einwirkung.

Zum Bericht über die letzte Parteiausschußsitzung erhalten wir folgende

Berichtigung.

In der letzten Parteiausschußsitzung hat der Vorsitzende Ebert nach dem Bericht des „Vorwärts" vom 21. April erklärt: es sei unwahr, daß der Parteivorstand von mir verlangt habe, ich solle auf die Genossin Zetkin einwirken, damit die „Gleichheit" eine andere Haltung einnehme. Meine Behauptung, daß dies Verlangen an mich gestellt wurde, halte ich vollinhaltlich aufrecht und berufe mich dabei auf das Zeugnis des Genossen Wengels.

In der betreffenden Sitzung, der zweiten, die sich mit der Herausgabe einer von mir geschriebenen Agitationsschrift befaßte, erklärte das Vorstandsmitglied Braun, er halte an dem Standpunkt fest, der in der vorhergehenden Sitzung vom Vorstand eingenommen worden, daß die Herausgabe der Broschüre und die Aufforderung zur Frauenagitation nicht früher erfolgen dürfe, bis die Haltung der „Gleichheit" eine andere geworden sei; meine Aufgabe sei es, dahin zu wirken, daß dies erreicht werde. Dies Ansinnen habe ich sofort zurückgewiesen mit der Erklärung, daß ich durchaus mit der politischen Haltung der „Gleichheit" einverstanden sei.

Ferner hat Ebert erklärt: ich hätte oft in den Vorstandssitzungen gefehlt, auch wenn ich in Berlin gewesen sei. Das ist durchaus falsch. Ich habe nur gefehlt in den Sitzungen, wenn ich im Dienste der Partei außerhalb Berlins tätig war. Im vergangenen Jahre freilich auch, weil ich ein halbes Jahr schwerkrank war.

Uebrigens habe ich in Gotha nicht behauptet, daß in drei Wochen keine Sitzung stattgefunden habe, sondern, daß die Herausgabe der Agitationsschrift um drei Wochen verzögert wurde, weil sich der Vorstand in mehreren Sitzungen mit der Herausgabe der Schrift in Verbindung mit der Haltung der „Gleichheit" beschäftigte, deren Abonnentenverlust als ein Gewinn für die Partei bezeichnet wurde.

Berlin, den 22. April 1917. Luise Zietz.

* * *

Hierzu schreibt uns Genosse Braun:

Die Behauptung, der Parteivorstand habe von ihr verlangt, sie solle auf die Genossin Zetkin einwirken, hält die unabhängige Genossin Zietz nicht mehr aufrecht. Aber auch die Behauptung, ich hätte das Ansinnen an sie gestellt, ist unwahr.

Gegen die Herausgabe der Agitationsbroschüre für die Frauen hat im Vorstande niemand etwas eingewendet. Ich habe lediglich gegen die Aufforderung an die Organisationen, eine besondere Frauenagitation einzuleiten, Bedenken geäußert, weil eine solche Agitation naturgemäß mit einer erhöhten Werbung für die „Gleichheit" verknüpft sei, deren Redaktion zurzeit ihre Aufgabe darin erblicke, die Partei und ihre Tätigkeit in dem Blatte herabzusetzen und zu verunglimpfen. Solange die „Gleichheit" bei dieser Haltung verharre, sähe ich in ihrer Verbreitung eher einen Schaden als einen Vorteil für die Partei. Es müsse daher vom Parteivorstand erst dafür Sorge getragen werden, daß die Haltung der „Gleichheit" eine Aenderung erfahre, das Blatt nicht mehr als Organ der Spartakusse, sondern als Parteiorgan redigiert werde.

Es ist mir natürlich gar nicht eingefallen, diese Aenderung von einer Einwirkung auf die Genossin Zetkin zu erwarten. Das wäre ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Aber selbst wenn mir dieser unmögliche Einfall gekommen wäre, würde ich diese Aufgabe doch niemals meiner früheren Kollegin Zietz zugemutet haben, da mir das kameradschaftliche Verhältnis dieser beiden „unabhängigen" Streiterinnen doch bekannt ist. Wird doch behauptet, die Genossin Zetkin hätte für den Fall ihres Ablebens ihren Familienangehörigen aufgetragen, die Zietz mit der Hundepeitsche davon zu jagen, wenn sie es wagen sollte, an ihrem Grabe zu erscheinen. Und da sollte ich eine Aenderung in der Haltung der „Gleichheit" von einer Einwirkung der letzteren auf die erstere erwarten. Man muß sich schon sehr unabhängig von allem Tatsächlichem gemacht haben, um Derartiges glauben machen zu wollen.

Braun.

Waldenburg fest zur Partei. Eine sehr stark besuchte Kreisgeneralversammlung des niederschlesischen Wahlkreises Waldenburg nahm nach einem Referat des Abgeordneten des Kreises, Gen. Hermann Sachse, über die „Zukunft der deutschen Sozialdemokratie" eine Resolution an, in der sich die Versammelten mit der von der Partei während des Krieges eingenommenen Haltung einverstanden erklärten und das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und England bedauert wird. Die Generalversammlung begrüßt auch die jetzt eingetretene Klärung innerhalb der Partei; **sie hält es als mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei unvereinbar, daß eins ihrer Mitglieder Mitglied der neugegründeten Partei** ist oder einer anderen Oppositionsgruppe angehört. Ihrem Abgeordneten, Genossen Sachse, spricht die Generalversammlung nach wie vor ihr volles Vertrauen aus.

Bisher haben nur zwei Genossen ihren Austritt aus der Partei erklärt, die sich zu den Unabhängigen zählten. Die Auflage der „Schlesischen Bergwacht" hat ihren Stand vor dem Kriege fast wieder erreicht. In den letzten zwei Monaten hat sich der Abonnentenstand allein um über 1500 vermehrt.

Parteizerstörung in Jena. Aus Jena wird uns geschrieben: Nun ist auch hier in Jena durch die Spartakusleute und die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft, die auch während des Krieges noch starke Parteiorganisation gespalten worden. Und dies, obwohl in Jena nicht in einer einzigen Versammlung für die Fraktionsmehrheit oder den Parteivorstand Stellung genommen wurde, sondern lediglich, weil die Jenaer Leiter die Einheit der Partei hochhielten und jede Beteiligung an Sonderkonferenzen und Sondergründungen ablehnten. Es würde zu weit führen, die Entwickelung im einzelnen zu schildern. Sie ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß der alte Stamm der Mitgliedschaft, der bei der Weltfirma Zeiß arbeitete, zu Beginn des Krieges großenteils eingezogen und durch Leute aus anderen Industrieorten ersetzt wurde. Diese hatten auf jeder Parteiversammlung nichts weiter zu tun, als jeden Genossen, der nicht auf dem Standpunkt der Spartakusgruppe steht, als Parteiverräter, Gesinnungslumpen, Drückeberger usw. zu beschimpfen. Typisch ist, daß einer ihrer Wortheiden, als man ihn bei einer Debatte auf gewisse Beschlüsse der Parteitage hinwies, antwortete: „Die Delegierten wissen doch gar nicht, was sie beschlossen haben, die schlafen ja nur auf den Parteitagen." Als die Reichskonferenz der Opposition in Berlin stattfinden sollte, wurde einen Tag zuvor bekanntgegeben: Morgen, Mittwoch, Parteiversammlung: Tagesordnung: Parteifragen. Die meisten Mitglieder wußten gar nicht, worum es sich handelte, und bei dem schwachen Besuch konnten die Spalter ihren Delegierten durchbringen. Noch einfacher wurde die Beschickung der Oppositionskonferenz in Gotha erledigt. Hiervon erfuhren die Mitglieder gar nichts, sondern Arbeitsgemeinschaftler und Spartakusleute delegierten sich gegenseitig. Nachdem die „Unabhängigen" so an der Gründung der neuen Partei mitgewirkt und damit selbstverständlich die alte Partei verlassen hatten, wollten die Genossen, die auf dem Boden der Einheit der Partei standen, sich zusammentun und eine Neuordnung der Vereinsgeschäfte vornehmen. Die Versammlung hierfür war auf Donnerstag, den 19. April, angesetzt. Aber wer geglaubt hatte, daß die „Unabhängigen", die ja nun ihre eigene Partei haben, dieser Versammlung fernbleiben würden, hatte ihr Anstandsgefühl stark überschätzt. Ein Trupp von ihnen erschien auf der von drei bis vierhundert Personen besuchten Versammlung, belästigte die Besucher an den Eingängen und vollführte einen solchen Höllenspektakel, daß die Geschäfte nicht erledigt werden konnten. Auf den Hinweis des Versammlungseinberufers, daß es sich hier um eine Mitgliederversammlung der alten Partei handele, welcher die Störenfriede ja gar nicht angehören wollten, war neues Gegröhle die Antwort. Natürlich irren diese Radauhelden sich sehr, wenn sie glauben, daß die Jenaer Genossen, die auf dem Boden der Parteieinheit stehen, sich hierdurch abhalten lassen, die Organisation wieder in Ordnung zu bringen. Für sie heißt der Schlachtruf nicht: „Hier Parteimehrheit!", aber auf alle Fälle: „Hoch die Einheit der Partei!"

Daß übrigens die große Mehrzahl der Versammlungsbesucher auf seiten der alten Partei standen, beweist der Umstand, daß trotz heftiger Gegenagitation der Störenfriede fast 300 Mitgliedsbücher abgegeben wurden. Erwähnung verdient auch, daß die auf dem Standpunkt der Minderheit stehende „Erfurter Tribüne" die Handlungsweise der Versammlungsstörer auf das schärfste verurteilt.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Disconto-Gesellschaft wurde aus Gründen der Steuerersparnis die völlige Verschmelzung mit dem Schaaffhausenschen Bankverein und der Norddeutschen Bank in Hamburg angeregt. Die Verwaltung ließ erklären, daß zurzeit eine Notwendigkeit hierzu noch nicht vorliege. Man hoffe, daß die künftige Fassung der Kriegssteuergesetze die Doppelbesteuerung vermeiden wird.

Als „Handels-Vereinigung der deutschen Sprechmaschinen-Industrie (E. V.)" haben sich die Grossisten und Händler der deutschen Musikinstrumenten-Branche zusammengeschlossen, um gemeinsam mit den Fabrikantenverbänden die Interessen des Gewerbezweiges zu wahren. Der Verband ist bestrebt, aus den beschlagnahmten Rohmaterialien entsprechende Zuteilungen für die notdürftige Aufrechterhaltung der Fabrikation zu erreichen. In gleichem Sinne werden auch Vorarbeiten gemacht, um während der Uebergangswirtschaft die Zuteilung der nötigsten Rohstoffe zu sichern. Der Unterbringung Kriegsbeschädigter soll besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Gegen die Syndizierung der Baustoffindustrie. Man schreibt uns: Der Deutsche Verein für Wohnungsreform lenkt die Aufmerksamkeit des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft auf die bedenklichen Folgen, die in der Baustoffindustrie eine vom Produzenten- und Großhandelsstandpunkt einseitig betriebene Syndizierungs- und Preisvereinbarungspolitik für die Herstellung billiger Wohnungen nach dem Kriege haben wird. Nach Wegfall der militärischen Notwendigkeiten ist auf baldigsten Abbau der künstlich hochgetriebenen Baustoffpreise und Revision der an ihnen interessierten Produzentenverbände hinzuarbeiten. Soweit zur Hebung unserer Valuta eine Syndizierung einzelner Baustoffindustrien vom Reiche aus gefördert werden soll, muß das Reich gegenüber der Inlandspreispolitik der Syndikate aus sozialen Gründen unbedingt eine stark mäßigende Wirkung im Interesse des Wohnungswesens ausüben.

Eine amerikanische Handelsbasis in Frankreich.

„Matin" meldet aus Bordeaux: Die Stadtverwaltung hat folgende Tagesordnung angenommen: Die Regierung wird aufgefordert, den Vereinigten Staaten den Hafen von Bordeaux samt den Vorhäfen anzubieten, damit die Vereinigten Staaten für ihre Handelsmarine eine gebührende Basis in Frankreich besitzen. Das Departement Gironde verspricht im Einvernehmen mit der Handelskammer und den städtischen Behörden von Bordeaux, den Amerikanern ausgedehnte, bequeme und unabhängige Einrichtungen.

Die wirtschaftlichen Nöte Rußlands.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Ein aus Tiflis vom 15. Januar datierter Brief im Londoner „Economist" vom 31. März beleuchtet die zunehmende Verschlechterung der Wirtschaftslage in Rußland. Die Ernteaussichten sind wenig günstig. Der mit Getreide bestellte Acker hat im Herbst eine Einschränkung erfahren, für die sich genaue Ziffern indes noch nicht angeben lassen. Hauptursache war der Mangel an Arbeitskräften, dazu kam die schlechte Witterung. Befriedigend ist die Aussaat in den zentralen Gouvernements Kursk, Orel, Woronesch, Simbirsk, Saratow, Samara, Charkow, im Don-Becken und im nordwestlichen Kaukasus. Ungünstige Berichte liegen aus den nördlichen Gouvernements, aus Moskau, Wologda, Wiatka und Witebsk, weiter aus mehreren südwestlichen Bezirken, aus Podolien, Cherson und Kiew vor. Die Berichte aus West- und Zentralsibirien lauten verschieden. Allgemein ist die Besorgnis vor einer Zunahme des Zuckermangels. Die Rübenernte von 1916 war schlechter als die von 1915 und in diesem Jahr wird sie wahrscheinlich noch geringer sein. Eine Besserung wäre nur bei einer reichlichen Anwendung von Superphosphaten möglich. Vor dem Krieg produzierte Rußland sechs Millionen Pud Superphosphate selbst und bezog zwölf Millionen aus Deutschland. Man rechnet darauf, von Japan drei Millionen Superphosphate und zwei Millionen anderen Kunstdünger zu erhalten. Zwei Millionen von den fünf sind unterwegs und zum Teil in Wladiwostok gelandet, aber der Mangel an Lagerhäusern und die Transportschwierigkeiten stehen der Zufuhr ins Innere des Reiches entgegen. Unter den heutigen Verkehrsverhältnissen berechnete man das Quantum, das im Februar aufs Land gebracht werden konnte, auf nur 800 000 Pud.

Der Bericht des Finanzministeriums über die Metallindustrie im ersten Halbjahr 1916 weist für Roheisen eine Produktion von 111 843 000 Puds, d. h. eine Abnahme von 3 Proz. gegenüber der entsprechenden Periode von 1915, aus. Die Erzeugung von Eisen- und Stahl-Halbfabrikaten hat um 1,9 Proz. zugenommen. Dagegen ist die Erzeugung von Fertigfabrikaten auf 98 682 000 Pud, d. h. um 8,1 Proz. gefallen, von Traversen auf 2 719 402 Pud, d. h. um 41 Proz., von Schienen auf 2 041 609 Pud, d. i. um 40 Proz.!

Gestiegen ist die Kohlenproduktion im Donbecken. An Hausbrandkohle wurden dort 1916 1370 Millionen Pud gegen 1316 im vorhergehenden Jahre gefördert. Anthrazit 370 Millionen gegen 310 Millionen. Trotzdem erreicht die Erzeugung auch nicht annähernd die immerzu steigende Nachfrage, die zweifellos nur durch die Einfuhr aus dem Auslande befriedigt werden könnte. Diese war aber auch durch den ungünstigen Wechselkurs erschwert. Die ganze Situation begünstigt indes die wirtschaftspolitischen Tendenzen, die einer Erleichterung des Imports von Rohmaterial und einer Herabsetzung der Zölle nach dem Kriege zustreben. So schrieb Prof. Sobolew in der „Bierschew. Wjed.": „Für jeden Vorurteilslosen ist es klar, daß Rußland nicht in der Lage sein wird, seinen Bedarf an Rohmaterial aus den einheimischen Quellen zu decken. Es ist darum für die Entwicklung unserer Industrie notwendig, die Einfuhr besonders von Baumwolle, Metall, Wolle und Chemikalien in einem bedeutenden Ausmaß zu ermöglichen. Wenn der Frieden kommt, darf unsere Wirtschaftspolitik nicht in der Schließung unserer Grenzen für fremde Rohstoffe bestehen, sondern in der Anpassung unserer Einfuhr an die Bedürfnisse unserer Industrie."

Die hier mitgeteilten Tatsachen scheinen uns geeignet, zur Beurteilung der jüngsten Vorgänge in Rußland und der weiteren Entwicklung einige Anhaltspunkte zu liefern. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft kommen nach der Revolution, die die bäuerliche Masse zu einem entscheidenden Faktor gemacht hat, für die Friedensfrage sicher in erhöhtem Maße in Betracht. Ebensowenig kann die nicht nur in der Korruption der zarischen Bureaukratie, sondern auch im Zustand der Metallindustrie wurzelnde Mangelhaftigkeit des Verkehrswesens in ihrer Einwirkung auf die auswärtige Politik übersehen werden. Endlich läßt sich aus Aeußerungen wie des zitierten Professors entnehmen, daß auch in der russischen Bourgeoisie dem schutzzöllnerischen Imperialismus kräftige Gegenströmungen entgegenwirken, die im besonderen der künftigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Rußland und seinen westlichen Nachbarn ohne Pessimismus entgegenzusehen erlauben.

Die Jagd nach dem chinesischen Markt. Reuter berichtet aus Tokio: Japan sieht zu, mit den Vereinigten Staaten zusammenzuarbeiten, um in der Zukunft das für die ökonomische Entwicklung Chinas nötige Geld zu verschaffen. Sechs Millionen Dollar, die China für seinen großen Kanal nötig habe, sollen zu gleichen Teilen von beiden Staaten geliehen werden. Es besteht die Absicht, eine weitere Anleihe von 50 Millionen Dollar auszuschreiben, die gemeinschaftlich auf amerikanische und japanische Banken verteilt werde. Auf diese Weise soll der Einfluß der Alliierten an die Stelle des deutschen Einflusses im fernen Osten gesetzt und der ganze Markt, den die Deutschen zu erobern suchten, für die Alliierten vorbehalten werden.

Groß-Berlin

Ein Riesenschleich- und Kettenhandel.

In letzter Zeit waren Angebote von Lebensmitteln bekannt geworden, die teilweise unter erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise in den Handel kommen sollten. In den meisten Fällen wurden diese Angebote von einem gewissen Lorenzen aus Flensburg und von dem erheblich vorbestraften Vermittler Friedrich Brüning aus Charlottenburg gemacht, die aber die Vorräte nur gegen Bezahlung aushändigen wollten. Es gelang schließlich, die Vorräte, die an zehn verschiedenen Stellen lagerten, im Gesamtwerte von über 300 000 M. zu beschlagnahmen. In Betracht kommen etwa 110 Zentner Wurst, 100 Zentner Sülze, 4 Zentner ungestempeltes Schweinefleisch, 8 Zentner Kaffee-Ersatz, 18 Zentner Haselnußöl, 134 Zentner Seife, 341 Flaschen Rum und 80 Flaschen Rotwein und Sekt. Mit welchen wucherischen Verdiensten gearbeitet wurde, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Die Sülze verkaufte der Fabrikant unter Ueberschreitung des auf 1,20 M. festgesetzten Höchstpreises mit 2,60 M. pro Pfund; angeboten wurde sie, nachdem sie durch sechs Hände gegangen war, mit 4,10 M. Die Wurst war gekauft mit 5,25 M. pro Pfund, zum Verkauf gestellt wurde sie mit 7,90 M. Der Einkaufspreis der Seife betrug 70 Pf., der Verkaufspreis 2,50 M. pro Pfund, der Einkaufspreis des Kaffee-Ersatzes 1,80 M., der Verkaufspreis 6,25 M., der Einkaufspreis des Haselnußöles 20 M., der Verkaufspreis 46 M. Alle diese Geschäfte spielten sich in wenigen Tagen ab. Kaum einer der vielen Zwischenhändler hat die Ware überhaupt je gesehen, trotzdem wurde sie aber immer wieder unter der Versicherung, daß es sich um gute und preiswerte Ware handele, weiterverkauft. Keine der an diesen Geschäften beteiligten Personen besitzt eine Erlaubnis zum Handel mit Lebensmitteln. Lorenzen und Brüning wurden der Staatsanwaltschaft I

vorgeführt und die beschlagnahmten Waren dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt für die Schwerarbeiter zur Verfügung gestellt.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt 20 der Eierkarte können vom 27. April bis einschließlich 5. Mai zwei Eier entnommen werden. Gastwirte und Konditoren erhalten auf Bezugkarte 20 ein Ei.

Die Eier-Kundenliste wird vom Freitag, den 27. April, bis Montag, den 30. April in den Berliner Geschäften ausgelegt. Die bisherigen Kundenlisten verlieren vom 7. Mai ab ihre Gültigkeit. Jeder Einwohner hat sich mit seiner Eierkarte neu eintragen zu lassen, selbst wenn er beabsichtigt, in seinem bisherigen Geschäft weiter zu kaufen.

Der Verkauf der Konserven ist mit dem 21. April geschlossen worden. Es hat sich gezeigt, daß der Bestand hinreichend war, um jedem Berechtigten 1 Kilogramm zu gewähren. Wenn es trotzdem jemand nicht gelungen sein sollte, seine Konserven zu bekommen, so wird der Magistrat, Abteilung für Gemüseversorgung — Neue Friedrichstr. 71 — auf schriftlichen Antrag gegen Einreichung des Lebensmittelkartenabschnittes dem Berechtigten ein Geschäft nachweisen, wo noch Konserven zu haben sind.

Der Abschnitt 21 der Süßstoffkarte H kann im Mai eingelöst werden. Auf diesen Abschnitt dürfen zwei Päckchen Süßstoff H-Packung zu je 25 Pf. entnommen werden. Die Abschnitte Nr. 1—20 dürfen in Zukunft nicht mehr eingelöst werden.

Wo bleibt die Wohnungsaufsicht — ?

Wie das Elend manchmal haust, davon ist auf dem Grundstück Admiralstraße 35 eine Probe zu sehen. Ein tiefliegender Keller, der nur notdürftig vom Hof aus beleuchtet wird, dient einer 78jährigen Almosenempfängerin als „Wohnung". Wenn der Besucher sich über die dunkle Treppe und durch den stockfinsteren Vorraum in den Keller hineingetappt hat, prallt er zurück bei dem Anblick, der sich ihm bietet. Die von Schmutz starrende „Wohnung" ist angefüllt mit Haufen von Abfällen aller Art, mit zerrissenen Kleidern und Lumpen, mit zerschlagenem Geschirr und leeren Konservenbüchsen usw. Fußhoch und stellenweise sogar meterhoch ist Gerümpel und Unrat aufgeschichtet, so daß man buchstäblich nirgends hintreten kann. Die alte Frau handelte bisher auf der Straße mit Streichhölzern und hat wohl von ihren Gängen alles heimgebracht, was sie an Weggeworfenem fand. Seit einigen Wochen ist sie, von Rheumatismus geplagt, zu Hause geblieben, so daß sie Tag und Nacht in dem Unrathaufen zubringt. Mit vier Katzen, die es sich auf den Lumpen bequem machen, teilt sie die „Wohnung". Sie selber ruht auf einem Lager, das wir in dem Halbdunkel des Kellers für die Reste einer alten Feldbettstelle hielten. Mit dem Ertrage des Streichholzhandels und der Beihilfe von monatlich 25 M. von der Armenpflege hatte die Greisin sich bisher durchzubringen vermocht. Die von der Armenkommission ihr vorgeschlagene Unterbringung in einem Siechenhaus wäre für die Hilflose die einzig richtige Hilfe, aber sie wehrt sich sehr entschieden dagegen, ihre „Wohnung" zu verlassen. Der Armenvorsteher hat im Einvernehmen mit dem recherchierenden Stadtverordneten des Bezirkes die Polizei auf den Zustand dieser Höhle aufmerksam gemacht, hat aber auf dem Polizeibureau die Antwort erhalten, da lasse sich zunächst nichts tun. Hätte nicht das Wohnungsamt der Stadt nach Kriegsausbruch leider die Tätigkeit eingestellt, so würde es sicherlich hier einschreiten. Warum nicht die Polizei das tun zu können glaubt, ist uns unverständlich. Muß sie erst warten, bis sich in diesem Unratshaufen ein Seuchenherd entwickelt hat?

Sonntagsruhe und Lebensmittelverkauf. Der Vorstand des Vereins Berliner Kolonialwarenhändler will seinen Mitgliedern empfehlen, während der Sommerzeit an den Sonntagen die Geschäfte geschlossen zu halten. Die Interessen des kaufenden Publikums würden, so meint der Vorstand, dadurch nicht berührt, weil infolge der immer noch zunehmenden Rationierung der Lebensmittel der Umsatz an den Sonntagen ständig zurückgegangen sei. Wir sind im Interesse des Personals wie der Geschäftsleute selber natürlich für völlige Sonntagsruhe. Wenn diese eintreten soll, muß aber der zumal jetzt bis in den späten Abend hinein in Werkstatt und Fabrik, zum Teil auswärts, festgehaltenen arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, rechtzeitig vorher sich in den Besitz der erforderlichen Waren setzen zu können.

Sommer-Sonntagsruhe. Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach dem Ortsstatut der Stadt Berlin vom 14. Oktober 1911 dürfen in der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 30. September an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur von 8 bis 10 Uhr vormittags beschäftigt werden; auch ist ein Gewerbebetrieb daselbst nur für diese Zeit zulässig. — Auf den Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie auf den Handel mit Blumen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Vergebung von Kartoffel- und Gemüseland. Die Stadtgemeinde Berlin hat der gemeinnützigen Genossenschaft zur landwirtschaftlichen Verwertung von Baugelände ein etwa 50 Morgen großes Grundstück unweit der Greifswalder Straße zum Anbau von Frühkartoffeln und Frühgemüse zur Verfügung gestellt. Saatgut und Gemüsesämereien werden nach Möglichkeit vom Magistrat gegen Bezahlung geliefert. Das Gelände ist in voller Düngkraft. Die Verpachtung wird in Teilstücken von etwa 200 Quadratmeter erfolgen. Das Quadratmeter kostet 6 Pf. Bevorzugt werden Berliner Ortsangehörige. Pachtlustige wollen sich schriftlich melden beim Vertrauensmann der Genossenschaft, Herrn Gewerkvereinssekretär Jordan, NO. 55, Greifswalder Str. 222/3. Die Zuweisung der Flächen wird sodann an Ort und Stelle erfolgen.

Neue Fischpreise. Nachdem sich der zuständige Fachausschuß der Preisprüfungsstelle mit der Festsetzung von Richtpreisen für die höchstpreisfreien Fische beschäftigt hatte, hat sich nunmehr auch der Arbeitsausschuß der Groß-Berliner Gemeinden mit dieser Angelegenheit befaßt. Danach sind für Groß-Berlin Richtpreise festgesetzt, auf deren Widergabe wir glauben verzichten zu können, da bekanntlich Fische nirgends zu haben sind.

Gleichzeitig hat sich der Arbeitsausschuß auch noch mit einer Erhöhung der für Hechte, Blaien oder Brachsen, Plötzen und Rotaugen zurzeit geltenden Höchstpreise beschäftigt und einer allgemeinen Erhöhung dieser Preise zugestimmt.

Eine Aufnahme der leerstehenden Wohn- und Gewerberäume findet auf Anordnung des Oberkommandos demnächst wieder in Berlin statt. Durch die Aufnahme soll vor allem festgestellt werden, wieviel Kriegerfrauen jetzt keine eigene Wohnung haben. Dadurch will die Behörde einen Ueberblick gewinnen, wieviel neue Wohnungen bei der Rückkehr der Krieger aus dem Felde erforderlich werden.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet im Laufe der nächsten Wochen eine Reihe von öffentlichen Vorträgen, die sich speziell an die Frauen wenden und zu denen nur Frauen Zutritt haben sollen. Als Referentin ist die Aerztin Frau Dr. Cordes-Berlin gewonnen worden. Es kommen folgende Themen zur Behandlung: Donnerstag, den 26. April: „Mutter und Tochter", Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, abends 8 Uhr; Freitag, den 4. Mai: „Gesundheit und Sittlichkeit", Zahnärztehaus, Bülowstr. 104, abends 8 Uhr; Mittwoch, den 23. Mai: „Gesundheit, Ehe und Nachkommenschaft", Pharusiäle, Müllerstr. 142, abends 8 Uhr. Donnerstag, den 24. Mai: „Wiederholung des gleichen Vortrages, Prachtsäle „Alt-Berlin", Blumenstraße 10, abends 8 Uhr. Die Vorträge werden durch Lichtbilder demonstriert. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 10 Pf. erhoben.

Zugentgleisung auf der Ringbahn. Montag abends 7¼ Uhr entgleiste zwischen Bahnhof Stralau-Rummelsburg und Bahnhof Warschauer Straße die Lokomotive eines Stadtringzuges mit der vorderen Achse. Die Züge in Richtung Schlesischer Bahnhof erlitten bis zu 1¾ Stunden Verspätung. Personen nicht verletzt.

Ein eigenartiger Straßenbahnunfall hat sich Montag in Spandau ereignet. Ein an der Endhaltestelle am Spandauer Bock stehender Triebwagen der Spandauer Straßenbahn, der bereits mit Fahrgästen besetzt war, geriet in Abwesenheit des Fahrers aus bisher nicht aufgeklärter Ursache in Bewegung. Er fuhr die abschüssige Straße hinab, sprang an der Eisenbahnüberführung aus den Schienen, durchbrach die Einfriedigung des Kanalisationsgrundstückes und stieß gegen die Eisenbahnböschung, wo er stehen blieb. Die Fahrgäste wurden von ihren Sitzen geschleudert, ein Soldat erlitt mehrere schwere Schnittwunden durch umherfliegende Glassplitter und eine Frau Quetschungen und ebenfalls blutende Wunden. Andere Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Ein Einbruch bei der 92. Brotkommission in der Hirtenstraße wurde in der Nacht zu Montag verübt. Die Einbrecher erbeuteten 100 Bogen Reisebrotkarten und andere Brotkarten, Reichs-, Kinder- und andere Fleischkarten, Kartoffel-, Eier- und 200 Zuckerkarten.

Ein großes Schweineschlachten wurde in Weißensee entdeckt. Auf einem Gehöft in der Pistoriusstraße standen 21 Schweine, die angeblich zur Mast eingestellt waren. Der Futtervorrat war aber, wie den Leuten auffiel, für die große Zahl der Tiere sehr knapp. Es waren auch keine Räume vorhanden, ausreichende Mengen unterzubringen. Am Montag erschien der Schlächtermeister Rickert aus der Charlottenstraße zu Weißensee mit einem Gesellen, stach alle Schweine ab und machte sie zur Verwertung zurecht. Die Zeugen der Schlächterei machten daraufhin die Polizei aufmerksam. Jetzt hieß es, „ein Hausbesitzer habe die Schweine zur Mast zusammen gekauft, aber wegen Futtermangels vorzeitig müssen schlachten lassen". Der Hausbesitzer behauptet, daß er von nichts weiß. Dagegen ist sein Sohn dringend verdächtig, lichtscheue Geschäfte mit Rickert betrieben zu haben. Er wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Als auch Rickert festgenommen werden sollte, war er verreist. Die Schweine wurden ebenso wie zwei Rinder, die auf dem Gehöft geschlachtet worden waren, der Fleischverteilungsstelle in Weißensee zugeführt. Woher sie bezogen worden sind, steht noch nicht fest.

Ein Quartier der Lebewelt wurde von der Polizei in der Friedrichstraße ausgehoben. In einem „Pensionat" einer Frau N. versammelte sich seit einiger Zeit regelmäßig nach Schluß der Bier- und Weinwirtschaften eine bunte Gesellschaft. Es gab Fleisch aller Art, natürlich zu den höchsten Ueberpreisen, und der Sekt floß in Strömen. Die Orgien wurden ruchbar, und in der Nacht zu Montag machten Beamte des Reviers den gastlichen Räumen einen überraschenden Besuch. Sie trafen gegen 40 Personen und störten sie „beim besten Vergnügen". Alle Gäste wurden festgestellt. Gegen die Wirtin ist das Strafverfahren eingeleitet worden.

Charlottenburg. Sozialdemokratische Kandidatur für den stellv. Stadtverordnetenvorsteher. Durch den Tod des Stadtv. Dr. Hubatsch ist der Posten des Stadtverordnetenvorstehers-Stellvertreter frei geworden. Da die sozialdemokratische Fraktion die zweitstärkste Fraktion bildet, so hat der Seniorenkonvent der Stadtverordneten-Versammlung den Genossen Hirsch für dieses Amt in Aussicht genommen.

Köpenick. Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung stand auch eine Erhöhung des Zuschusses zur Bürgerküche wieder auf der Tagesordnung. Nach dem Bericht des Referenten sollte der Zuschuß von 500 auf 1000 M. pro Monat erhöht und die Einzelportion zu 30 Pf. abgegeben werden. Bisher wurden durchschnittlich 900 Portionen pro Tag verabfolgt. Die Leitung der Bürgerküche soll verpflichtet werden, der Stadtverwaltung gegenüber abzurechnen. Ein Antrag unserer Genossen, in das Kuratorium der Bürgerküche zwei Stadtverordnete zu wählen, um besser informiert zu sein, wurde abgelehnt. Eine Anfrage an den Magistrat, wer berechtigt sei, aus der Bürgerküche Essen gegen Bezahlung zu entnehmen, wurde durch Bürgermeister Dr. Langerhans dahin beantworet, daß jeder ohne Unterschied dort Essen erhalten könne. Die Bedürftigen müssen eine Bescheinigung des Bezirksvorstehers beibringen, worauf sie das Essen unentgeltlich erhalten.

Ferner stand die Vergrößerung der Kinderbewahranstalt zur Debatte. Der vom Magistrat beantragte Zuschuß beträgt monatlich 2000 M. Von einem Anschluß an Groß-Berlin soll abgesehen werden. Auch will man zurzeit von einer Dezentralisierung der Anstalt durch Errichtung von Zweigstellen Abstand nehmen. Beabsichtigt ist, eine dritte Lehrerin anzustellen und die Kinder unter sanitäre Aufsicht zu stellen. Das Mittagsessen wird mit 10 Pf. bezahlt und außerdem sind noch monatlich 50 Pf. pro Kind für Wartegeld zu zahlen. Weiter wird Vorsorge getroffen, daß die Anstalt morgens so zeitig und abends so spät geöffnet ist, daß die Mütter auch während der zu leistenden Ueberstunden die Kinder in sicherer Obhut wissen. Den Anträgen der Kommission, insbesondere daß zwei Stadtverordnete in den Vorstand der Anstalt eintreten sollen, wurde einstimmig zugestimmt.

Bessere Eierversorgung der beiden Landkreise. Das Landesamt für Nährmittel und Eier hat, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, den Landkreisen Niederbarnim und Teltow für die nächsten drei Wochen bis zum 13. Mai einschließlich einiger noch rückständiger Ueberweisungen insgesamt zwei Millionen Eier zur Verteilung überwiesen. Damit wird erfreulicherweise ermöglicht, daß auch die Vorortgemeinden besser als bisher mit Eiern beliefert werden. — Die für den Regierungsbezirk Potsdam eingerichtete Bezirks-Eierstelle hat, wie wir weiter erfahren, auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Organisation des Sammelns von Eiern verbessert und betreibt den Aufkauf der Eier mit verstärktem Nachdruck. Es wird alles getan, um mehr Eier als bisher zu allgemeiner Verteilung in die öffentliche Hand zu bekommen. Der Regierungsbezirk Potsdam ist, mit Ausnahme der Groß-Berliner Vororstädte und Vorortkreise, für die Eierversorgung als Ueberschußbezirk bestimmt, so daß die zum Bezirk gehörenden Landkreise für die Eierversorgung der gesamten Bevölkerung des Regierungsbezirks aufzukommen haben. Mindestens 30 Eier von jedem Legehuhn, sind an die Sammelstellen abzuliefern. Die Abgabe an nicht zugelassene Aufkäufer ist verboten.

Steglitz. Zur örtlichen Lebensmittelversorgung wird uns aus bürgerlichen Kreisen geschrieben: Den Uebergang in die geminderte Brotzuteilung haben die Gemeinden Groß-Berlins durch größere Zuwendungen an Nährmitteln zu erleichtern verstanden. Nur Steglitz macht eine wenig rühmliche Ausnahme, wie es überhaupt gegen die Versorgung Berlins und seiner Vororte von Anfang an zurückgestanden hat. In der Uebergangswoche sollen hier außer den allgemein üblichen Mengen an Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett als Nährmittelzulage für sämtliche Einwohner je 175 Gramm Haferflocken abgegeben werden gegenüber 500 Gramm Hafer- und Gerstenpräparaten in Berlin und nahezu gleichen Mengen in verschiedenen Vororten, die zum Teil noch Teigwaren, Bohnen und Erbsen darbieten. Für einen Teil der Einwohner werden in Aussicht gestellt eine Büchse kondensierte Milch, jedoch nur für Kinder vom 5. bis zum 8. Lebensjahre und Personen über 60 Jahre, 3 Eier für schwangere Frauen, ferner 3 Rollmöpse, ¼ Pfund Bücklinge und eine Pfund-Dose Stinte. Selbst wenn die letzteren Sachen Ersatz für Nährmittel sein sollen, fallen sie doch nur auf die Nummern 21 801 bis 28 270 der Lebensmittelkarten, also auf 6370 von 85 000 Einwohnern, das heißt auf etwa 7½ vom Hundert. Speiseöl gibt es 50 Gramm „so weit der Vorrat reicht"; leider wissen von Verkäufen solcher Art zumeist nur „Eingeweihte" und „gute Kunden". Eier gab es bisher ein Stück für den Kopf; ein Teil der Steglitzer erhielt dies Ei vor Ostern, der Rest bekommt es in dieser Woche. In Berlin dagegen wurden in der Woche vor Ostern 2, nach Ostern 3 und werden auch in dieser Woche Eier verteilt. Aehnlich ist es in Schöneberg, Friedenau usw. Besonders empfindlich werden durch diese Minderbelieferung Familien mit halbwüchsigen Kindern betroffen. Selbst wer sich in dieser schweren Zeit bescheiden gelernt hat, wird diese Unterschiede in der Versorgung benachbarter Gemeinden nicht gerechtfertigt finden und diese Art des Betriebes für unhaltbar erachten. Ist es nicht eine kaum zu überbietende Sorglosigkeit in der Geschäftsführung, wenn der Gemeindevorstand noch am 10. April zur Erneuerung der Ergänzungszusatzkarten für Jugendliche aufgefordert, die er vom 16. April ab nicht mehr herausgaben durfte?

Wohl fällt im Gemeinderate ab und zu ein kritisches Wort, den Glauben der Versorgungsstellen an die Vortrefflichkeit ihres Systems, ihre Unberührtheit mit den Notwendigkeiten des Tages vermag es nicht zu erschüttern. Schärfer haben sich ja Bezirks- und andere Vereine geäußert, und es könnte vielleicht helfen, wenn diese gegen die Tätigkeit des Steglitzer Gemeindevorstandes in der Lebensmittelfrage vereint und geschlossen in wiederholten gemeinsamen Versammlungen Stellung nehmen und dessen Pflichten gegenüber den Einwohnern unseres Ortes an dem messen würden, was die Vorstände anderer Großberliner Gemeinden als ihre selbstverständliche Pflicht und Schuldigkeit betätigen.

— **Aenderungen beim Fleischbezug.** Seit der Einführung der Kreisfleischkarten ist das „Fleischstehen" wieder üblich geworden. Um dem abzuhelfen, findet nunmehr der Fleischverkauf an allen Wochentagen von 8—1 und 4—8 Uhr statt. Außerdem ist angeordnet, daß an den ersten drei Tagen nur auf die Kreisfleischkarten, an den letzten drei Tagen nur auf die Reichsfleischkarten verkauft wird. Ausnahmsweise wird diesen Donnerstag vormittag auf die Kreisfleischkarte, nachmittag auf die Reichsfleischkarte verkauft. Der bisher übliche Nummernaufruf bleibt unverändert bestehen.

Schöneberg. Städtische Kohlen- und Koksversorgung. Die liberale Fraktion hatte in der Stadtverordnetenversammlung am Montag folgenden Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, die zukünftige Kohlen- und Koksversorgung der Stadt und der Schöneberger Bürger, insbesondere der Hausbesitzer mit Zentralheizungsanlagen, als eine neue Aufgabe der Stadtverwaltung zu übernehmen und zu diesem Zwecke eine gemischte Deputation einzusetzen."

Justizrat Gottschalk (Lib. Frkt.) führte begründend aus: Daß zu der Knappheit der Lebensmittel nun auch noch die schwierige Versorgung mit Brennmaterialien hinzugekommen sei. Die Kälte brachte in das friedliche Verhältnis zwischen Mieter und Hausbesitzer einen argen Riß und führte zu vielen Klagen vor den Gerichten. Die Kohlenhändler waren nicht in der Lage, diese Mißstände zu beseitigen, da Transportmittel nicht zur Verfügung standen. Darum mußte der Magistrat eingreifen. Große Mengen Kohlen und Koks seien zu beschaffen, um dann zu festgesetzten Preisen an die Bevölkerung, insbesondere an die Hausbesitzer mit Zentralheizungsanlagen abzugeben. Den wirtschaftlich schwächeren Hausbesitzern seien die Kosten zu stunden. Oberbürgermeister Dominicus erklärte sich mit der Beschaffung einverstanden, hielt es jedoch für fraglich, ob die Stadt Transportmittel beschaffen könnte. Er schlug vor, den Antrag der Materialdeputation zu überweisen. Genosse Mohs sprach für den Antrag und hob die Vorteile der eigenen Regie hervor. Die Schuld an dem Kohlenmangel sei dem Syndikat zuzuschreiben, das bestimmte Vorschriften über den Vertrieb der Kohlen erlassen und dadurch die Kalamität hervorgerufen hat. Er verlangte ferner, daß die Kohlen an alle Bürger verteilt werden sollen und nicht insbesondere die Hausbesitzer mit Zentralheizung bevorzugt werden. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantragte er daher die Streichung dieses Wortes in dem Antrag. Die Deputation müsse sich auch mit dem Ankauf eines Kohlenwerkes befassen. Bernstein (Soz. Vrbg.) betonte, daß am Kohlenmangel weniger das Fehlen der Wagen schuld sei, als das der Maschinen. Der Eisenbahnverwaltung sei das Ganze über den Kopf gewachsen. Nichtig wäre es, wenn behauptet wurde, die Syndikate hätten gegen zu hohe Preise gewirkt. Den eigenen Vorteil haben sie dabei doch gewahrt, denn es ist ein sehr guter Verdienst dabei herausgekommen. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Abänderungsantrages wurde der Antrag der Liberalen einstimmig angenommen.

Mit Rücksicht auf die Teuerung wurde beschlossen, den Kriegerfamilien einen 100prozentigen Zuschlag zu ihrer Staatsunterstützung vom 1. Mai d. J. ab zu gewähren.

Die vor kurzem beschlossenen Teuerungszulagen für das städtische Personal wurde bis Juni verlängert. Für die während des Krieges eingestellten Hilfskräfte schwebt die Gewährung einer Teuerungszulage immer noch.

Die Hinzuziehung der Frauen zu Deputationen mit beratender Stimme wurde für folgende Deputationen beschlossen: Wohlfahrtspflege, Krankenhaus, Volksbücherei, Städtisches Arbeitsamt, Volksunterhaltungen, Friedhof, Park, Kunst, Regelung der Arbeiterfragen, Beschaffung von Lebensmitteln und Deputation für Kriegshilfsbedürftige.

Auch eine Frau in die Kommission für Unterstützung Angehöriger mobiler Mannschaften zu wählen, lehnten die liberalen Fraktionen ab.

Zehlendorf. Eine Flucht in die Oeffentlichkeit unternimmt der Gemeindevorstand durch Erlaß nachstehender Erklärung im dortigen Ortsorgan. Sie lautet:

Die in großer Anzahl bei dem Gemeindevorstand einlaufenden Klagen, Beschwerden und Vorwürfe wegen mangelhafter Versorgung durch die Gemeindeverwaltung veranlassen uns zu folgender Erklärung: 1. Alle Lebensmittel werden dem Gemeindevorstand durch das Kriegsernährungsamt oder die ihm nachgeordneten Stellen zugeteilt. Im freien Verkehr ist nichts mehr zu haben. 2. Auf die Menge und Art der Lebensmittel, die zugewiesen werden, hat der Gemeindevorstand keinen Einfluß. 3. Seit langer Zeit kämpfen wir in Gemeinschaft mit anderen Gemeinden und dem Landrat gegen die Bevorzugung der Städte bei der Verteilung, ohne daß wir bis jetzt einen Erfolg haben erreichen können.

Der Gemeindevorstand hätte sicherlich besser getan, die Bestrebungen auf vollständige Erfassung der vorhandenen Vorräte zu unterstützen, anstatt sich gegen die angebliche Bevorzugung der Städte zu wenden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirkstag der Groß-Berliner Organisation.

Am Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, findet im Berliner Gewerkschaftshaus (Saal 4), Engelufer 15, der Bezirkstag der Bezirksorganisation Groß-Berlin (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) statt.

Tagesordnung: 1. Beratung der Statuten. 2. Wahl der Bezirksleitung, des Bezirkssekretärs und Bestätigung der Kommissionsmitglieder. 3. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über „Volksinteressen — Arbeiterinteressen!"

Sozialdemokratische Parteiorganisation Groß-Berlins.
J. A.: Eugen Ernst.

Schöneberg. Donnerstag abend ½9 Uhr bei Obst, Martin-Luther-Str. 69: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung und Wahl der Delegierten zum Bezirkstag.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8½ Uhr bei Hernowsky, Residenzstraße 109: Generalversammlung des Vereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Landtagsabg. Braun über: „Die politische Situation in Preußen-Deutschland und die Neuorientierung". Ferner Wahl der Bezirksleitung und der übrigen Vertrauensleute.

Gerichtszeitung.

Der heimatlose Kriegsverletzte.

Ein dem Rechtsempfinden weiter Kreise widersprechendes Urteil wurde kürzlich von dem Landgericht Rostock (Zivilkammer) gefällt. Einem Kriegsteilnehmer ist infolge Verwundung das linke Bein im Oberschenkel abgenommen worden. Er bezieht Versorgungsgebührnisse für 80prozentige Erwerbsbeschränkung und beabsichtigte, bei seinen Eltern, bei denen er nach der Entlassung aus dem Heeresdienst Aufnahme gefunden hatte, so lange zu bleiben, bis er eine ihm zusagende Erwerbsbeschäftigung gefunden haben würde. Sein Vater ist Milchkutscher auf dem Rittergut Tangrim in Mecklenburg, Besitzer Dr. phil. Pander, und erhält hier neben Bezügen an Geld und Naturalien auch freie Wohnung. In dieser gewährte er seinem Sohn Unterkunft. Nach mehrmonatigem Aufenthalt bei seinen Eltern wurde der Kriegsbeschädigte vom Gutsherrn aufgefordert, Tangrim zu verlassen. Als er nicht folgte, rief Dr. Pander das Rittterschaftliche Polizeiamt in Gnoien an. Dieses forderte ihn bei Androhung von Zwangsmaßnahmen auf, Tangrim innerhalb drei Wochen zu verlassen. Infolge Beschwerde hob das Ministerium die Verfügung des Polizeiamts auf. Dr. Pander klagte darauf beim Amtsgericht in Gnoien mit dem Antrage, dem Kriegsinvaliden bei Androhung einer Geldstrafe den Aufenthalt bei seinen Eltern und auf dem Gute Tangrim zu untersagen und desgleichen dem Vater zu verbieten, seinen Sohn länger bei sich aufzunehmen. Das Amtsgericht wies die Klage ab. Gegen dies Urteil legte der Kläger Berufung ein und das Landgericht Rostock hat nun das Urteil des Amtsgerichts aufgehoben und „für Recht erkannt“:

Die Beklagten werden bei Vermeidung einer Haftstrafe von drei Wochen für jeden Fall der Zuwiderhandlung verurteilt: der Vater, es zu unterlassen, den Sohn ferner bei sich aufzunehmen, und der Sohn, es zu unterlassen, noch ferner in der Wohnung seines Vaters zu verweilen.

Die Urteilsgründe sagen im wesentlichen: „Die Einräumung der Dienstwohnung gab dem Vater wohl das Recht, seine Ehefrau und seine Kinder, soweit diese noch minderjährig oder sonst hilfsbedürftig sind, dauernd bei sich aufzunehmen. Es mag ihm auch die Berechtigung nicht abzusprechen sein, vorübergehend Angehörigen, bei denen die erwähnten Voraussetzungen nicht vorliegen, und selbst dritten Personen Unterkunft bei sich zu gewähren. Ein weitergehendes Recht ist ihm aber durch den Dienstvertrag nicht eingeräumt worden. Der Vater mag daher, solange sein Sohn infolge der Kriegsdienstbeschädigung hilfsbedürftig war und besonderer Pflege bedurfte, vertraglich berechtigt gewesen sein, ihn bei sich aufzunehmen. Nachdem inzwischen jedoch fast zwei Jahre verstrichen sind (der Rechtsstreit hat länger als ein Jahr gedauert. Red.), liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor. Der Sohn ist, abgesehen davon, daß er ein künstliches Bein gebrauchen muß, gesund und mit Hilfe seiner Militärrente in der Lage, sich außerhalb des Gutes Tangrim standesgemäß zu erhalten. Danach ist jedenfalls zurzeit das Verlangen des Klägers, daß der Sohn die väterliche Wohnung räume und das Gut verlasse, berechtigt.“

Wir wollen das Urteil des Landgerichts, das leider, da es dagegen kein Rechtsmittel gibt, rechtskräftig ist, aus sich selbst sprechen und wirken lassen. Besonders bei unseren Feldgrauen wird es recht gemischte Gefühle auslösen. Eins sei aber hervorgehoben: Dr. Pander hatte die Verurteilung zur Unterlassung bei Androhung einer Geldstrafe beantragt. Das Landgerichtsurteil droht eine dreiwöchige Haftstrafe an. Hier kann das Urteil nicht mehr als im Rahmen des prozessual Zulässigen erachtet werden. Denn § 308 der Zivilprozeßordnung sagt: Das Gericht ist nicht befugt, einer Partei etwas zuzusprechen, was nicht beantragt ist. Leider aber ist trotzdem eine Anfechtung des Urteils nicht möglich.

Ein glücklicher Vater. Wie ein Szenenbild aus Gerhart Hauptmanns „Ratten“ erschien der Tatbestand einer Anklage wegen Kindesunterschiebung und intellektueller Urkundenfälschung, die eine Frau Philippine Nilke und eine Frau Ida Reiß Montag vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III führte. Frau R. war früher mit einem Arbeiter A. verheiratet, die Ehe ist aber geschieden worden, weil die Frau mit ihrem jetzigen Ehemann in wilder Ehe lebte. Letzterer war in dem Ehescheidungsprozeß als der Ehebrecher festgestellt worden. Frau R. trachtete nun danach, vom Ministerium die Erlaubnis zur Eheschließung mit R. zu erlangen und gleichzeitig den letzteren, der Kinder sehr liebt, zu dieser Eheschließung zu veranlassen, und ersann dazu folgendes Mittel. Die mitangeklagte R., die ihrer Niederkunft entgegensah und sich in ärmlichen Verhältnissen befindet, ließ sich dazu überreden, der R. nach der Geburt das erwartete Kind zu überlassen. Letztere täuschte dem R. vor, daß sie selbst sich Mutter fühle, und als die erste Angeklagte von einem Knaben entbunden worden war, nahm ihn die R. zu sich und meldete ihn beim Standesamt als ihr uneheliches Kind an, indem sie R. als Vater ausgab. Dieser Vorgang wiederholte sich schon nach kaum Jahresfrist, als die R. abermals einem Knaben das Leben gab. Auch diesen wollte Frau R. als ihr eigenes ausgeben, und es wurde deshalb der Trick angewandt, daß die erste Angeklagte sich zur Entbindung bei der R. aufhielt, sich der Hebamme gegenüber als Frau R. ausgab und diese veranlaßte, eine entsprechende Anmeldung beim Standesamt zu machen. R. war über diesen Familienzuwachs sehr erfreut, erklärte sich zur Eheschließung bereit und diese erfolgte auch, nachdem die ministerielle Erlaubnis dazu eingetroffen war und R. die Vaterschaft anerkannt hatte. Durch einen Zufall ist dann der Zusammenhang der Dinge offenbar geworden. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat bezw. 6 Wochen Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Kantorowicz empfahl beide Angeklagte, die völlig unbescholten sind, möglichst milder Beurteilung. Es handle sich um einfache Leute, die sich der Tragweite ihrer Handlung nach der strafrechtlichen Seite schwerlich bewußt gewesen seien und sich durch keinerlei unlautere Motive haben leiten lassen. — Der Gerichtshof erkannte aus gleichen Erwägungen auf 3 Wochen bezw. 1 Monat Gefängnis.

Aus aller Welt.

Zugunfall bei Fehrbellin. Unmittelbar hinter der Station Dammkrug in der Nähe von Fehrbellin fuhr infolge falscher Weichenstellung ein Militärzug gegen mehrere auf dem Nebengleise stehende Güterwagen, in die gerade Milch geladen wurde. Bei dem Anprall wurden mehrere der Güterwagen sehr stark beschädigt. Die 40jährige Milchhändlerfrau Buchholz aus Stöffin geriet zwischen zwei Wagen und wurde auf der Stelle getötet.

Hochwasser im Oderbruch. Aus dem Oderbruch treffen Meldungen über starke Ueberschwemmungen der Oder ein. Der Pegel in Schwedt a. O. zeigt gegenwärtig einen Wasserstand von 12½ Fuß. Ein gewaltiger See breitet sich zwischen dem Schwedter und dem Neumärkischen Ufer aus. Aus Niederfinow kommt die Nachricht, daß das Gebiet des Polders, das bisher vom Wasser frei war, nun auch vollständig überschwemmt ist. Unterhalb der Lieper Schleuse hat das Wasser den Polder-Damm in einer Breite von 40 bis 50 Metern durchbrochen und sich in das fruchtbare Bruch ergossen. Einige tausend Zentner Heu dürften vernichtet worden sein und leider ist auch ein Teil der Wintersaat verloren. Die Bestellung der Aecker wird, wenn das Hochwasser längere Zeit anhält, erheblich verzögert werden. Auch am Finowkanal ist eine größere Anbaufläche mit Roggen und Weizen überschwemmt und große Heustapel schwimmen im Wasser. Glücklicherweise ist im allgemeinen der Schaden nicht allzu groß, da man rechtzeitig die Wiesen frei gemacht hatte.

Der Malzschiebungsprozeß gegen den Kommerzienrat Weyermann, Inhaber der Bamberger Farbmalzwerke, endete gestern mit der Verurteilung des Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis, 710050 Mark Geldstrafe und einem Jahre Ehrverlust.

Ein Stadtviertel brennt.

Bern, 24. April. „Temps“ meldet: In Valence in Südfrankreich steht ein ganzes Stadtviertel seit vorgestern in Flammen. Selbst die Lyoner Feuerwehr wurde zur Hilfeleistung abgeschickt.

Das metrische System in China.

Bern, 24. April. „Temps“ meldet aus Peking: Seit dem 15. Februar führten die Pekinger Geschäfte das metrische System ein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre,** am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr,** am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

O. B. 64. Die Anmeldung kann beim Polizeirevier mündlich erfolgen. — **E. Z. 66.** Sie sind zum Schadenersatz der Gasanstalt gegenüber verpflichtet. — **K. 900.** 1. Bei Selbsteinschätzung dient das gegenwärtige Einkommen als Unterlage. 2., 3. und 4. Ja. 5. Die Frage ist strittig; Sie können den Versuch machen. 6. Nein. — **K. 100.** Für diese Woche ist nur ein Ei fällig, sie hätten die anderen Eier in der vorigen Woche abholen müssen. — **W. B. 50.** Sie sind zur Zahlung der restlichen Mietschuld verpflichtet. — **Lehrer P.** 1. Diese Zeichen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls keine Krankheitserscheinung. 2. Gesetzliche Vorschrift besteht darüber nicht, das wird nach den persönlichen Verhältnissen entschieden. 3. Ein Schriftenverzeichnis der Vorwärts-Buchhandlung senden wir Ihnen umgehend zu. — **K. S. 7.** 1. Es wird nicht gesagt, daß Sie nur in der Garnison zum Arbeitsdienst verwendet werden. 2. Bei militärischer Einziehung steht auch Ihnen, wenn Sie wegen Erkrankung erwerbsunfähig werden, Antrag auf Rente zu. Der Antrag ist beim Bezirksfeldwebel zu stellen. — **Arbeit 24.** 1. Deshalb können Sie nicht eingezogen werden, dürfen aber die Arbeitsstelle nicht eher wechseln, ehe Sie nicht einen Abkehrschein ausgehändigt erhalten haben. 2. Ein Antrag auf Aushändigung des Abkehrscheins ist, wenn Ihnen dieser von der Firma verweigert wird, beim Kriegsausschuß, Linienstraße 83/85, unter Angabung der Gründe zu stellen. 3. Nein. — **W. O. 5.** Nein. — **A. S. 18.** Sie müssen sich zum Hilfsdienst melden, wenn Sie nicht in einem der nach der Bekanntmachung aufgeführten kriegswichtigen Betrieb arbeiten. — **H. M. 43.** 1. Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden. Es muß ihnen mindestens eine einstündige Mittagspause und eine Vormittags- und Nachmittagspause von je ¼ Stunde gewährt werden. Diese Vor- und Nachmittagspausen können in Wegfall kommen, wenn die jugendlichen Arbeiter nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden. Diese Bestimmungen sind aber während des Krieges außer Kraft gesetzt. 2. Nein. — **P. S. 12.** 1. Ja, wenn die Mitgliedschaft durch Zahlung von Beiträgen weiter aufrechterhalten wird, oder wenn Sie innerhalb drei Wochen nach Austritt aus versicherungspflichtiger Beschäftigung erkrankt sind. 2. Nein, Sie haben keinen Anspruch auf Sterbegeld. — **100 G. R., Niederlehme.** Sie müssen zunächst Beschwerde beim Kreisausschuß einlegen. Bei Ablehnung müßten Sie sich beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten wenden. — **R. B. 34.** Sie müssen der Steuerkasse davon Mitteilung machen, daß das Kind sich im Krankenhaus befindet. — **R. S. 100.** Ja, die Kriegsteuerungszulage muß versteuert werden. — **E. R. 85.** Der Hauswirt kann nach Ablauf des Vertrages die Miete sowohl steigern, wie ihm auch das Recht zusteht, der Kriegerfrau ebenmäßig zu kündigen. Es würde sich empfehlen, daß Ihre Frau persönlich zu uns in die Sprechstunde käme. — **A. H. 10.** Das kommt darauf an, ob Sie irgendwelche Vereinbarungen getroffen haben. Wahrscheinlich sind Sie zur Kündigung am Letzten des Monats verpflichtet und müßten für den nächstfolgenden Monat zahlen. — **Nieder-Schöneweide 17.** Nein. — **W. B. 50.** Sie sind zur Zahlung der rückständigen Miete verpflichtet. — **W. G. 37.** Ja, auch Eltern erhalten Fahrpreisermäßigung. — **M. R. 100.** An Seine k. und k. apostolische Majestät. — **F. M. 100.** Erkundigen Sie sich bei der Firma. — **B. 38.** 1. Ja, Sie müssen aber erst durch Antrag beim Vormundschafts-Amtsgericht als Vormund bestellt werden. 2. Das entscheidet der Militärarzt, aber in diesem Falle halten wir eine Einziehung für völlig ausgeschlossen. 3. Einen solchen Anspruch können Sie nicht geltend machen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Ziemlich mild, überwiegend bewölkt mit geringen, nur an der Küste stärkeren Regenfällen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Max Adam,

Naunynstr. 42,

am 22. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Joseph Mylzarek,

Pankow, Gaillardstr. 17,

gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. April, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des dritten Pankower Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Gottlieb Hildebrandt,

Reinickendorf, Waldow 15,

am 21. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. April, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Franz Schüler,

Immanuelkirchstr. 38,

am 20. April gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Buch aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

Ernst Höse,

Malplaquetstraße 24,

am 22. April verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 25. April, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Adolf Voigt,

Malplaquetstr. 10,

am 19. April gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

174/13 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin u. Umgeg., Bezirk 5.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Albert Unglaube

am 19. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat gestern, auf dem Kirchhof in Ahrensfelde stattgefunden.

255/15 **Der Vorstand.**

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Sitz Berlin. Gegr. 1905.

Am 18. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Herr

Max May

Charlottenburg.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet morgen Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

291/5 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Kozowreck, Therese,

geb. **Deter,**

Stargarder Straße 37 (Bezirk 3), verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung findet morgen Donnerstag, den 26. April, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

75/20 **Die Ortsverwaltung.**

Sofort Nachnahme

senden. Ich zahle für:

Gr. Kaninchen, abgezogen	Pfd.	3,—
Masthühner, sauber gerupft	„	4,—
Enten,	„	4,50
Gänse- oder Entenschmalz	„	14,—
Größere Ziegen, geschlachtet	„	3,—
Große Tauben	Stück	2,—

Tasche, Berlin, **Pfannfer 21.**

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof

Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Elektrische Drähte

Hollert, Stark- und Schwachstrom, Litzen kauft jeden Posten

Trapp, Wittenbergplatz 3

28/7* Steinplatz 4659.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Herrenmaßschneider

Friedrich Eckert

geb. 14. 10. 64

am 22. April verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. April, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Heiligkreuz-Kirchhof in Mariendorf, Eisenacher Straße, statt.

165/10 **Die Ortsverwaltung.**

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- 215/10*] störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann

für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke. **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.

Königstr. 34-36, Stadtbhf. Alexanderpl.

Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Wie ein Wunder

beseitigt 18082*

San.-Rat Dr. Strahls **Hausfalbe**

jeden Hautausschlag, Flechten, **Hautjucken, bes. Beinschaden, Krampfadern** der Frauen u. dergl. Originaldosen zu bisherigen Preisen versendet portofrei **Elefanten-Apotheke Berlin,** Leipziger Str. 74, (am Dönhoffpl.).

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Fahrplanänderung.

Vom Donnerstag, den 26. d. M., ab verkehren wieder täglich die Personenzüge

640 Charlottenburg (ab 3.57) — Belzig (an 5.47) und 651 Belzig (ab 5.37) — Charlottenburg (an 7.25). 261/17

Magdeburg, den 21. April 1917.

Königliche Eisenbahndirektion.

Krampfader-Gamasche

Nach 1921L*

Dr. Ludwig Stephan

D. R. P.

Ersetzt die Venenklappen
Beseitigt die Blutstauung
Bestbewährtes Heilmittel
Prospekt H
frei durch den Fabrikanten

Karl Stephan

Jlsenburg a./H.

Ziehung am 9., 10. u. 11. Mai

4. Strassburg, Münster Geld-Lotterie

250000 Lose. 9339 Geldgewinne = Mk

Hauptgewinne Mark:

250000
75000
30000
20000

Strassburg-Münster-Geld-Lose **3** Mk. extra.

Porto und Liste 35 Pf. extra, zu haben in allen Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und durch

Lud. Müller & Co.

in **Berlin,** Nürnberger Markt 10.

J. Stürmer

in **Straßburg i. E.,** Langstr. 107

In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Grosse Auswahl!! Gute Stoffe!!
Fesche Formen!!

Wundervolle Kostüme u. Mantelkleider.
Kammgarn, Bolienne, Seide, Armure, Prachtstücke, Modelle, erstklassige Neuheiten
300,— 250,— 200,— 150,— 98,—
Gediegene Stoffe, saubereste Verarbeitungen, teils aus Friedensstoffen
80,— 68,— 52,— 36,—

Gesetzlich geschützte Setagummin
Regenschutz, Seidenmäntel, wundervolle Farben, Glockenschnitte, weite Falteneinlagen
150,— 120,— 100,— 75,— 60,—
Gummimäntel mit passender Kappe, gedeckte Farbentöne, fesche Paßformen
50,— 42,— 36,— 28,— 18,—

Flotte Mäntel aus Feinköper (Covertcoat) und flotten Fantasiestoffen mit U-Boot-Kragen, glatte Formen
125,— 100,— 75,— 56,— 38,—
Sportjacken 25,—, schwarz-weiß karriert 15,—,

Plüschmäntel.
Seidenplüsch, Astrachan, Mohair-Plüsch, gediegene Stücke, Einzel-Modelle
300,— 250,— 200,— 150,— 100,—

Pelzmäntel
Fohlen, Elektrik, Persianer, flotte Formen, gediegene Felle
1200,— 800,—, 600,— 350,—
Fantasie-Pelzmäntel, ziemlich lang 275,—

Ulster
Fantasie-Mäntel, mollige Qualitäten, teils aus Friedensstoffen
100,— 75,— 60,—
einfache Ausführ. 36,— 24,— 18,—

Staubmäntel aus Friedensstoffen 45,— 36,— 28,— 22,— 18,—

Seidenkleider (Modelle) 150,— 100,— 75,—

Sonntags geöffnet 12—3 Uhr.

Seidenröcke 75,— 60,— 38,— Lodenpelerinen 27½

Passendes für stärkste Figuren vorrätig.

Westmann

Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung.

I. Geschäft: Mohrenstr. 37a. II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Nr. 112 — 1917

Unterhaltungsblatt des Vorwärts

Mittwoch, 25. April

Der drahtlose Telegraph als Kriegsarbeiter.

Von Martin Heldt.

Zahlreichen Erfindungen und technischen Wundern, die selbst wieder aus Maschinerie gewordenen Gedanken und ungewerteten Kräften zusammengesetzt sind, wurde in diesem Krieg das Hohelied gesungen. Flugzeug, Mine, Torpedo, Tauchboot, Riesenmörser, sie alle sind Produkte einer Unsumme von friedlicher Arbeit, geschaffen, um durch Zerstörung das Erworbene oder Ueberlieferte zu schützen und zu bewahren. Sie sind Kampfmittel, stumme aber tausendfältig wirksame Mitarbeiter im Kriege zu Land und zur See. Ein technisches Wunder aber, geisterhaft in seiner Macht, genährt vom Urvater der modernen Wissenschaft — der Elektrizität —, ein technisches Wunder, das allgegenwärtig ist und das Ineinandergreifen der erwähnten Mittel und der meisten anderen erst sinnvoll und praktisch ermöglicht, dieses eine Wunder verdient nicht minder besungen zu werden. Es ist die unsichtbare Umarmung der Welt von einem kleinen Punkte aus, es ist: der drahtlose Telegraph.

Primitiv wie eine Selbstverständlichkeit und doch machtvoll wie ein Choral klingt es: als der drahtlose Telegraph geschaffen war, hatten die Menschen die Entfernung überwunden. Schreib deine Nachricht auf ein kleines Stück Papier, übergib sie dem Telegraphisten, und sie wird die Luft durchbrausen wie ein Gespensterschwarm unwirklicher Vögel, sie gelangt an ihr Ziel, du weißt nicht wie; über Länder und Meere ist sie geeilt und tickt ihr Lied in feinen Metalltönen dem Aufnahmebeamten ins Ohr. Zur Friedenszeit findet sie auf dem Lande weniger Beachtung, denn da haben wir ja den Draht, der sich auf seinen langen Reihen von Telegraphenstangen vorwärts dehnt und sich die Funkensprache über den Rücken rieseln läßt. Aber auf See — ho, ho — da ist's eine andere Sache. Da sitzt der Telegraphist ganz hoch droben hinter dem Hebel- und Sprachrohrhäuschen des Kapitäns; er hockt dort wie eine Spinne und sendet Fäden in die weite Welt hinaus. Er hat die Hörmuscheln um die Ohren geschnallt, die ihn mit den anderen Schiffen und den Kontinenten verbinden; und vor ihm auf der Tischplatte ruht der „Geber", ein kleiner Tasthebel, der durch Fingerdruck Punkte und Striche des Morsealphabets in gedehnte und kurz-scharfe elektrische Kontakte umsetzt, die elektrische Wellenbewegungen durch die Luft rollen und schweben lassen, welche dann in einen anderen Morseapparat hineinkriechen und als gedehnte und kurz-scharfe Töne neu erklingen, Tod oder Geburt, Friede oder Aufstand, Herzensmitteilungen oder Börsenkurse verkündend. Die kleine Koje des Telegraphisten birgt das Märchen an Bord, der Telegraphist selbst aber ist der Herr darüber, er ist der Hexenmeister auf dem Schiff. Passagiere und Mannschaft sind ihm untertan, soweit es sich um die Verbindung mit dem jenseits der öden Meeresfläche ausgebreiteten Leben handelt.

Dann kam der Krieg. Er hat den drahtlosen Telegraphen mobilisiert, lange bevor er selbst ausgebrochen war. Er beförderte ein gut Teil der Drohungen und Intrigen, der wahren und falschen Versicherungen, und er posaunte es nach West und Nord, Süd und Ost, daß der Weltkrieg über den Erdball zu rollen beginne.

Von diesem Tage an tat der drahtlose Telegraph bei Freund und Feind ununterbrochenen, pflichtgetreuen, unersetzlichen Kriegsdienst. Er verlängerte die Denknerven der Großen Hauptquartiere und der Feldherren an der Front ins Gigantische, er wurde zum Sprachrohr und Zeichen, wo die Telegraphenstangen und die Telegraphenleitungen unmöglich waren. Er wurde der gefügige Diener der Funkerabteilungen, seine Kraft eilte von Befehlshaber zu Befehlshaber, vom Oberkommando bis zum Feldkommando und von da in den Schützengraben und weiter bis zum vorgeschobensten Posten. Er wurde das ungeheure, tausendfach komplizierte, tausendfach schlaue und verborgene Nervenbündel des Generalstabes für die Landarmee, des Marinestabes für die Seemacht. Die Kraft, die den Plan zur Wirklichkeit macht, die aus Kommandanten, Truppen und Schiffen erst ein Ganzes bildet, wie die Adern und Ganglien erst Hirn und Gliedmaßen zu einem sinnvollen Körper vereinen, — das ist er, der drahtlose Telegraph: das, und nicht weniger.

Auf See, auf der gefahrschwangeren, ungewiß drohenden See, da ist er Spürhund und Fernrohr, Kundschafter und Vermittler, Depeschenreiter, Fernsprecher, windsbrauthafte Eilpost, überschnelles Flugzeug und brüderlicher Händedruck über ozeanische Abgründe.

Denn was wäre selbst die kleinste kriegerische Unternehmung auf See ohne den drahtlosen Telegraphen? Der gewöhnlichste Postentrawler, der schäbigste Kutter hat im Kriege den märchenhaften Drahtlostelegraphen geladen, erst dann ist er ein handliches Werkzeug im Gefüge der betreffenden Operation geworden. Durch den drahtlosen Telegraphen verständigen sich die Patrouillen- und Torpedoboote, sein Dämon huscht zwischen den Kreuzern her und hin, und kommt es zum Treffen, soll die Seeschlacht beginnen, so wird er zur gefügigen Sinnesmaschine des Admirals.

Wenn der Krieg gewesen sein wird, dann wird man vielleicht Genaueres über die Wundertaten des kleinen Apparates vernehmen. Dann wird man hören, inwiefern der Unterseebootkampf durch ihn praktisch vervollkommnet wurde, inwiefern die phantomhaften Blockadebrecher sich den durch Himmelsbläue und Wolken, durch tropische Atmosphären und eisige Sturmwirbel tanzenden Funken dienstbar machten. Denn dieser Funke ist Mitarbeiter im Kriege, Mitarbeiter im Kleinen und Großen. Er nimmt an den Plänen teil, er ist bei der Ausführung tätig gegenwärtig, er gibt die Resultate bekannt, tickt Gedanken, Kommandos, Fragen und Antworten, Siege und Niederlagen.

Aber nicht nur im direkten, ehrlichen Kampf, auch in den verschlagenen Gefechten des Wortes, in den Beeinflussungsfeldzügen gegenüber den Neutralen, in guter und böser Politik, in allem und jedem, wo immer ein breiterer Zusammenhang mit dem Weltkriege gefunden werden mag, ist der drahtlose Telegraph mit in der Gesellschaft.

So wurde er, der durch Ueberbrückung aller Entfernungen die Internationalität hätte fördern, das gegenseitige Interesse und Verständnis hätte pflegen müssen, letzten Endes nicht zu einem Bindeglied, sondern zu einem Trennungsmittel, er säte nicht Eintracht und gegenseitiges Vertrauen, sondern trug Worte des Zwiespalts herüber und hinüber.

Darin besteht ja das tragische Mißverständnis zwischen Menschengeschlecht und Natur — daß die Geschenke ursprünglicher Kraft den Keim zum Guten wie zum Bösen gleichermaßen in sich tragen, und daß der Mensch nur allzu oft sich für das Letztere entscheidet.

Die praktische Bedeutung des drahtlosen Telegraphen, seine rein technische Verwendbarkeit, die noch nicht ausgenützten weiteren Möglichkeiten, die in ihm schlummern, sie wurden durch die Kriegsarbeit in das schärfste Licht gerückt. Und diese Fähigkeiten, die durch die Kriegsnotwendigkeit verdoppelt wurden, sollen und werden auch dem Frieden doppelt und dreifach zustatten kommen, wenn der Funke des drahtlosen Telegraphen durch die Klüfte zwischen den Ländern und Erdteilen getollt sein wird, um zu verkünden, daß das Donnern des Krieges auf der Erdkugel verhallte.

Dann werden wir die restlose Vervollkommnung des drahtlosen Telegraphen — zum Beispiel die drahtlose Bildtelegraphie — für friedliche Arbeit, friedliche Freuden und Bequemlichkeiten erleben.

An der unteren Spree vor achthundert Jahren.

Es würde etwas viel Einbildungskraft vonnöten sein, sich auch bei genauer Kenntnis der damaligen Zustände ein Bild der Umgegend von Berlin im Mittelalter zu machen. Hier hat die moderne Kultur und Technik zu viel zerstört und neu geschaffen, und außerdem hat sich das Auge zu sehr an den Eindruck der Weltstadt und ihres Einflusses auf die gesamte nähere Umgebung gewöhnt, als daß es sich noch zu den früheren Naturformen hindurchfühlen könnte. Wohl lehrt die Geologie und Geographie, daß die Stadt Berlin in einem breiten Tal liegt, das von den Schmelzwassern am Ende der großen Eiszeit in ostwestlicher Richtung in die eben vom Eise freigewordene mächtige Schicht des Gletscherlehms eingeschnitten wurde. Einen kleinen Teil dieses Tals nimmt die heutige Spree ein, eine Zwergin gegen die gewaltigen Gewässer jener Urzeit. Aber wenn man sich auch diese natürlichen Verhältnisse vergegenwärtigt, fällt es einem doch schwer, sie angesichts des heutigen Zustandes noch vor das geistige Auge zu bringen. Kann man sich doch nur mit Mühe die Tatsache klarmachen, daß man sich in einer modernen Straße aus einem Tal heraus auf dessen altes Steilufer begibt, und doch klettert man so aus dem alten Spreetal auf die Hochfläche der Landschaft Barnim, wenn man durch die Rosentaler oder Brunnenstraße nordwärts geht oder fährt. Leute mittleren Alters können sich auch noch entsinnen, daß man bei Rixdorf den südlichen Steilrand des alten Tals noch in hohen aufstrebenden Lehmwänden beobachten konnte, an derselben Stelle, wo die großartigen Ausgrabungen von Mammutknochen gemacht wurden (jetzt im Berliner Museum für Naturkunde). Heute ist auch dieser südliche Talrand in seiner natürlichen Schärfe längst überall verschwunden, vom Häusermeer und von Straßen verschlungen.

Wer Zeit und Begabung dafür besitzt, dem mag es aber auch heute noch glücken, durch eine zweckvolle Begehung des Gebiets und durch eine aufmerksame Betrachtung von Türmen und anderen höher gelegenen Punkten aus eine Anschauung von den ursprünglichen Zügen der Landschaft und ihrer früheren Besiedelung hervorzuzaubern. Er muß dann im Geist alles heutige Menschenwerk zerstören und winzige Dörflein auf die freigewordene Fläche hinstreuen. Die Spree sieht er nun durch ein freundliches und auch hier und da etwas sumpfiges Tal sich schlängeln und an ihren Ufern eine spärliche Folge von Fischerdörfern, deren Namen recht bekannt klingen, wie Rahnsdorf, Köpenick, Stralow, Kölln, Lützow, Spandow. Das waren aber auch die einzigen Siedelungen auf dieser Strecke im Spreetal selbst, bewohnt von wendischen Fischern. Für weitere Wohnstätten war wohl noch genug Raum da, aber wer sollte wohl auf den unfruchtbaren Gedanken verfallen, sich dort unten im ungesunden Tal anzusiedeln, wenn er sich nicht dem Fischereihandwerk zugeschworen hatte. Die Ackerhausiedelungen lagen sämtlich an den Talrändern und streckten nur ihre Felder wie Zungen in das Spreetal hinein. Der Hauptanteil der Felder aber weitete sich auf der fruchtbaren Hochebene zu beiden Seiten des Tals auf einem Gebiet, über das heute das Weichbild von Groß-Berlin längst hinweggequollen ist. Im Tal selbst war neben den wenigen Dörfern und dem Fluß selbst mit seinen Sümpfen nur für Gestrüpp und Gehölz und für Wiesen Platz. Immerhin ist, wie in der Zeitschrift für Ethnologie ausgeführt wird, die Stätte von Berlin für eine dichte Besiedlung vorgezeichnet gewesen, denn für damalige Zeiten war seine Bewohnung an den Talrändern recht ansehnlich. Daß im Gegensatz zu späteren Zeiten das Spreetal selbst einen geringen Anteil an der Besiedlung nahm, war in der Launenhaftigkeit des Spreeflusses begründet, der häufige und bedrohliche Ueberraschungen durch Ueberschwemmungen befürchten ließ.

Die russische Bastille.

Am 12. März haben die Petersburger Revolutionäre, wie die „Frankf. Ztg." aus russischen Blättern entnimmt, die erst nach und nach alle Einzelheiten der stürmischen Zeit veröffentlichen können, die Festung Schlüsselburg am Ladoga-See zerstört.

Die alte Festung war ursprünglich von Groß-Nowgorod aus gegründet worden, um den strategisch wichtigen Punkt des Ausflusses der Newa aus dem Ladoga-See zu decken. Zu Anfang des 17. Jahrhunderts eroberten die Schweden nach harten Kämpfen die Insel Orechowo, auf der die Feste liegt, und nannten sie Nöteborg. Hundert Jahre lang war sie der stärkste Stützpunkt der schwedischen Grenzsicherung gegen Rußland, bis Peter der Große sie erstürmte und neu befestigte. Da ihr Besitz ihm erst den Schlüssel zum Ausgang ans Finnische Meer gab, nannte er die neue Festung Schlüsselburg. Nach der Gründung von Petersburg, als dessen Hauptschutz vor der Mündung der Newa Kronstadt angelegt wurde, ging die strategische Bedeutung von Schlüsselburg zurück. Im 19. Jahrhundert wurde die Festung militärisch wertlos, die russischen Behörden fanden aber eine neue Verwendung, indem sie die alten Kasematten und Kasernen zum Zuchthaus umbauten. Die eigenartige Insellage Schlüsselburgs, die ein Entweichen fast unmöglich macht, wird wohl der Hauptgrund dafür gewesen sein. Bald war die alte Festung zum „berühmtesten" Gefängnis des Reichs geworden, weil man hier nur die schwersten Kriminalverbrecher und die wichtigsten politischen Gefangenen unterbrachte, für die selbst Sibirien nicht sicher und schwer genug erschien. So wurde die Schlüsselburg zur russischen Bastille, deren Geschichte einst den Jahrzehnte langen weißen Terror schildern wird, von dem Rußland erst jetzt freigeworden ist.

Als die Vertreter des Petersburger Arbeiterrats in Schlüsselburg erschienen, wagten die Gefängnisaufseher keinen Widerstand zu bieten. Zuerst wurden 58 politische Gefangene befreit, darunter der unschuldig verurteilte Abgeordnete der ersten Duma, Pjanych, und sein Sohn, der an Händen und Füßen gefesselt war, obwohl das schwebende Wiederaufnahmeverfahren fast mit Sicherheit die Unschuld der ganzen Familie ergeben hatte. Nach einer kurzen Beratung beschlossen die Arbeiterdelegierten, auch die Kriminalverbrecher zu entlassen, weil man nicht wußte, was man mit ihnen anfangen sollte. Dann wurden aus der großen Pulverfabrik, die in dem auf festem Lande gelegenen Städchen Schlüsselburg liegt, Fässer mit Benzin und Petroleum herbeigeschleppt und überall in dem alten Gefängnis verteilt. Eine furchtbare Flamme zerstörte dann das Schandmal der alten Herrschaft, von dem nur noch nackte verrauchte Wände stehen blieben.

Notizen.

— Vorträge. Ueber „Psychologie der Liebeswahl und Angeborener Sexualcharakter" spricht Dr. J. Marcinowski im „Bund für Mutterschutz" am 27. April, abends 8 Uhr, im Architektenhause, Wilhelmstr. 92/93. Eintritt frei.

— Der Nationaltag der deutschen Bühnen am 12. April hat 300 000 M. ergeben, die als Kriegsanleihe gezeichnet wurden und später als Kriegsfürsorgefonds dienen sollen.

— Eine Friedensmarke will die Schweiz herausgeben, die vom Tage des Friedensschlusses an ein Jahr lang in Umlauf bleiben soll. Im Berner Kunstmuseum werden die Entwürfe dazu jetzt ausgestellt. Den ersten Preis hat der Züricher Künstler Otto Baumberger erhalten. Sein Entwurf zeigt einen nackten Krieger, der, die Stirne verbunden, wie der sterbende Gallier auf einen Arm gestützt, am Boden liegt, das zerbrochene Schwert vor sich. Aus dem Hintergrunde gleißt das Licht des schweizerischen Friedens, das die prächtig gezeichnete, markige Kriegergestalt kraftvoll hervortreten läßt.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabryela Zapolska.

75]

Sie hielt inne und wurde plötzlich blaß. Ihre Stirn runzelte sich. Aber Kazjo begann schnell ihre Fragen zu beantworten, daß er gar nicht verhaftet worden sei und rechtzeitig über die Grenze geflohen war.

Aber sie schüttelte ungläubig den Kopf. Ihr Blick fiel auf Klitzki. Eine leichte Röte glitt über ihr Antlitz. Sie sagte kein Wort, streckte nur die Hand aus.

Er küßte diese hagere, bleiche Hand und vermochte nur mit Mühe die Tränen zu unterdrücken. Doch sie bemerkte es und sagte traurig:

„Alle weinen durch meine Schuld!"

Man versicherte ihr, daß es Freudentränen seien. Aber die Sorge wich nicht von ihrem Antlitz.

Dennoch machte die Besserung ihres Gesundheitszustandes rasche Fortschritte. Sie hatte keine Visionen mehr und begann in normaler Weise zu leben. Sie ließ sich überzeugen, daß sie nicht nur in Finsternis und Einsamkeit sicher sei, und daß sie sich fern von Tagejew und seiner Bande befand.

Klitzki gab sich die erdenklichste Mühe, Janka zu zerstreuen und ihre alten Gespenster zu verscheuchen. Er leistete ihr jetzt den ganzen Tag Gesellschaft, führte sie in den Zimmern herum, lenkte ihre Aufmerksamkeit auf die Passanten auf der Straße und ermutigte sie mit seiner starken, innigen Liebe.

Horski räumte ihm seinen früheren Posten ein, um so mehr, als er hoffte, daß die Liebe ihre Rechte geltend machte, und ein Wunder verrichten würde, das bisher unmöglich schien. Janka begann zu lächeln, sich an den Blumen zu erfreuen, nur die Sonne konnte sie noch nicht vertragen.

Aber etwas anderes beunruhigte die Aerzte, Janka sprach nie von dem, was sie durchgemacht hatte. Wenn der Vater oder Klitzki irgend eine Anspielung machte, nahm ihr Gesicht einen mißtrauischen, strengen Ausdruck an. Man glaubte jedoch, daß eine Kaltwasserkur sie vollends wiederherstellen würde. Horski vertraute den Aerzten. Man beschloß, Janka nach Wien und von dort nach Kaltenleutgeben zu bringen.

Es galt, sie an die Sonne zu gewöhnen.

Klitzki übernahm diese Aufgabe. Er führte sie auf den Balkon und sprach zu ihr von der wohltätigen Kraft der goldenen Sonnenstrahlen, die sich über die Felder breiteten. Janka hörte ihm zu und blickte ihm mit ihrem kindlichen Lächeln in die Augen.

Er hätte vor ihr niederknien, ihre Hände küssen und wie damals rufen mögen:

„Meine Janka! Mein Mädchen!"

Er wagte es jetzt immer häufiger, sie auf den Balkon zu führen, und sah mit Freude, daß sie ihre Scheu vor dem Licht überwand.

Endlich kam der Tag der Abreise nach Wien. Man reiste in der Nacht. Am Tage zuvor saß Janka mit Klitzki lange am Fenster. Niemals waren ihre Herzen einander so nahe gewesen. Das gemeinsame Unglück umhüllte sie wie mit Flügeln.

Ihre Gedanken wanderten nach dem verlassenen Land. Sie fühlten es beide, obgleich kein Wort von ihren Lippen kam.

Als sie in dieser stillen Harmonie und selbstverständlichen Zusammengehörigkeit beieinander saßen, schien es, als läge alles Schwere hinter ihnen, und als müßten jetzt glückliche, friedliche Tage für sie anbrechen.

— — — — — — — — — — — — —

Die Reise ging gut vonstatten. Als sie in Wien ankamen, wurde Janka durch den Bahnhofslärm unruhig und sah sich ängstlich um. Plötzlich sagte sie:

„Wie weit dieses Warschau doch ist!"

Klitzki erschrak, aber er hielt es für richtiger, Janka nicht zu widersprechen.

In der Droschke, die sie nach dem Hotel brachte, hielt er ihre beiden Hände in den seinen und suchte sie durch innige Zärtlichkeiten zu beruhigen.

In dem Hotelzimmer, das für Janka bestimmt war, zogen sie die dunklen Vorhänge vor die Fenster. Aber Janka begann wieder unruhig zu werden, drückte sich an die Wand und ballte die Hände auf der Brust. Klitzki beobachtete diese Erscheinungen mit banger Angst, doch wollte er Horski nicht beunruhigen, der sofort nach Kaltenleutgeben fahren sollte, um für Janka ein Zimmer zu bestellen.

„Wir werden allesamt eine Wasserkur gebrauchen. Das wird uns allen gut tun!" sagte Klitzki lächelnd.

Janka schien sich zu beherrschen, sie trank ein Glas Milch und begab sich zur Ruhe.

Horski reiste guten Mutes ab, nachdem er sich von den Seinigen verabschiedet hatte.

„Du wirst inzwischen für sie sorgen, Herr Schwiegersohn," sagte er, indem er Klitzki zum ersten Male so nannte.

Klitzki sah einige Male nach Janka, um so mehr, als sie sich wiederholt unruhig aufgerichtet hatte und vor sich hinstarrte.

Vergeblich redete er ihr zu, daß sie zu schlafen versuchen sollte. Einmal sah sie ihn fest mit irrem Blick an. Sie faßte sich an den Kopf.

„Hast Du Kopfschmerzen?" fragte Klitzki.

„Nein! Nein!"

Sie schloß die Augen. Klitzki ging ins Nebenzimmer und begann, um irgend etwas zu tun, Horskis umherliegende Sachen, die er in der Eile nicht fortgeräumt hatte, zu ordnen.

Plötzlich drang aus dem Nebenzimmer ein herzzerreißendes Stöhnen, das er schon von früher her kannte. Erschrocken eilte er hinein.

Janka stand mitten im Zimmer. Ihre Augen funkelten wild.

„Ich möchte wissen," begann sie mit gepreßter Stimme.

„Was denn? Was?"

„Aber Sie werden mir nicht antworten! Sie dürfen nicht!"

Sie hielt ihn offenbar für jemand anderen.

„Was möchtest du denn wissen, Janka?" fragte Klitzki, sich zur Ruhe zwingend.

Sie sah ihn erstaunt an, ging langsam zur Wand und starrte sie wie früher mit bewußtlosem Blick an.

Klitzki ging ihr nach.

„Janka, erkennst du mich nicht? Ich bin es doch, Wladislaw! Ich habe dich lieb, Janka!"

Ein leises Stöhnen war die Antwort.

„Janka . . . der Vater wird aus Kaltenleutgeben in ein paar Stunden wieder zurück sein." (Schluß folgt.)

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½: **Der Geizige.**
Donnerstag 7: **Faust. I.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Fasching.**
Donnerstag: **Fasching.**
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
7½: **Volk in Not.**
Donnerstag: **Volk in Not.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
7½ Uhr: **Erdgeist.**

Komödienhaus
7½: **Die verlorene Tochter.**

Berliner Theater
7³⁰ Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Liebe.**
Donnerstag: Zum 1. Male: **Madame Legros.**
Drama in 3 Akten v. Heinr. Mann.

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7¼ Uhr:
Der Kammersänger.
Comtesse Mizzi. I. Klasse.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Mittwoch, den 25. April, 4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr: Dr. L. Darmstädter:
Die Deutsch-Amerikaner im Weltkrieg.

Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Letzte Woche
Die Seeräuber
Letzte Woche
Delaune u. Benitas Illusion
Die Wunderkiste
und das übrige
Große Programm

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Cabaret „Feldgrau."
Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen!

Volgt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich:
Die Maienkönigin
oder: **Ein Opfer der Falschheit.**
Eröffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

WINTERGARTEN
Lucy
Kieselhausen
mit ihrem Ballett
Neue Tänze!
Paul Beckers
mit neuen Vorträgen
sowie der
abwechslungsreiche
April-Spielplan!

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
7½ Uhr: **Das neue April-Progr.**
Negro, 4 Remies, Fr. Steidl
8½ Uhr: Allabendlich stürm. Beifall.
Großer Heiterkeitserfolg
Wenn's Mailüfterl weht.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Puppchen.**

Apollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Allabendlich 7½ Uhr:
Das vielseitige Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Palast
Anf. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Des großen Erfolges wegen bis 30. April verlängert!
Gastspiel
Sent M'ahesa.
Letzte Woche des April-Progr.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 27. April 1917, abends 7 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Branchen-Versammlung
für alle in Buchbindereien, Buchdruckereien u. Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Mitglieder.

Tagesordnung:
1. **Unsere Teuerungszulagen in der Gegenwart und Zukunft.**
2. **Ernährungsfragen unseres Berufs.**
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle kommen.
Die Branchenleitung.
25/18 I. A.: Paul Käger.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett auf dem Eise.
7¼ Uhr. Vorzügl. Küche.

Fredy-
Zigaretten zu Fabrikpreisen!
1000 Zig., Kleinvk. 1,8 Pf., 17—18 M
1000 „ „ 3,0 „ 24—26 M.
1000 „ „ 4,2 „ 32—36 M.
1000 „ „ 6,2 „ 46—52 M.
Versand nur gegen Nachnahme von 300 Stück an.
Zigarren am Lager.
Fredy-Zigaretten-Vertrieb N.
Berlin, **Brunnenstr. 17** Hof II
Geöffnet 8—7, Sonntag 12—2 Uhr.
145L*] Tel. Norden 2343.

Gallensteine!
Befreiung durch ärztlich verordnetes Mittel. Verlangen Sie Prospekt.
Dr. Gebhard & Cie.,
Berlin 116, Hallesche Str. 23b.

Theater für Mittwoch, den 25. April.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **La Traviata.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrnfeld-Theater.
7¼ Uhr: **Ehe-Urlaub.**
Kleines Theater
7½ U.: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
7 Uhr 20 Min.: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7½ Uhr: **Die schöne Kubanerin.**
Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min: **Die Czardasfürstin.**
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7¼ U.: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater
½8 Uhr: **Die Warsch. Zitadelle.**
Schiller-Theater O
7½ Uhr: **Der Bibliothekar.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7½ U.: **Hinter Mauern.**
Thalia-Theater
7 Uhr 25 Min.: **Das Vagabundenmädel.**
Theater am Nollendorfpl.
7½ U.: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück.**
Trianon-Theater
8 Uhr: Dreher I. **D. alte Feinschmecker.**

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Das Findelkind.**

Walhalla-Theater.
3½ Uhr: **Die sieben Raben.**
7½ U.: **Der fidele Bauer.**

NATIONAL-THEATER.
Köpenicker Str. 68. Moritzpl. 9344.
½8: **Studentenliebchen.**
Posse in 3 Akt. Musik v. W. Bromme.
NB. Da das Theater tägl. ausverkauft ist, empfiehlt es sich, Billetts rechtzeitig zu besorgen. — Sonntag: 3½ Uhr: **Jugend,** Liebesdrama v. M. Haube.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Letztes Sonder-Konzert**
von **Franz v. Blon.**
Mitwirkende:
Königl. Hofopernsängerin **Marie Ekeblad** vom kgl. Opernhaus.
Hans Allbout, Komponist. **Paul Lincke,** Komponist.
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 1 M. Anfang 7½ Uhr.
Karten im Vorverkauf sind im Berliner Konzerthause und bei den Geschäftsführern zu haben.
Alle Vergünstigungen aufgehoben.

Bringt Euern Goldschmuck den Goldankaufstellen!

Für Schuhmacher 14 M.
Gestanzte Flecke (geklebt), gemischt, in allen Größen . Pfd. 5 M.
Ovale Sohlenschoner, gemischt, in drei Größen . . . . 4 „
Runde Schoner in 5- und 10-Pf.-Größen . . . . . 3 „
Bruno Sensfuß, Leder-Abfälle, Weißensee, Langhansstr. 33. Tel. Weiß. 191

Verkäufe

Leihhaus Warschauerstraße 7. Verkauf allerlei neuer Waren! Pelzgarnituren! Herrengarderobe! Bettenverkauf! Plüschdecken! Tüllgardinen! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Allerbilligste Preise! 1693*

Leihhaus Rosentaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft neue Herrengarderoben, Pelzpaletots, Muffen, Goldene, silberne Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. 1818*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Dritte erweiterte Auflage. Mit 126 Textabbildungen. Preis 4 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden. *

Absinthier, Spritzpumpen, Ersatzteile. Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22

Kisten, gebrauchte, leere, hat abzugeben A. Jandorf u. Ko., Bellealliancestraße 1/2. 1618

Milchziegen verkauft Ziemke, Lichtenberg, Prinzenallee 28, am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Bielaski, Prof. Dr. K. Kriegskrüppelfürsorge. Ein Aufklärungswort zum Troste und zur Mahnung. 0,35 M. Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 3.

Geschäftsverkäufe

Lebensexistenz (Kriegerfrau passend) sofort verkäuflich, 6 Jahre bestehend, keine Unkosten (Stellenvermittlung). Offerten D 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 1977b

Möbel

Viele komplette bürgerliche und elegante Wohnungs-Einrichtungen noch zu billigen Preisen. Große Auswahl gediegener Herren-, Speise- und Schlafzimmer jeder Art. Berliner Möbelhaus Südosten, Skalitzerstraße 25. 1968

Möbel auf Kredit und bar liefert an jedermann. Stein, Oranienstraße 1. 1943*

Schlafzimmer, hochelegante, birnbaum, birken, dunkelmahagoni, weißlackiert, eichen, kolossale Auswahl, billigste Preise. Besichtigung lohnt. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 1653

Musikinstrumente

Gitarrzithern mit fünfzig Unterlegnoten 12,50, Mandolinen, Lauten, Gitarren, alteingespielte Geigen 20,—, Harmoniums spottbillig. Oranienstraße 166 III. 1138*

Kaufgesuche

Schmucksachen, Brillanten, Perlen, Farbsteine, Ketten, Ringe, Zahngebisse, Platina 7,60, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 1900*

Stannende Preise für Möbelstücke, ganze Einrichtungen, Warenläger, Pelzsachen, Federbetten, Teppiche und Nachlässe zahlt Goldmann, Danzigerstraße 49. Königstadt 7631. *

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetallgesellschaft; außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Silberschmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstr.) *

Sektkorken, Weinkorken, Kunstkorken kauft W. Nelke, Steglitz, Bergstraße 2. (4—7.) 1866*

Metallkontor Peters, Brenzlauerstraße 24. Königstadt 3885. Höchste Preise. 1838*

Metallkontor Peters, Reinickendorferstraße 12. Norden 6479. Höchste Preise. 1838*

Exzenterdrückenstanze, 50 Zentimeter bis 1 Meter Durchlaß, kaufe sofort. Vermittler erhalten 25 Mark Provision. Hoffmann, Alexandrinenstraße 90. 1948*

Borax, Leinölfirnis, Emaillelack, sämtliche Oellacke, Terpentinersatz Bienenwachs, Paraffin, Zeresin, Leim kauft, höchste Preise zahlend, Wolter, Thaerstraße 6. 1912*

Elektrische Leitungsdrähte und Materialien kauft Elektrizitätsstätte Norden, Brunnenstraße 193. 1966*

Leinölfirnis, Standöl bis 13,—, Fußbodenlacke, Oellacke, Kopallacke, Weißlacke bis 6,—, kaufen sofort Gebr. Borowski, Gneisenaustraße 5. (Rollendorf 2379.) 243/4*

Schellack, Kilogramm 16 Mark. Leim Kilogramm 2 Mark, kauft Schmock, Stargarderstraße 51. 31/13

Kaufe alles, Firnis, Leim, **Bienenwachs,** Paraffin, Kopal usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Roack, Große Frankfurterstraße 25. 31/1*

Moderne Schlafzimmereinrichtung kauft privat Frl. Kalinna, Schöneberg, Salzburgerstraße 14. 2211b

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgart erplatz 9, Gartenhaus IV

Verschiedenes

Glühstrumpfsalbe kauft Bümel, Auguststraße 69 I. 241/2*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Jüngeren Laufburschen für den ganzen Tag. Wilhelm Guttsmann, Dresdenerstraße 75. 2246b

Geübte Glaspacker verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12. 243/5

Maschinenmeister für Steindruck sucht Institut Moser, Potsdamerstraße 110. 217/8

Korbmacher auf 28 sucht Brettschneider, Berlin O., Friedrichsbergerstraße 11. 162

Hausdiener verlangt Adolf Ludwig, Friedrichstraße 16, Aufgang 6.

Schlosser auf Militärarbeit verlangt Ed. Puls, Tempelhof. 998*

Korbmacher und Frauen auf Munitionskörbe, 98er. Kottbuserdamm 93. 2247b*

Putzarbeiterinnen und Näherinnen für leichte Näh- und Handarbeit verlangt S. Engel, Pelzwarenfabrik, S., Gneisenaustraße 41. *

Junge Mädchen für leichte Handarbeit. Adolf Ludwig, Großbuchbinderei, Friedrichstraße 16, Aufgang 6.

Mamsells auf seidene Paletots, Blusen, außerm Hause verlangt Riese, Oberwallstraße 19. 2244b*

Mamsells außerm Hause auf seidene Mäntel verlangen Schneeberg u. Klein, Jägerstraße 47/48.

Mamsells außerm Hause auf Röcke verlangen Schneeberg u. Klein, Jägerstraße 47/48. 2540b

Zuverlässige, anständige Frau ohne Anhang kann bei einzelner, berufstätiger Dame in kleinem, komfortablem Heim gegen Uebernahme aller Hausarbeiten bei besonderer Vergütung umsonst einwohnen. Ausübung eines Nebenberufes gestattet. Antritt möglichst sofort. Offerten an Deutsche Gesellschaft 1914, Wilhelmstraße 67. 2237b

Geübte weibliche Glaspacker verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12.

Junges Mädchen für Kontor und Lager gesucht. Margonat, Fidicinstraße 38. 276/3

Mamsells auf Kostümjacken, Ulster verlangt Allistat, Brunnenstraße 152.

Verkäuferinnen, tüchtige, für den Erfrischungsraum sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Bellealliancestraße 1/2. 1615*

Verkäuferinnen, tüchtige, für Glas und Porzellan, Wirtschaftsartikel und Emaillewaren sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Bellealliancestraße 1/2. *

Verkäuferinnen, tüchtige, für Parfümerie und Seifen sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Bellealliancestraße 1/2. *

Lehrmädchen, junge Mädchen im Alter von 14—15 Jahren, welche die 1. Klasse einer Gemeindeschule besucht haben, zum Anlernen für den Verkauf sofort gesucht. Meldungen in unserer Personalverwaltung, III. Etg. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1618*

Damen mit schöner Handschrift, welche gut rechnen können, werden als Lehrkassiererinnen sofort gesucht. Meldungen in unserer Personal-Verwaltung, III. Etage. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1608*

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 70. *

Zeitungsausträgerin, Tour Tegel, verlangt „Vorwärts"-Spedition, Borsigwalde, Räuschstraße 10. *

Zum 1. Mai suchen wir
Zeitschriftenhändler und -Händlerinnen
für unsere Veröffentlichungen, gegen Fixum und Provision, bei gegenseitiger Zufriedenheit auch ev. dauernd. Meldungen, schriftlich oder mündlich, nachm. 4—5. 1952*
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, Lindenstr. 114.

Betonpoliere, Zimmerleute, Einschaler und Zementeure
gesucht. — Zu melden bei 2245b
Held u. Francke Aktiengesellsch. Betonabteilung, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 1.

Expedient
für Verlagsbuchhandlung sofort gesucht, der auch kleinere Bureauarbeiten und Packen miterledigt. Auch ältere und kriegsbeschädigte Personen werden berücksichtigt. Vorstellung zwischen 10 und 11 Uhr vormittags. 1976Z
Verlag für Fachliteratur, W 62, Courbièrestraße 3.

Schneider
auf leichte Damenpaletots im Hause verlangen 1962*
Epstein & Baruchsohn,
Bernauer Str. 74.

Naßwäscher
für Herrenwäsche sucht 1954*
D. Coundé, Rungestr. 21.

Schuhmacher,
eleg. Damenböden zu sofort ges.
Hermann Eichler
Schwerin i. M.
20/18* Großh. Hoflieferant.

Portier 2238b
z. 1. Mai, kleines, verschl. Haus, für Schneider usw. geeignet. Meld. nur b. **Dr. Bein,** Königgrätzer Str. 43, II.

Schlossergesellen
verlangt **Schlosserei Blume,** Charlottenburg, Schillerstr. 94. 20/20

Maschinenschlosser
älterer, sofort, **Schultze-Altmann,** Alexandrinenstr. 50. 20/17

Lagerarbeiter
für dauernde Stellung gesucht, der bereits in der Eisen-, Maschinen- oder Automobilbranche tätig war, bevorzugt. 20/18
Kurt Goldstein,
Hebezeuge, Automobilteile,
Charlottenburg, Herderstraße 2.

10 Maurer
und 1975Z
Handlanger
gesucht für Telefunkenschuppen **Siemensstadt.** Meldung beim Polier Hillemeier oder **Wiemer u. Trachte,** Berlin, Friedrichstr. 196. 1976Z

Arbeiterinnen für Munitionskörbe verlangt **Hüne u. Co.,** Mogstr. 36.

Fabrikarbeiterinnen
werden sofort eingestellt.
D. Coundé
Rungestraße 21. [1965Z*

Autogen-Schweißerinnen
und jüng. Arbeiterinnen, die es erlernen wollen, für leichte Arbeit.
Schelske. 1966Z*
Neukölln, Schönstedtstr. 13.

Arbeiterinnen
auf leichte Damenpaletots im Hause verlangen 1963L*
Epstein & Baruchsohn, Bernauer Straße 74.

Fleißige Frauen
möglichst aus der Produktionsbranche, finden dauernde Beschäftigung.
C. Lewin, Berlin NW, 1958Z] Invalidenstr. 50/51.

Sägearbeiterinnen
und **Warmpresser** stellt sofort ein **Zuckerpreßwerk G. H. Speck,** Lützowstr. 2. 20/19

Gelernte Metalldreher
verlangt **Munitionsfabrik** 1974Z*
F. Gaebert, Berlin, Sophienstr. 22.

Maurer, Bauarbeiter und Arbeiterinnen
werden eingestellt **Neubau Waffenfabriken Wittenau, Station Eichbornstraße. Baubureau Boswau u. Knauer. Eingang 3.** 2013

Dreher, nur gelernte,
Werkzeugmacher,
Stoßer für Nutenziehmaschine,
Hobler,
Einrichter für Universal-Fräsmaschinen,
Revolverdreher, selbständige,
1973L verlangt
Werkzeugfabrik Paul Beil, Alte Jakobstr. 66.

Bauarbeiter und Frauen
werden sofort eingestellt 2217/2*
Neubau R. Stock & Co., A.-G.,
Marienfelde, Großbeerenstr. 39/42.
Zu melden beim Polier **Beier.**

Tüchtiger Einrichter
für die **Kleinstanzerei** sofort gesucht. 1971Z
Ehrich & Graetz, Berlin SO. 36, Abteilung 2.